

»Aktive europäische Zivilgesellschaft« in Deutschland



Die Europäische Union fördert Projekte zivilgesellschaftlicher Organisationen

Mit der Unterstützung der Europäischen Union aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« sowie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Die Europäische Kommission und die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte dieser Publikation.

Die Verantwortung liegt bei den Autor/innen.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Projektleitung und Redaktion:

Christine Wingert-Beckmann

**Autor/innen aller nicht namentlich
gekennzeichneten Texte:**

Monika Lühn, Mirko Schwärzel
und Christine Wingert-Beckmann

unter Mitarbeit von Julia Gabel,
Jakub Kopinski und Negar Pourrezaie

Herausgeber:

Kontaktstelle Deutschland »Europa für
Bürgerinnen und Bürger« bei der Kultur-
politischen Gesellschaft e.V. (KS EfBB)
in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

© 2010, alle Rechte vorbehalten

Gestaltung und Layout:

Karin Dienst

Schutzgebühr: 2,50 Euro

Inhalt

- 5 **Grußwort**
Generaldirektor Claus Haugaard Sørensen
- 7 **Grußwort**
Ministerin Dr. Kristina Schröder
- 9 **Europa erleben, verstehen, diskutieren und gestalten**
Christine Wingert-Beckmann
- 13 **Zivilgesellschaft und Staat**
Bernd Wagner
- 16 **Europäische Zivilgesellschaft als Partner der Europa-Politik**
Jo Leinen
- 19 **Eine europäische Zivilgesellschaft braucht Öffentlichkeit**
Mirko Schwärzel
- 23 **Auf der Suche nach dem europäischen Demokratiemodell**
Die Aufgaben der politischen Bildung
Eckart D. Stratenschulte
- 27 **Interkultureller Dialog als europäisches Politikfeld**
Sabine B. Frank
- 31 **Die EU fördert transnationale Zusammenarbeit**
Monika Lühn

Europäische Projekte im Kaleidoskop

- 36 **Kreisauer Modell**
Internationale Konferenz für Menschen mit Behinderungen 2007/2008
- 39 **Der Egeria-Weg**
Frauenpilgerweg für ein gemeinsames Europa 2008
- 42 **European Global Education Days**
Veranstaltungsreihe zu Globalem Lernen 2008
- 45 **Gesundheit – höchstes Gut?**
Multilaterale Tagung 2008
- 48 **RADAR – Rural Areas Defence Against Racism**
Multilaterale Konferenz 2008/2009
- 51 **Europakompetenz für Migranten**
Seminarreihe 2008/2009
- 54 **Vote Europe!**
Internetplattform zur Europawahl 2009
- 57 **Kreativ in Europa**
Kreativworkshops für Jugendliche 2009

- 60 **Meilensteine der Demokratie – Europäische Erinnerungen**
Weimarer Sommerkurse 2009
- 63 **Kreatives Europa – Dynamisches Europa**
European Youth Parliament, Helsinki 2009
- 66 **Demokratie in Bewegung – democracy in motion**
Dokumentation einer Reise 2009
- 69 **The Voice of Europe**
Trainingsseminare für Jugendliche 2009
- 72 **Peace Project Europe – civil society dimensions**
Veranstaltungsreihe zur Friedensarbeit in Europa 2009/2010
- 75 **Adventure Sphere Europe – Erlebnisraum Europa**
Lehrbuch zur europapolitischen Bildung 2009/2010
- 78 **Europäische Straßenpartnerschaft**
Deutsch-italienisches Begegnungsprojekt 2010
- 81 **Reiseassistenz für Menschen mit Behinderung**
Ausbildung zu ehrenamtlichen Reisebegleitern 2010
- 84 **www.european-online-learning.eu**
Interaktive Internetplattform zu Europa 2010
- 87 **PUC – Participation in Urban Climate-Protection**
Publikation zu Bürgerbeteiligung im Klimaschutz 2010
- 90 **OpenForum – Volunteering 2011**
Seminarreihe zum Europäischen Themenjahr 2011
- 92 **Dein Engagement – Gesellschaft aktiv mitgestalten**
Seminar für Jugendliche 2011
- 94 **Geförderte Projekte aus Deutschland von 2007 bis 2010 – Überblick**

GRUSSWORT *VON GENERALDIREKTOR CLAUD HAUGAARD SØRENSEN*

Eine Brücke zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union

Wie wichtig es ist, eine Brücke zwischen den Bürger/innen und der Europäischen Union zu schlagen, haben uns – insbesondere im Zuge des Scheiterns der EU-Verfassung und der Erarbeitung eines neuen EU-Vertrages – die vergangenen Jahre gezeigt. Die Europäische Union hat eine ganze Reihe von Aufgaben übernommen, die sich in vielfältiger Weise auf das Leben der Bürger/innen auswirken. Die Kommunikation der EU mit den Bürger/innen muss mit dieser Entwicklung Schritt halten, dafür setzen wir uns ein.

Nun gibt es unterschiedliche Beiträge zum Bau dieser Brücke: Verbesserung der Rechte und Partizipationsmöglichkeiten der Bürger/innen, finanzielle Unterstützung ihrer Aktivitäten und Kommunikation. Für unseren Beitrag dazu haben wir als Generaldirektion Kommunikation uns drei Grundsätzen verschrieben: Wir

wollen besser zuhören, um die Ansichten und Anliegen der Öffentlichkeit zu verstehen, wir wollen besser erklären, wie die Politik der Europäischen Union sich auf den Alltag der Europäer/innen auswirkt, und wir wollen die Bürger/innen auf lokaler Ebene einbeziehen.

Eine Devise ist: Wir wollen »Europa den Bürgerinnen und Bürgern näherbringen«. Die große Herausforderung besteht darin, komplexe Sachverhalte anschaulich darzustellen – nehmen wir zum Beispiel den Stabilitätspakt. Um Menschen jeden Alters zu erreichen, müssen wir ganz unterschiedliche, auch innovative Vermittlungsformen und Medien nutzen und neue Formate entwickeln. Dazu brauchen wir Fachkräfte der Europabildung und Menschen vor Ort, die sowohl in schulischen als auch außerschulischen Kontexten Europa vermitteln können. Sie können von den Bedürfnissen und Interessen des Einzelnen im alltäglichen Leben ausgehend (zum Beispiel eine gute Ausbildung zu erhalten, einen Job zu finden oder gute Lebensmittel kaufen zu

können) die Vielfalt Europas greifbar machen. Sie können Interesse wecken und Aneignungsprozesse initiieren.

Nun ist dies nur die eine Seite der Medaille. Den Bürger/innen etwas »bringen« zu wollen, ist nur bedingt erfolgreich. Die andere Seite ist deren Mitgestaltung der Gesellschaft, die auf unterschiedlichen Ebenen geschieht: Die eine Ebene ist die Teilhabe von Bürger/innen an politischen Entscheidungsprozessen (durch diverse Instrumente der Bürgerbeteiligung, durch Wahl- und Mitbestimmungsrechte), die andere ist das Engagement des Einzelnen für gesellschaftliche Herausforderungen im lokalen Bereich, wie soziales Engagement, Umweltschutzaktivitäten, kulturelle Betätigung oder Ehrenamt im Sport. Auf dieser zweiten Ebene sind bereits heute viele Menschen in die gesellschaftliche Gestaltung einbezogen und dazu häufig in Bereichen, die von europäischer Relevanz sind.

Die europäische Bedeutung dieser Aktivitäten stärker ins Bewusstsein zu heben, sowohl bei den Engagierten selbst

als auch bei der Öffentlichkeit, ist uns ein wichtiges Anliegen. Dafür brauchen wir Multiplikatoren, allein schaffen wir das nicht. Ein wichtiger Baustein ist das »Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011«. Daneben wollen wir politische Gestaltungsspielräume aufzeigen, zur Beteiligung von Bürger/innen an unseren öffentlichen Konsultationen motivieren und den Austausch zwischen Politiker/innen und Bürger/innen fördern. Es reicht nicht, wenn Politiker/innen nur unter sich bleiben.

Als ein hilfreiches Werkzeug für den Brückenbau ist seit Anfang 2010 das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« in die Verantwortung der Generaldirektion Kommunikation übergegangen. Es fördert Austausch, Vermittlungsarbeit und Partizipation in Europa – dafür liefert die vorliegende Publikation anschauliche Beweise.

– Ohne Bürger geht in Europa nichts!



Claus Haugaard Sørensen
*Generaldirektor der General-
direktion Kommunikation der
Europäischen Kommission*

GRUSSWORT *VON MINISTERIN DR. KRISTINA SCHRÖDER*

Bürgerschaftliches Engagement hat in Deutschland viele Gesichter: 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in Vereinen, Verbänden oder Initiativen, in kirchlichen, karitativen, sozialen oder kulturellen Organisationen, in Umwelt- oder Bildungseinrichtungen, in Schulen, Kindergärten oder Feuerwehren und nicht zuletzt im Sport für das Gemeinwesen. »Ihr Engagement verändert das Leben der Engagierten selbst, es verändert das Leben ihrer Mitmenschen, und schließlich verändert es auch unser Land, das durch jede menschliche Zuwendung gestärkt und durch jede neue Idee zur Lösung einer gesellschaftlichen Herausforderung vorangebracht wird«, heißt es in der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung, die am 6. Oktober 2010 verabschiedet wurde.

Mit dieser Nationalen Engagementstrategie möchte die Bundesregierung den Grundstein für eine zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft abgestimmte Engagementförderung in Deutschland legen. Unser Ziel ist es, die

Rahmenbedingungen für Engagement in Deutschland zu verbessern, innovative Ansätze zu unterstützen und Impulse für eine wirksame Engagementpolitik auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene zu geben.

Ein wichtiges Element der Engagementförderung ist die Anerkennung von freiwilligen und ehrenamtlichen Leistungen. Mit Auszeichnungen wie dem Deutschen Engagementpreis oder bundesweiten Veranstaltungen wie der alljährlichen Woche des Bürgerschaftlichen Engagements, die seit 2004 vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement organisiert wird, möchte das Bundesfamilienministerium die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien auf die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland lenken.

Auch auf europäischer Ebene ist bürgerschaftliches Engagement ein zentrales Thema. Das zeigt sich einmal mehr mit dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011. Neben einer Reihe von Veranstaltungen, die in Deutschland

stattfinden, werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses Jahr der Auftakt ist für einen regelmäßigen Dialog der Mitgliedstaaten zu diesem Thema. Denn der internationale Austausch über Rahmenbedingungen und innovative Praktiken in diesem Bereich ermöglicht einen gegenseitigen Lernprozess, von dem wir alle profitieren werden.

Das EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« bietet ein gutes Instrumentarium, die europäischen Beziehungen der Akteure in Deutschland zu fördern. Ich freue mich, dass sich mit der Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement zwei Partner gefunden haben, die mit der Unterstützung meines Hauses und der Europäischen Union in gemeinsamen Veranstaltungen und Publikationen die europäischen Förderungen bürgerschaftlichen Engagements in und für Europa vermitteln. Mit der vorliegenden Publikation geben sie Anstöße zur Auseinandersetzung mit grundlegenden Fra-

gen der Partizipation und des Engagements in Europa. Zugleich machen sie dieses Engagement mit seinen vielfältigen Themen und zahlreichen Beteiligten sichtbar.



Dr. Kristina Schröder
*Bundesministerin für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend*

EUROPA ERLEBEN, VERSTEHEN, DISKUTIEREN UND GESTALTEN

Von Christine Wingert-Beckmann

Die europäischen Institutionen besinnen sich zunehmend auf die zivilgesellschaftlichen Akteure in Europa. Sie gelte es zu interessieren, involvieren, mobilisieren und aktivieren, damit das Projekt »Europa« gelingen könne. Im Laufe der zähen Verhandlungen um einen neuen EU-Vertrag, die 2010 den Vertrag von Lissabon hervorbrachten, verständigten sich die Mitgliedstaaten und die Institutionen der EU darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger in Europa besser informiert und stärker am europäischen Integrationsprozess beteiligt werden müssten, um das Interesse an der EU und die Akzeptanz europäischer Politik zu erhöhen. Der Lissabon-Vertrag enthält nun partizipative Elemente, die für die einzelnen Bürger/innen und die organisierte Zivilgesellschaft Möglichkeiten bieten, direkt an europäischen Prozessen mitzuwirken.

Ziel der EU-Institutionen ist es nicht nur, jeden einzelnen Bürger, jede Bürgerin, ob jung oder alt, von den Vorteilen der Europäischen Union zu über-

zeugen. Vielmehr geht es darum, Behörden, Einrichtungen und Organisationen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu motivieren, im Rahmen ihrer Aktivitäten europäische Themen zu behandeln sowie transnationales und interkulturelles Handeln zu erproben. Denn sie sind die Mittler zum Bürger; sie sollen Interesse wecken, Kompetenzen vermitteln, aber vor allem Möglichkeiten zur Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen in Europa aufzeigen. Förderprogramme der EU wie »Jugend in Aktion«, »Lebenslanges Lernen« und »Europa für Bürgerinnen und Bürger« stellen wichtige Instrumente für die Erprobung, Einübung und den Ausbau von Partizipation in Europa dar.

Das EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2007–2013) hat vor diesem Hintergrund an Bedeutung gewonnen. In vielen Mitgliedstaaten wurden in den Jahren 2008 und 2009 nationale Kontaktstellen eingerichtet, die Informationen über das Programm verbreiten und potentielle Antragstel-

ler beraten, um eine Qualifizierung der Anträge zu erreichen. Mit ihrer Informationsarbeit tragen sie darüber hinaus auf nationaler Ebene zur Diskussion über die Stärkung der aktiven europäischen Bürgerschaft bei. Das Bürgerschaftsprogramm ist zwar finanziell wesentlich geringer ausgestattet als zum Beispiel das Jugendprogramm oder die Bildungsprogramme – das Budget für die siebenjährige Laufzeit beträgt gerade einmal 215 Millionen Euro für 27 Mitgliedstaaten –, aber da es für jegliche zivilgesellschaftliche Organisationsform sowie für Kommunen geeignet ist, stellt es für den Bereich der Förderung von Partizipation und Engagement eine gute Ergänzung zu den anderen Programmen dar.

Eine inhaltlich-programmatische Schwierigkeit des Förderprogramms besteht darin, dass es sich dem Thema der aktiven Bürgerschaft von zwei Seiten nähert: Europa und die EU einerseits, gesellschaftliche Teilhabe und Engagement andererseits. Ziel ist es, sowohl

alle Bürger/innen zur Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu motivieren und zu befähigen, als auch, sie in politische Entscheidungen auf europäischer Ebene einzubeziehen. Die Konzentration auf die Frage nach einer Identität Europas oder einer europäischen Identität der Bürger/innen ist in diesem Kontext eher unproduktiv. Sie kann normativ missverstanden werden und damit Ab- und Ausgrenzung erzeugen. Fruchtbarer ist es, Identifikation gleichsam als Ausgangspunkt und Ziel von Projektaktivitäten zu definieren: Mit welchen Akteuren, Themen oder Handlungsräumen identifizieren sich die Beteiligten? Wie kann man diese erweitern und Interesse wecken? Dies ist der praktische Ansatz, den viele Projektträger wählen.

Eine konzeptionelle Klammer bieten die vier Begriffspaare »Europa erleben«, »Europa verstehen«, »Europa diskutieren« und »Europa gestalten«. Sie lassen sich als Prozess denken, der während der transnationalen Projekte ablaufen kann beziehungsweise zu dem diese Pro-

jekte beitragen. Am Ende dieses Prozesses stünde das Ziel, die Menschen an der Gestaltung Europas teilhaben zu lassen. Dies ist allerdings eine recht schematische Herangehensweise; die Realität sieht etwas anders aus. Bleiben wir dennoch zunächst bei diesem Schema:

»Europa erleben« – Dieser Aspekt betont den Erfahrungswert transnationaler Begegnung. Menschen, die in andere europäische Länder reisen, treffen andere »Europäer/innen«, lernen kulturelle, soziale, wirtschaftliche und politische Gemeinsamkeiten und Differenzen kennen. Auch Gäste aus dem Ausland zu empfangen, kann schon wichtige Erfahrungen in dieser Hinsicht bieten und Neugier am anderen Land, dessen Sprache(n) und Kultur(en) wecken. Wer in Europa reist, erfährt zudem die innere Grenzenlosigkeit der EU und möglicherweise die Relativität ihrer äußeren Grenzen. Tatsächlich ist die Mobilität der Einzelnen eine hervorragende Möglichkeit, die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem anderen, mit Unbekanntem zu schaffen

und so zum Austausch von Erfahrungen und Wissen beizutragen.

»Europa verstehen« – Betrachten wir den Bildungsaspekt des Programms: Es möchte zum Fragen motivieren und das Verstehen ermöglichen. Warum ist die EU so, wie sie heute ist? Aus welchen historischen Prozessen ist sie entstanden, auf welchen Werten gründet sie? Dies sind Fragen nach Krieg und Frieden, nach Wirtschaftskraft und Macht, aber auch nach der Abgrenzung zwischen EU, Europa und Nicht-Europa. Wer gehört dazu, wer nicht, warum nicht? Welche Vereinbarungen (im weitesten Sinne) gibt es zwischen den EU-Mitgliedstaaten, welche gemeinsamen Politiken, in welchen Bereichen gibt es nur Abstimmungen und warum? Welche Institutionen wurden eingerichtet, was tun sie, wie arbeiten sie zusammen?

»Europa diskutieren« – Ein wichtiges Stichwort im Rahmen dieses Programms ist »Debatte«. Erst der internationale Austausch mit anderen über die genannten und weitere Fragen, über die

Auswirkungen der EU-Politiken auf ihren Alltag – sei es im Bereich Soziales, Beschäftigung, Umwelt, Landwirtschaft, Außenbeziehungen, Jugend, Bildung oder Kultur – kann zur Entwicklung neuer Sichtweisen und Lösungsansätze führen. Denn auch das soll dieses Programm leisten: Auf lokaler Ebene im transnationalen Austausch mit Anderen Lösungen für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen erarbeiten, wie die aktuelle Finanzkrise, den Klimawandel oder die Energieversorgung der Zukunft. So übernehmen die Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für »ihr« Europa, eigentlich natürlich für globale Entwicklungsfragen.

»Europa gestalten« kann nur, wer etwas über Europa, die EU und die Entscheidungsprozesse weiß und wer Europa überhaupt eine Bedeutung im eigenen Leben beimisst. Teilhabe wird im Rahmen des Programms ganz groß geschrieben. Schon die aktive Einbindung aller Beteiligten, insbesondere auch von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, mit Behinderungen oder anderen

Zugangsschwierigkeiten, wird honoriert. Über diese individuelle Ebene hinaus geht es um die Beteiligung an europäischen Entscheidungsprozessen: Welche Möglichkeiten der Partizipation und der Gestaltung gibt es? Wie kann man sie verbessern, wie kann man das Wissen darum verbessern?

Begegnungen, Debatten, politische

Empfehlungen: Nun liegt es auf der Hand, dass nicht alle Etappen in diesem modellhaften Prozess vom Erleben zum Gestalten in jedem EU-geförderten Projekt eine Rolle spielen. Je nach Adressatenkreis und je nach Projektträger sind die Schwerpunkte verschieden und können mehrere Aspekte umfassen. Der Bereich der Projektförderung des Programms »Europa für Bürgerinnen und Bürger« ist daher differenziert. Gefördert werden unter anderem:

- Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften (Aktion 1, Maßnahme 1.1): Hier geht es in der Regel neben dem Erlebnis der Begegnung auch um das Verstehen und Dis-

kutieren europäischer Themen;

- Vernetzungen von Partnerstädten, an denen mindestens vier Kommunen aus unterschiedlichen Ländern beteiligt sind (Aktion 1, Maßnahme 1.2): In einer Reihe von Konferenzen werden kommunalpolitische Themen von europäischer Relevanz erörtert; neben Erfahrungsaustausch und Debatten geht es hier um die Erarbeitung neuer Lösungen, also um Gestaltungsprozesse auf lokaler und regionaler Ebene in Bezug auf europäische Themen;
- Veranstaltungen oder Publikationen von Vereinen, Verbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen (Aktion 2, Maßnahme 3): Konferenzen, Workshops, Publikationen oder Lehrmaterialien tragen wesentlich zum Verstehen und Diskutieren bei, schaffen aber auch Plattformen für Partizipation (nähere Informationen siehe Seite 31);
- Bürgerprojekte wie Bürgercafés, Bürgerpanels oder Bürgergremien: in

großangelegten Konferenzen, Befragungen und/oder Online-Konsultationen beteiligen sich Menschen aus mindestens fünf verschiedenen Ländern an Debatten über europäische Politiken; neben der Diskussion geht es in diesen Projekten um die Meinungsbildung: Die Ergebnisse der Projekte werden den EU-Institutionen in Form von Empfehlungen übermittelt, die in künftige Entscheidungsprozesse einfließen sollen.

Voneinander lernen und neue Lösungen erarbeiten sind wesentliche Ergebnisse europäischer Kooperationsprojekte. Sie erzeugen unter anderem den so genannten »Europäischen Mehrwert«. Der zusätzliche Nutzen aus einem europäischen Kooperationsprojekt sollte für die Beteiligten darin bestehen, dass ihre europäischen Partner zusätzliche Fragestellungen einbringen oder eine Fragestellung um zusätzliche Themen erweitern. Durch das Zusammenwirken der Partner mit ihren jeweiligen Erfahrungen und unter-

schiedlichem Know-how sollten Ergebnisse erzielt werden, die eine Organisation alleine nicht hätte erarbeiten können.

Die Frage nach dem »Europäischen Mehrwert« lässt sich auch aus der Perspektive der EU als Förderinstanz stellen: Warum soll das vorgeschlagene Projekt mit EU-Mitteln gefördert werden? Werden Europa, die EU, ihre Geschichte, ihre Werte, die verschiedenen Kulturen, die Institutionen, die Politik, die Errungenschaften der EU thematisiert? Werden die Idee und die Realität der europäischen Bürgerschaft nachvollziehbar gemacht und gestärkt? Was wird durch dieses Kooperationsprojekt erreicht, was auf nationaler Ebene nicht zu erreichen wäre? Für Projekte, die ausschließlich auf lokaler oder nationaler Ebene ohne die Beteiligung von internationalen Partnern wirksam werden, ist die EU nicht der richtige Ansprechpartner in Sachen Kofinanzierung.

Mit dieser Broschüre möchte die Kontaktstelle Deutschland »Europa für Bürgerinnen und Bürger« in Kooperation

mit dem *Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement* den Status Quo zivilgesellschaftlicher Beteiligung an europäischen Prozessen umreißen und im Rahmen des EU-Programms exemplarisch veranschaulichen. Wir konzentrieren uns auf Projekte, die von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Deutschland in den Jahren 2007 bis 2010 initiiert und mit einem Zuschuss der EU aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (Aktion 2, Maßnahme 3) durchgeführt wurden. Die Berichte aus der Praxis beschreiben die Akteure, ihre Themen und Methoden. Und sie vermitteln anschaulich die Freude der Beteiligten am gemeinsamen Tun, an neuen Erkenntnissen und ihre Leidenschaft für ihr gemeinsames Thema.



Christine Wingert-Beckmann
Leiterin der *Kontaktstelle
Deutschland »Europa für
Bürgerinnen und Bürger«* bei
der *Kulturpolitischen Gesell-
schaft e. V.*, Bonn

ZIVILGESELLSCHAFT UND STAAT

Von Bernd Wagner

Der seit den neunziger Jahren in der allgemeinen gesellschaftspolitischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion verbreitete Begriff »Zivilgesellschaft« – wahlweise auch »Bürgergesellschaft« – ist unklar und vage. Er sagt sich leicht dahin, aber was damit gemeint ist, kann sehr verschieden sein.

Auf der allgemeinen Ebene bezeichnet »Gesellschaft« – und hier gibt es einen Unterschied, ob von »Zivilgesellschaft«, »Bürgergesellschaft« oder auch nur allgemein von »Gesellschaft« die Rede ist – alles, was nicht »Staat« ist. Dem liegt der »alte« Dualismus von Staat und Gesellschaft zugrunde, der sich mit der Entstehung der neuzeitlichen europäischen Gesellschaften und moderner Staatlichkeit seit dem 16. Jahrhundert zur Erfassung der veränderten politisch-sozialen Wirklichkeit herausgebildet hatte. In Deutschland erhielt er durch Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) seine erste, umfassende theoretische Ausprägung. Mit der beginnenden Neuzeit trat an die Stelle der bisherigen,

herrschaftlich-politisch durchformten und ständisch geschichteten Gemeinwesen einerseits die neuartige Herrschaftsorganisation »Staat« und andererseits, als Kehrseite dieses Vorgangs, die von Herrschaftsfunktionen entkleidete »Gesellschaft«.

Die über Jahrhunderte zur Analyse der politischen und sozialen Wirklichkeit gebräuchliche polare Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft mit einer zunehmenden »Verstaatung der Gesellschaft« entsprach ab dem 19. Jahrhundert allmählich immer weniger der vorhandenen Realität. Der Übergang zu einer demokratischen Staatsform mit Parteien, Gewaltenteilung und organisierten Interessengruppen im politischen Raum sowie die Ausdehnung der Vereine, Verbände und Assoziationen, die über den gesellschaftlichen Raum hinaus auch in den politischen hinein wirkten, führten zu einer stärkeren gegenseitigen Durchdringung von »Staat« und »Gesellschaft« mit einer schrittweisen »Vergesellschaftung des Staa-

tes« als Kehrseite der »Verstaatung der Gesellschaft«.

Der ursprüngliche Gegensatz sowie die schrittweise Verzahnung von Staat und Gesellschaft schlagen sich auch in den theoretisch-philosophischen Konzepten der »Zivilgesellschaft« nieder, die Bezugspunkte für die heutigen Diskussionen über deren Gehalt und Funktionen sind. Dabei spricht der kanadische Sozialphilosoph Charles Taylor bildlich von einem »Locke-« und einen »Montesquieu-Strang«. Bei John Locke (1632–1704) meint »civil society«, entsprechend der neuzeitlichen Entzweigung von Staat und Gesellschaft, die unabhängige gesellschaftliche Sphäre als Entfaltungsraum des Individuums und als Gegenüber zum Staat. Dieser un- oder vopolitische Raum ist bezogen auf den Staat durch seine negative Freiheitsfunktion, den Schutz vor staatlichen Ein- und Übergriffen, bestimmt. Von hier aus zieht sich eine Traditionslinie bis zu gegenwärtigen Positionen der prioritären Verteidigung der Freiheit des Individu-

ums und des Marktes gegenüber staatlicher Bevormundung.

Bei Montesquieu (1689–1755) wird ein halbes Jahrhundert später der Schutzraum »état civil« zu einem Vermittlungsraum. Die schroffe Gegenüberstellung wird aufgehoben. In das System der staatlichen Gewaltenteilung werden nun auch gesellschaftliche Netzwerke von Institutionen und Organisationen, die »corps intermédiaires«, eingebunden, die sowohl Teil der politischen als auch der gesellschaftlichen Strukturen sind und als Verbindungsglieder zwischen diesen fungieren. Hieran knüpft Alexis de Tocqueville (1805–1859) an, für den die zivilen Assoziationen, Vereinigungen und Organisationsstrukturen, wie er sie in den Vereinigten Staaten von Amerika vorfand, Orte der lokalen Selbstregierung und Selbstorganisation sind – und als solche Teil demokratischer Politik. Von Montesquieu und Tocqueville zieht sich ein Strang zur aktuellen Diskussion über Zivil- und Bürgergesellschaft, beispielsweise zu den Ansätzen der Kommunitaristen.

In der politischen Theorie in Deutschland im 19. Jahrhundert blieb trotz des sich hier rasch ausbreitenden Vereins- und Verbändewesens die Dichotomie von »Staat« und »Gesellschaft« weiterhin das beherrschende Theorem der Erklärung der politisch-sozialen Wirklichkeit. Erst im Laufe des 20. Jahrhunderts änderte sich dies in den staats- und gesellschaftstheoretischen Ansätzen sowohl unter dem Einfluss der angloamerikanischen und anderen westeuropäischen Diskussionen als auch der realen politisch-sozialen Entwicklungen.

Das Begriffspaar »Staat« und »Gesellschaft« – letztere jetzt häufig als »Zivil-« und »Bürgergesellschaft« bezeichnet – trat besonders im Zusammenhang mit den neuen sozialen Bewegungen seit den 1980er und 1990er Jahren wieder verstärkt auf, wobei die gesellschaftstheoretischen Bezüge und die normativen Grundlagen von »Zivilgesellschaft« sowie der damit bezeichnete Gegenstand hier oft verschieden sind.

So wurde beispielsweise »Zivilgesellschaft« als Bezugspunkt und Handlungsorientierung politischer Praxis eng verknüpft mit dem Kampf gegen die totalitären Staatsapparate in Ost- und Mitteleuropa, wo sie als Gegenbegriff zu den Staats- und Parteidiktaturen diente, so wie »Zivilgesellschaft« für das entstehende Bürgertum im 17. und 18. Jahrhundert ein Kampfbegriff gegen den absolutistischen Staat war. Eine weitere einflussreiche Ausformung in den gegenwärtigen Verständnissen von »Zivilgesellschaft« bildet die jüngere Kritische Theorie, vor allem Jürgen Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns. Für ihn stellt »Öffentlichkeit« gemeinsam mit »Zivilgesellschaft« die Scharnierstelle zwischen der Sphäre der Politik und der Sphäre der Lebenswelt dar, wobei Zivilgesellschaft »sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen(setzt), welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebens-

bereichen finden, aufnehmen, kondensieren und laut verstärkend in die politische Öffentlichkeit weiterleiten« (Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Ffm 1994, S. 443).

Neben diesen und anderen theoretisch-philosophischen Konzepten, wird das gegenwärtige Verständnis von »Zivil-« und »Bürgergesellschaft« in Deutschland ebenso stark von parteipolitischen Positionen mitbestimmt, die selbst wiederum sehr unterschiedlichen Denktraditionen verpflichtet sind, wie dem christlichen Subsidiaritätsprinzip, den Solidaritäts- und Gerechtigkeitsvorstellungen der Arbeiterbewegung, dem Wirtschaftsliberalismus oder der Selbsthilfebewegung. In Konzepten wie dem »aktivierenden Staat«, des »Umbaus des Wohlfahrtsstaates zur Wohlfahrtsgesellschaft« (Warnfried Dettling), einer zu fördernden Bürgergesellschaft mit starken intermediären Organisationen, einem neuauszutrierenden Wohlfahrtsmix oder dem wirtschaftsliberalen Marktmodell sind diese Positionen in den letzten ein-

halb Jahrzehnten besonders im Zusammenhang mit den Diskussionen über die Zukunft des Sozialstaates in Deutschland weiterentwickelt worden.

Die gegenwärtigen politischen, gesellschaftstheoretischen und philosophischen Konzeptionen von Zivilgesellschaft basieren dabei in der Regel auf normativen Zielvorstellungen und beschreiben zugleich einen Teilbereich unseres politisch-sozialen Lebenszusammenhanges. Während die normativen Orientierungen vielfach sehr unterschiedlich, zum Teil auch widersprüchlich sind, was für die Einschätzung der Funktion und Stärke der Zivilgesellschaft im politisch-gesellschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik von erheblicher Bedeutung ist, hat sich bei ihrer analytisch-deskriptiven Dimension in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine relative Übereinstimmung herausgebildet.

Zwar sind auf einer allgemeinen Ebene all diejenigen Mitglieder der Zivilgesellschaft, die nicht Staat sind, bezogen auf Zusammenschlüsse sind dies al-

so die *Non-Governmental-Organisations* (NGOs, Nichtregierungsorganisationen). Dazu gehören dann auch die Unternehmen und andere privatwirtschaftliche Organisationen, die beispielsweise auf großen internationalen Konferenzen zu den stärksten NGOs zählen. In einem eingeschränkten (und in den deutschen Diskussionen verbreiteten) Verständnis meint allerdings Zivil- oder Bürgergesellschaft nicht nur »Nicht-Staat«, sondern auch »Nicht-Markt«, also NGOs wie NPOs (*Non-Profit-Organisationen*). Privatwirtschaftliche Akteure und Aktivitäten zählen danach nicht zur »Zivilgesellschaft«. Diesem Verständnis entspricht die verbreitete, auch in der kulturpolitischen Diskussion gebräuchliche Unterscheidung in die drei großen Sektoren oder Felder »Staat«, »Markt« und »Gesellschaft«.



Dr. Bernd Wagner
Leiter des *Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V.*, Bonn

EUROPÄISCHE ZIVILGESELLSCHAFT ALS PARTNER DER EUROPA-POLITIK

Von Jo Leinen

Die Europäische Union hat im Vertrag von Lissabon bekräftigt, wie wichtig der umfassende Dialog mit Vertretern der Zivilgesellschaft für die Politikgestaltung ist. Laut Artikel 11 wird den Bürgerinnen und Bürgern das Recht gegeben, »ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen«. Somit wird es interessierten EU-Bürgern ermöglicht, in Konsultationsprozessen ihre Meinung zu äußern und sich aktiv an der Gesetzgebung zu beteiligen. Dadurch soll die demokratische Legitimität der EU-Regulierung gestärkt und zugleich eine fundierte Folgenabschätzung ermöglicht werden. Nur so können die unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in den 27 Mitgliedstaaten schon von Beginn an berücksichtigt werden.

So wichtig die Zusammenarbeit mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern für die EU-Institutionen ist, so schwierig gestaltet sich aber ihre Durchführung. Seitens der EU gibt es keine ein-

heitliche Definition für »europäische Zivilgesellschaft« und daher variieren die Formen der Konsultation nicht nur zwischen den EU-Organen, sondern auch innerhalb derselben. Als Ansprechpartner bietet sich ihnen ein breites Spektrum von Nichtregierungsorganisationen (NRO) an, die sich in ihrer Struktur, den Themenbereichen und der Größe der zu vertretenden Interessengruppen unterscheiden. Daher weichen die Einflussmöglichkeiten eines lokalen Interessenverbandes von denen eines europäischen »NRO-Multis« wie *Greenpeace* oder *Amnesty International* ab. Große NROs haben meist die entsprechenden Kapazitäten, um eine Gesetzesinitiative von Anfang bis Ende im Interesse ihrer Mitglieder zu beeinflussen oder den Institutionen wissenschaftliche Studien zur Verfügung zu stellen. Im Gegensatz dazu können einzelne Bürger sowie kleine Interessengruppen, die nicht in Brüssel vertreten sind, zwar ihre Ansichten auf Internetseiten einstellen, aber nicht bei den nachfolgenden Anhörungen bekräf-

tigen oder durch informelle Kontakte Entscheidungsprozesse beeinflussen.

Den zivilgesellschaftlichen Repräsentanten kommen im Gesetzgebungsprozess drei wichtige Aufgaben zu: Agenda-Setting, Politikberatung und Rückmeldung über die Auswirkungen der EU-Gesetzgebung an die jeweilige Basis. Zunächst kann die Europäische Kommission durch das Europäische Bürgerbegehren, das ebenfalls im Vertrag von Lissabon vorgesehen ist, aufgefordert werden, einen Gesetzesvorschlag im Interesse der Bürger zu formulieren, sofern eine Million Personen aus einer vorgegebenen Mindestzahl von Mitgliedstaaten zustimmen. So können neue Themen und Problematiken auf die politische Tagesordnung gesetzt werden, die der Zivilgesellschaft besonders wichtig sind und bisher noch nicht berücksichtigt wurden. Bevor das erste Bürgerbegehren umgesetzt wird, muss allerdings die detaillierte Vorgehensweise dieser Form der direkten Demokratie noch geregelt werden. Der europäische

Gesetzgeber wird hier sicherstellen müssen, dass die Bürgerinitiative so gestaltet wird, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger ohne übermäßige Hürden genutzt werden kann und nicht nur zu einem Lippenbekenntnis verkommt.

Während der Ausarbeitung eigener Gesetzesvorlagen führt die Europäische Kommission regelmäßige Konsultationen durch und sucht den politischen Dialog mit Vertretern der Zivilgesellschaft. So enthalten die Grünbücher konzeptionelle Vorschläge für ein gemeinschaftliches Vorgehen in einem bestimmten Politikbereich und sollen interessierte Organisationen oder Einzelpersonen auffordern, sich mit den enthaltenen Ideen auseinander zu setzen. Stellt sich in der angestoßenen Diskussion heraus, dass eine Regelung auf EU-Ebene erwünscht ist, werden die ausgearbeiteten Vorschläge in einem Weißbuch veröffentlicht. Gemäß der Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit kann somit überprüft werden, ob die neu entstehenden Probleme am besten von der EU be-

handelt werden sollen oder in den Mitgliedstaaten. Eine derartige Einbindung der interessierten Öffentlichkeit erhöht die Transparenz der europäischen Politikgestaltung.

Die Konsultation engagierter Bürger seitens der Europäischen Kommission erfolgt zudem über beratende Ausschüsse, Expertengruppen, Ad-hoc-Konsultationen oder per Internet. Des Weiteren zieht die Europäische Kommission im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses auch den *Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss* (der sich aus Vertretern von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Organisationen der Mitgliedstaaten zusammensetzt) sowie den *Ausschuss der Regionen* (in dem Vertreter lokaler und regionaler Behörden sitzen) zur Beratung hinzu. Außerdem erhalten das Europäische Parlament sowie der Ministerrat die Stellungnahmen der beiden Ausschüsse, weil sich seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Politikbereiche erweitert haben, in denen sie zur Anhörung verpflichtet sind.

Sobald eine Gesetzesvorlage dem Europäischen Parlament vorliegt, bieten sich verschiedene Möglichkeiten des Dialogs mit der Zivilgesellschaft. Zum einen pflegen die Abgeordneten informelle, aber sehr regelmäßige Kontakte zu interessierten Bürgern, NROs oder NRO-Netzwerken. Zum anderen werden Anhörungen mit Experten zu konkreten Fragestellungen in den einzelnen Parlamentsausschüssen organisiert. Zusätzlich wurde die »Agora« geschaffen, um wichtige europapolitische Themen mit den Organisationen der Zivilgesellschaft zu diskutieren. Schon im antiken Griechenland war die »Agora« ein großer Versammlungsplatz, an dem öffentliche Debatten geführt wurden. Somit wird das Parlament dem Anspruch gerecht, als »Stimme« der europäischen Zivilgesellschaft deren Interessen zu vertreten. Die ersten beiden Agoras fanden im November 2007 zur »Zukunft Europas« im Zusammenhang mit dem Reformvertrag und im Juni 2008 zur »EU-Klimapolitik« mit jeweils über 400 Teilnehmern statt. Die

Vertreter der verschiedenen Organisationen diskutierten die Herausforderungen sowie Chancen dieser Politikbereiche und machten Vorschläge für konkrete Aktionen.

Da der »zivile Dialog« auf europäischer Ebene noch nicht institutionalisiert ist, kann die Agora einen bedeutenden Beitrag zu mehr Bürgernähe und einer besseren Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Gesetzgebungsprozess leisten. Nicht nur den Institutionen, sondern auch den NROs kommt dabei eine entscheidende Aufgabe zu. Die NROs können als wichtige Schnittstelle fungieren und so schon früh neue Themen oder Problematiken im Bewusstsein von Politikern und Öffentlichkeit verankern.

Für die Zukunft der EU-Politik ist es maßgeblich, dass die Zivilgesellschaft weiterhin aktiv und verstärkt an der Gesetzgebung beteiligt wird. Von Seiten der EU müssen die Formen der Konsultation intensiviert und erweitert werden. Die Informationen, die NROs oder

Think Tanks den EU-Institutionen in Form von Studien, Analysen und Diskussionspapieren zur Verfügung stellen, ist unersetzlich. Diese Expertise gilt es zu nutzen, weil sich für beide Seiten große Vorteile ergeben. Wenn das Legislativverfahren für alle europäischen Bürger transparent und zugänglich ist, erreicht die EU-Regulierung ihre volle demokratische Legitimität.



Jo Leinen
Vorsitzender des *Ausschusses
für Umwelt, Gesundheit
und Lebensmittelsicherheit
im Europäischen Parlament*

EINE EUROPÄISCHE ZIVILGESELLSCHAFT BRAUCHT ÖFFENTLICHKEIT

Von Mirko Schwärzel

Der Begriff »Zivilgesellschaft« bezeichnet jenen gesellschaftlichen Bereich, in dem sich Bürger/innen in Initiativen, Vereinen, Verbänden und Netzwerken zusammenschließen, organisieren und ihre Interessen artikulieren. »Zivil-« oder »Bürgergesellschaft« wird dabei oftmals mit einem visionären Unterton verwendet. Beschrieben wird eine politische Gemeinschaft, in der nicht alleine der Staat Verantwortung trägt, sondern Bürger/innen sich in größerem Maße für das Gemeinwesen einsetzen. In diesem Verständnis ist die Zivilgesellschaft eine Gesellschaft selbstbewusster und selbstverantwortlicher Bürger/innen.

Zivilgesellschaftliches Handeln ist in Abgrenzung zu staatlichem und wirtschaftlichem Handeln das, was in Deutschland unter dem Begriff »bürgergesellschaftliches Engagement« verstanden wird: Es ist freiwillig, grundsätzlich nicht gewinnorientiert beziehungsweise monetär vergütet und trägt zum Gemeinwohl bei. Eine aktiv handelnde Zivilgesellschaft hat aber zwei wesentliche Bedin-

gungen. Zunächst braucht sie einen »Bürgerstatus«, der soziale und politische Rechte garantiert. Wo es keine Meinungs- und Versammlungsfreiheit gibt, entwickelt sich keine Zivilgesellschaft und besteht keine gesellschaftliche Teilhabe. Zum anderen müssen Informationen und Kenntnisse zur Möglichkeit des Engagements und der Partizipation vorhanden sein. Die Existenz rechtlicher Rahmenbedingungen allein reicht nicht aus. Daher ist »Öffentlichkeit« die zweite unentbehrliche Voraussetzung.

Öffentlichkeit im zivilgesellschaftlichen Verständnis wird aber nicht nur durch die Massenmedien hergestellt. Aktive Bürger/innen brauchen Möglichkeiten, sich mit ihren Argumenten und Erfahrungen bemerkbar zu machen. Durch Versammlungen, Veranstaltungen, Projekte und Protestaktionen schafft die Zivilgesellschaft erst einen öffentlichen Raum, in dem vielfältige Stimmen und Argumente wahrnehmbar werden können. Erst dadurch erhält sie ihren demokratisierenden Charakter.

Bei diesem Verständnis von Zivilgesellschaft und ihren Voraussetzungen stellt sich die Frage, ob man bereits von einer europäischen Zivilgesellschaft sprechen kann. Zweifellos haben sich in allen europäischen Ländern Zivilgesellschaften entwickelt – jedoch stets im Rahmen ihres nationalen Kontextes, entlang nationaler Traditionen und unterschiedlicher Verständnisse der Rollen von Staat und Markt. Doch die Summe der nationalen Zivilgesellschaften macht noch keine europäische Zivilgesellschaft.

Die europäische »organisierte Zivilgesellschaft«: Ein Blick auf die Organisationen der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene lässt zunächst vermuten, dass eine lebendige europäische Zivilgesellschaft durchaus existiert. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich zahlreiche europäische Netzwerke und Verbände gegründet. Seit den 1970er-Jahren haben sich zudem die Neuen Sozialen Bewegungen europaweit vernetzt und als neue Akteure die europäische Bühne betreten. Seit dem Fall des Eisern-

nen Vorhangs zwischen Ost- und Westeuropa, zu dem die Zivilgesellschaft einen großen Beitrag geleistet hat, und der EU-Osterweiterung steigt die Zahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Brüssel stetig weiter an.

1999 führte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) den Begriff »organisierte europäische Zivilgesellschaft« ein, der seither im EU-Sprachgebrauch die Vielzahl der europäischen Netzwerke, Verbände und Initiativen umschreibt, die sich in die Brüsseler Politikgestaltung einbringen. Ihre Gesamtzahl ist schwer zu schätzen. Die Europäische Kommission führt mit der Datenbank *Coneccs* zwar eine Art Lobby-Liste, die derzeit knapp 1.200 europäisch tätige Organisationen der Zivilgesellschaft umfasst. Hier sind jedoch nur diejenigen Organisationen aufgeführt, die in irgendeiner Weise mit der Kommission in einem Austausch stehen. Es ist also anzunehmen, dass ein nicht geringer Teil von kleineren Organisationen gar nicht erfasst ist.

Trotz der Unübersichtlichkeit haben insbesondere die EU-Organen und Gremien die Bedeutung der Zivilgesellschaft erkannt. In gewisser Weise sind sie sogar auf sie angewiesen. Spätestens seit den in einigen Mitgliedstaaten gescheiterten Referenden zum EU-Verfassungsvertrag und zum Vertrag von Lissabon sowie der beständig sinkenden Wahlbeteiligung bei den Europawahlen versucht die EU gezielt, die Zivilgesellschaft in die Entscheidungsprozesse mit einzubinden. Nun wird an dem Ausbau des sogenannten »Zivilen Dialogs« gearbeitet. Der Begriff wurde vom EWSA in Anlehnung an den etablierteren europäischen »Sozialen Dialog« eingeführt und meint die strukturierte Einbindung der Zivilgesellschaft durch unterschiedliche Konsultationsverfahren und Beteiligungsinstrumente auf EU-Ebene.

Der »Zivile Dialog« bringt für die EU-Institutionen zwei Vorteile: Zum einen profitieren sie von der Expertise der Zivilgesellschaft. Die spezialisierten Verbände zum Beispiel im Umwelt- oder So-

zialbereich verfügen über ein Fachwissen, das sich der Beamtenapparat der Kommission nur schwer in dieser Breite aneignen kann. Zum anderen haben zivilgesellschaftliche Organisationen den Kontakt »zur Basis«. Neben der Beratungsfunktion erfüllt die Zivilgesellschaft damit auch eine Legitimierungsfunktion europäischer Politik.

Aber auch die Zivilgesellschaft hat in den vergangenen Jahren von der gestiegenen Aufmerksamkeit und dem Ausbau des »Zivilen Dialogs« profitieren können. In steigendem Maße sind sie in Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse eingebunden. Über die EU-Aktionsprogramme werden zivilgesellschaftliche Netzwerke und einzelne europäische Dachverbände zudem gezielt gefördert. Für eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Verbänden machen diese Zuwendungen einen erheblichen Teil ihrer Finanzierung aus. Die Förderung durch die Kommission birgt jedoch die Gefahr, dass die zivilgesellschaftlichen Interessengruppen damit in ein Abhängigkeitsverhältnis gera-

ten, das sich auf die Inhalte ihrer politischen Arbeit auswirken könnte. Doch unbestritten bieten diese Strukturförderungen erst die Voraussetzung für eine Beteiligung vieler Organisationen auf europäischer Ebene.

Von der organisierten Zivilgesellschaft zur europäischen Bürgerschaft? Offensichtlich aber ist, dass der Beitrag der organisierten, europäischen Zivilgesellschaft zu einer größeren europäischen Öffentlichkeit und damit zu einer wirklichen zivilgesellschaftlichen Teilhabe begrenzt ist. Trotz Beteiligung an der Politik der EU ist es bisher kaum gelungen, die Distanz zwischen den Entscheidungsverfahren in Brüssel und den europäischen Bürger/innen zu verringern. Dies hat sicherlich verschiedene Ursachen, die hier nicht alle erörtert werden können. Zum Teil liegt es an den Strukturen der organisierten Zivilgesellschaft selbst: Sie hat sich in Brüssel professionalisiert und damit häufig von ihren nationalen, regionalen und lokalen Bezügen entfernt. Die Euro-Netzwerke infor-

mieren zwar ihre nationalen Mitglieder, erreichen dort jedoch häufig nur Europa-Expert/innen, die die Informationen noch zu wenig an die unteren Ebenen weitergeben. Die Gestaltung Europas droht somit zur Sache einer kleinen Fachelite zu werden. Neben der Einbindung der organisierten Zivilgesellschaft in das politische Entscheidungsverfahren braucht es daher weitere Anstrengungen für zivilgesellschaftliche Beteiligung.

Eine der oben genannten Bedingungen für die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft ist dabei auf gutem Wege: Die Erweiterung der europäischen Bürgerschaftspolitik von der Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 über die Einführung der Unionsbürgerschaft mit dem Vertrag von Maastricht 1992 bis zur Europäischen Grundrechtecharta schaffen einen wirklichen europäischen »Bürgerstatus«. Es ist nicht nur Aufgabe der EU-Politik, sondern auch der zivilgesellschaftlichen Organisationen, diesen an die Bürger/innen zu vermitteln.

Der Vertrag von Lissabon gab 2009 einen weiteren wichtigen Impuls. Mit ihm erhält ein neuer Artikel 11 Eingang in den EU-Vertrag. Neben der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) beschreibt er Elemente partizipativer Demokratie, indem sowohl den »Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit« eingeräumt wird, »ihre Ansichten in allen Bereichen der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen«, und ein »offener, transparenter und regelmäßiger Dialog« der EU-Organe mit der Zivilgesellschaft angekündigt wird. Art. 11 EUV enthält damit bereits den Ansatz eines Perspektivwechsels. Angesprochen werden nämlich nicht mehr nur die »organisierte Zivilgesellschaft« beziehungsweise die »repräsentativen Verbände«, sondern gleichzeitig die europäischen Bürger/innen, die nicht über die Euro-Netzwerke erreicht werden. Hier gilt es, das europäische Engagement der Bürger/innen stärker zu fördern.

Die Möglichkeiten, die sich zivilgesellschaftlichen Organisationen über die EU-Aktionsprogramme wie »Europa für Bürgerinnen und Bürger« oder »Jugend in Aktion« bieten, sind dabei ganz zentrale Elemente. Die Projekte, die beispielsweise in dieser Broschüre vorgestellt werden, geben einen spannenden Einblick in die Vielfalt europäischer zivilgesellschaftlicher Beteiligung. Hier wird Europa erleb- und erfahrbar gemacht, und hier erst entsteht jene europäische Öffentlichkeit, in der sich die Zivilgesellschaft austauschen und bemerkbar machen kann.

Auch wenn die Debatte um den Zivilen Dialog auf europäischer Ebene derzeit noch getrennt geführt wird vom europäischen Bürgerengagement, ist eine ganzheitliche europäische Engagementpolitik, die eine ermöglichende und aktivierende Förderpolitik für Freiwilligenaktivitäten in Zusammenhang mit politischer Beteiligung stellt, unverkennbar im Entstehen. Nicht zuletzt macht das bürgerschaftliche Engage-

ment einen zentralen Teil der Debatte um eine »aktive europäische Unionsbürgerschaft« aus und wird dabei seitens der EU als ein wichtiger Mittler zwischen der EU und der europäischen Bürgerschaft angesehen.

Das »Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011« verknüpft diese beiden Bereiche. Es hat durchaus das Potenzial, ein weiterer wichtiger Meilenstein zur Förderung einer europäischen Zivilgesellschaft zu werden, wenn es im Sinne des EU-Kulturministerrates »die Freiwilligentätigkeit als eine der wesentlichen Dimensionen der aktiven Bürgerschaft und der Demokratie ins Bewusstsein zu rücken« versteht. Dies ist ohne Zweifel eine große Aufgabe für die zivilgesellschaftlichen Organisationen als wichtigste Stakeholder des Europäischen Jahres 2011. Es ist aber auch eine große Chance, auf dem Weg zu einer zivilgesellschaftlichen Mitgestaltung Europas entscheidend voranzukommen.



Mirko Schwärzel
Projektleiter »BBE für Europa«,
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Berlin

AUF DER SUCHE NACH DEM EUROPÄISCHEN DEMOKRATIEMODELL

Von Eckart D. Stratenschulte

Die Aufgaben der politischen Bildung

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger Europas für die EU lässt zu wünschen übrig. Alle fünf Jahre wird aufs Neue die niedrige – und niedrigere – Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament beklagt. Rund 50 Prozent der Deutschen halten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache, das bedeutet: Die andere Hälfte tut das nicht – oder die Frage ist ihr nicht wichtig genug, sich darüber Gedanken zu machen.

Das klassische Erklärungsmuster ist einfach: Europa ist gut, aber kompliziert, die Menschen begreifen es nicht, wir müssen sie besser informieren. Und also werden Broschüren gedruckt, blaue Luftballons mit goldenen Sternen aufgeblasen und allerlei Ringelpietz veranstaltet. Indes, der große Erfolg bleibt aus – wenn man einmal von dem der Produzenten der Broschüren und dem der Lieferanten der Luftballons absieht.

Was aber tut die europapolitische Bildung? Das relativ geringe Ansehen der Europäischen Union bei ihren Bürgern muss man ihr nicht zum Vorwurf machen. Tatsächlich lässt sich die oben zitierte niedrige Zustimmung für die europäische Integration gegen den Erfolg der europapolitischen Bildung ins Feld führen, aber man könnte auch argumentieren, die Lage wäre noch viel desaströser, wenn es nicht die zahlreichen Bildungsangebote gäbe, die ja auch wahrgenommen werden – aber eben nicht vollen allen.

Es wäre daher billig, die europapolitische Bildung für die Ergebnisse der Europapolitik verantwortlich zu machen. Allerdings steht auch die Bildung vor neuen Herausforderungen. Begonnen hatte sie in den 1950er Jahren als Begegnungsarbeit. Die zweite Hälfte der 1950er und die erste der 1960er Jahre war die Zeit, in der in der alten Bundesrepublik Europa-Häuser und Europäische Akademien gegründet wurden. Das Ziel der Arbeit war das Zusammentreffen. Dass zehn Deutsche und zehn Franzosen

friedlich miteinander im Raum saßen, war ein Ereignis für sich. Was sie dabei taten und worüber sie redeten, war sekundär.

In dem Maße, in dem die europäische Integration sich institutionalisierte, trat dann die Information in den Vordergrund der Bildungsarbeit. Nun gab es etwas, was man den Menschen erklären wollte und musste: Wie sind die Europäischen Gemeinschaften aufgebaut, wie viele Kommissare gibt es etc.? Diese Informationsaufgabe hat sich in dem Maße reduziert, in dem die neuen Medien jede Information leicht abrufbar gestalten. Wer heute Informationen über die EU möchte, muss kein Seminar besuchen, sondern wird mit wenigen Tastenriffen im weltweiten Netz fündig. Als Aufgabe für die europapolitische Bildung bleibt jedoch das Informationsmanagement. Wer bei *Google* »Europa« eingibt, erhält mehr als zwei Millionen Einträge, die er unmöglich alle abarbeiten kann. Unser Problem ist heute nicht mehr, Informationen zu erhalten, sondern sie zu

filtern und zu strukturieren, um so aus Informationen Wissen zu machen. Aber den großen Kick hat der Klick nicht gebracht. Das Interesse an der EU dümpelt weiter vor sich hin.

Ändern wir nun einmal die bisherige Hypothese und nehmen an: Die Menschen sind nicht dumm, sondern verhalten sich insgesamt vernünftig. Dann hat die EU zwar immer noch ein Akzeptanzproblem, aber es wird sich mit Gute-Laune-Geschenken nicht lösen lassen.

Die Berufeuropäer erwarten vom Rest der Bevölkerung ständig ein Bekenntnis zur EU, gerne gesehen sind bei allen öffentlichen Diskussionen die Fragesteller, die sich mit dem Satz vorstellen: »Ich bin ein begeisterter Europäer.« Aber warum eigentlich? Die Europäische Union ist eine Realität, sie ist wichtiger Teil unserer Lebenswirklichkeit, man muss sich nicht immer wieder dazu bekennen. Auch für andere Gemeinwesen gilt: Man muss nicht täglich enthusiastisch sein – aber man muss daran teilnehmen.

Das wirkliche Problem wäre dem-zufolge nicht das mangelnde europäische Sentiment, sondern die nicht ausreichenden Partizipationsmöglichkeiten. Sollte diese Hypothese also zutreffen, dann hat die EU in erster Linie ein Partizipationsproblem, das heißt, die Bürgerinnen und Bürger sehen keine hinreichenden Möglichkeiten, auf die Entscheidungs- und Steuerungsprozesse in der Europäischen Union einzuwirken. Ernsthaft ist das auch gar nicht zu bestreiten. In dem komplizierten Geflecht der Entscheidungsfindung ist für den Bürger kein Platz. Die Prozesse sind langwierig und finden zu einem großen Teil hinter den Kulissen statt, wo dann in Nachsitzen Pakete geschnürt und weitere Absprachen getroffen werden. Für die politischen Normalverbraucher ist das nicht transparent. Das einzige Organ, das öffentlich tagt, ist das Europäische Parlament, dessen Sitzungen jedoch insofern weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, als es in der Berichterstattung wenig Echo findet.

Die wirklichen Entscheidungen, hat man den Eindruck, treffen beispielsweise Angela Merkel und Nicolas Sarkozy beim Strandspaziergang – und da ist außer den Bodyguards keiner dabei.

Mit dieser Situation umzugehen, gibt es zwei Möglichkeiten: Die erste besteht darin, alles zu lassen, wie es ist, und einfach aufzuhören, über den Zustand zu jammern. Die EU bleibt eine Konspiration der Eliten, als die sie auch vor knapp 60 Jahren das Licht der Welt erblickt hat. Diese Lösung hat den Vorteil, dass man nichts tun muss, allerdings den Nachteil, dass sie nicht nachhaltig ist. Da die EU in vielerlei Hinsicht in unser Leben und in unseren Alltag eingreift, reicht es nicht, wenn nur jeder Zweite meint, dass das gar nicht schlecht sei.

Das bringt uns zur zweiten Möglich-keit. Wir müssen aus »Europe« »Youreurope« machen. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, unter denen sich die Menschen stärker in die Entscheidungsfindung einbringen können, um sie dann auch mitzutragen. Das bedeutet:

Wir müssen uns auf die Suche nach einem europäischen Demokratiemodell begeben. Tatsächlich beziehen sich unsere Vorstellungen von demokratischer Teilhabe noch auf den Nationalstaat des 19. und 20. Jahrhunderts. Kernstück dieser traditionellen demokratischen Partizipation waren und sind regelmäßig stattfindende Wahlen, durch die eine Elite beauftragt wurde und wird, die öffentlichen Angelegenheiten für den definierten Zeitraum zu richten. Die Legitimation beziehen die beauftragten Politiker daraus, dass die Wahlen frei, gleich und geheim sind. Das bedeutet: Jedes Menschen Stimmgewicht muss (annähernd) gleich groß sein.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament ist diese Voraussetzung nicht gegeben. Das Parlament wird vielmehr auf der Basis der degressiven Proportionalität gewählt, die die kleinen Staaten überrepräsentiert. In Malta steht ein Mitglied des Europäischen Parlaments für 80.000 Menschen, in Deutschland für 800.000. Wenngleich man über den ge-

nauen Schlüssel streiten kann, wird das Prinzip der abgestuften Proportionalität auch in Zukunft erhalten bleiben müssen. Legte man den deutschen Schlüssel an das Europäische Parlament an, hätten die Malteser, die Luxemburger und die Zyprioten keinen einzigen Abgeordneten im Parlament. Würde man die Relation aus Malta zugrunde legen, käme man auf ein Europäisches Parlament, dem gegenüber der chinesische Volkskongress als Arbeitsgruppe erscheinen würde. Das Bundesverfassungsgericht hat daraus den Schluss gezogen, dass das Europäische Parlament keine vollwertige Vertretung der Bürgerinnen und Bürger Europas sein könne und die Entscheidungsfindung in gewisser Weise der Kontrolle der nationalen Parlamente unterliegen müsse. Die Karlsruher Richter haben damit schon den Finger in eine demokratische Wunde gelegt, allerdings veraltete Medizin empfohlen. Tatsächlich wirkt diese auch im nationalen Rahmen immer weniger. Viele Menschen sind nicht mehr bereit, ihre Stimme abzuge-

ben. Das gilt im doppelten Sinne: Auch im nationalen Rahmen geht die Wahlbeteiligung zurück und immer mehr Menschen wollen trotz Wahlen die Ereignisse weiterhin mitbestimmen.

Tatsächlich müssen wir überlegen, wie wir die traditionellen – und weiterhin wichtigen – Formen der demokratischen Willensbildung um weitere ergänzen können. Die zentrale Aussage der Demokratie lautet: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Die Wahlen sind ein wichtiges Instrument, diesen Imperativ umzusetzen. Aber eine neue gesellschaftliche Organisationsform, wie die EU sie gegenüber den Nationalstaaten darstellt, bedarf auch neuer Formen der Partizipation. Das geht von der Teilhabe an der Formulierung von Lösungsvorschlägen (»decision shaping«) bis zur Mitwirkung an der Entscheidung (»decision making«). Anhörungen, Bürgerforen, weitere Beteiligungsformate, Referenden – das Mosaik der Maßnahmen, die es zu ergreifen und zu entwickeln gilt, ist bunt. Das neue europäische Demokratiemodell gibt es

noch nicht, und es wird sich auch nicht an einem Wochenende vom Europäischen Rat erfinden und umsetzen lassen. Wir benötigen vielmehr den öffentlichen Diskurs über die politische Teilhabe im 21. Jahrhundert. Das ist ein europäisches, aber auch ein nationales Thema.

Eines ist jedoch jetzt schon sicher:

Die neue europäische Demokratie wird anstrengend, da sie das aktive Engagement der europäischen Bürgerinnen und Bürger fordert. Für die europapolitische Bildung bedeutet das, den Schwerpunkt auf Befähigung, statt auf Information zu setzen. Sie muss als schulische und außerschulische, als Jugend- und als Erwachsenenbildung den Menschen helfen, ihre Interessen zu artikulieren und sich in das politische System einzubringen. Verständlicherweise setzt eine aktive Partizipation voraus, die politischen Strukturen zu (er)kennen. Wer in einem stockdunklen Raum steht, tut gut daran, sich nicht zu bewegen. Aufgabe der politischen Bildung ist es also, um in dem Bild zu bleiben, das Licht anzumachen.

Auch zukünftig wird es nicht ohne Wissensvermittlung gehen, allerdings richtet sich diese auf ein anderes Ziel. Sinn der Übung ist nicht, dass die Menschen möglichst viel über Europa wissen, sondern dass sie Europa begreifen und dadurch in die Lage versetzt werden, es aktiv mitzugestalten.

Dabei ist natürlich auch wichtig,

dass die Menschen sich als Europäer wahrnehmen. Dem dient die gute alte Begegnungsarbeit, die unter den veränderten Bedingungen keineswegs obsolet geworden ist. Eine internationale Gruppe ist heute nichts Besonderes mehr, die Internationalität ist ein selbstverständlicher Bestandteil der Lebenswelt vor allem jüngerer Europäerinnen und Europäer, zu deren Sprachgebrauch »Facebook« und »Erasmus« ganz selbstverständlich gehören. Aber gerade in dieser vermeintlichen Einheitlichkeit die Unterschiede im Denken und in den Interessen und gleichzeitig die Gemeinsamkeit in der Herausforderung deutlich werden zu lassen – das geschieht nicht übers Internet,

sondern nur im strukturierten Miteinander. Auch die Menschen im 21. Jahrhundert wollen und müssen sich in die Augen schauen und nicht nur in den Bildschirm blicken.

Begegnung, Informationsstrukturierung, Partizipation auf der Basis von Freiwilligkeit: Solche Vorgaben sind leicht zu formulieren und schwer umzusetzen. Auch die europapolitische Bildung steht also vor einer Neuorientierung. Die Aufgabe, neue und partizipative Konzepte zu entwerfen, kann den Bildungsträgern und ihren Teams niemand abnehmen. Erfolgreich wird ein solches Unterfangen allerdings nur sein können, wenn die Politik die Notwendigkeit sieht und entsprechend, auch finanziell, unterstützt. Das mag in Zeiten leerer Kassen nicht populär sein, aber es ist ein wichtiges Stück Zukunftssicherung für uns alle.



Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte
Leiter der *Europäischen
Akademie Berlin*

INTERKULTURELLER DIALOG ALS EUROPÄISCHES POLITIKFELD

Von Sabine B. Frank

Das Thema »interkultureller Dialog« hat nun schon seit einigen Jahren international politischen Stellenwert. Der Europarat spielte in den 1990er Jahren die Vorreiterrolle – eine Reihe von Konferenzen führte 2005 zur »Erklärung von Faro« und schließlich 2008 zum Weißbuch »Interkultureller Dialog«. Die Europäische Union schloss sich mit der Initiative für ein »Europäisches Jahr des interkulturellen Dialogs 2008« an: Eine Sensibilisierungs- und Medienkampagne wurde gepaart mit sieben europäischen Vorzeigeprojekten, Aktionsprogrammen der Mitgliedsländer und einer Reihe von politischen Beschlüssen. Ist das Thema im Laufe dieser Jahre inhaltlich klarer geworden? Was haben die Anstöße von 2008 bewirkt? Wird damit auf europäischer Ebene tatsächlich eine politische Strategie verfolgt?

Vielsagend oder nichtssagend – ein zu rettendes Konzept? Ein beachtlicher Anteil befragter Europäer (36 Prozent) konnte 2007 keine Angaben dazu machen, was unter »interkulturellem Dia-

log« zu verstehen wäre (Flash Eurobarometer Umfrage 217, Dezember 2007). Die restlichen Umfrageteilnehmer/innen assoziierten mit dem Begriff »Verständigung«, »Austausch« oder »Zusammenarbeit« zwischen Nationen, Religionen und Kulturen. Die Umfrage wurde nach dem »Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs 2008« nicht wiederholt – ob der Begriff inzwischen für Normalbürger/innen griffiger geworden ist, lässt sich daher nicht nachweisen. Es ist aber zu bezweifeln, denn die EU selbst hat 2008 keinen Versuch unternommen, das Konzept eindeutig zu definieren und die damit gemeinten Aktionsfelder einzuengen.

Die Förderung des interkulturellen Dialogs ist bei der Europäischen Kommission primär im Bereich Kulturpolitik angesiedelt und wird häufig als Ergänzung zur kulturellen Vielfalt, insbesondere der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen beziehungsweise Kunstformen verstanden. Dementsprechend dominierten während des »Jahres des interkulturellen Dialogs« auch künstlerische Veranstal-

tungen und Projekte. Interkultureller Dialog wurde vielerorts auf das »Feiern kultureller Vielfalt« mit künstlerischen Mitteln reduziert. Darüber hinaus muss er aber als Rezept für den Umgang mit einer langen Reihe von Herausforderungen erhalten: um den Zusammenhalt zwischen EU-Bürgern zu stärken und ihre Mobilität innerhalb der EU zu begleiten; um Migration, Integration und Asylpolitik sozialverträglicher zu machen; um Diskriminierung und sozialer Benachteiligung ergänzend zu rechtlichen Mitteln beizukommen und um islamischer Radikalisierung und den Bedrohungen öffentlicher Sicherheit entgegenzuwirken. »Interkultureller Dialog« ist also eine Art Salbe, die für viele Beschwerden verschrieben wird, sicher angenehm sein kann, aber höchstens einer symptomatischen beziehungsweise begleitenden Behandlung gleich kommt. Manch einer mag sich allerdings auch damit salben, um eben nicht an die Wurzeln der Probleme zu müssen. Wie kann mit dem Thema also künftig effektiver umgegangen werden?

Mehr als politisches Raumspray:

Wenn die Vielfalt an Angeboten und Anstrengungen, die unter »interkulturellem Dialog« laufen, auch schwer zu kategorisieren oder einzuengen sind, so ist doch wichtig festzuhalten, dass mit dem Thema generell ein positiver Anspruch erhoben wird, der im politischen Klima Europas eine Rolle spielt.

Die Platform for Intercultural Europe, eine zivilgesellschaftliche Organisation mit europaweiter Mitgliedschaft, formulierte die Vision von einem interkulturellen Europa als einem Europa, in dem das Hauptaugenmerk darauf liegt, »was wir (Menschen unterschiedlicher Herkunft) gemeinsam werden können« und stellte »interkulturelle Innovation« in Aussicht. »Wir müssen die Interkulturalität, das heißt, das Prinzip, Kulturen durch interkulturelles Engagement zu entwickeln, zu unserer neuen menschlichen Norm erheben«, verlangte die Plattform in ihrem Manifest (»The Rainbow Paper. Intercultural Dialogue: From Practice to Policy and Back«, 2008). Dieses Paradigma

der interkulturellen Entwicklung wurde als Alternative zu sorgloser Toleranz und der Parallelität von Multikulti in den politischen Raum gestellt. Natürlich ist das Bekenntnis zu einem interkulturellen Europa auch eine Absage an Angst, Unwissenheit und Egoismus, die so oft hinter Diskriminierung und Rassismus stecken.

Grundprinzip eines interkulturellen

Europas ist die umfassende, freie und gleichberechtigte Beteiligung aller am gesellschaftlichen Leben. Dieses Prinzip steht im Einklang mit den verbrieften Werten der Europäischen Union, wird aber in der Praxis europäischer Politikgestaltung im Hinblick auf Migrant/innen und deren Nachkommen sowie auf Minderheiten immer wieder verletzt. Umso mehr muss die Umsetzung eines interkulturellen Europas kontinuierlich eingefordert werden, damit Politiker/innen aller Ebenen mit ihren Entscheidungen zur Stärkung demokratischer Prozesse beitragen und zugleich den Glauben aller an die europäische Demokratie untermauern.

Abgesehen von der Beeinflussung

der europäischen politischen Atmosphäre und des europäischen Werteklimas – wo es populistischen, nationalistischen und protektionistischen Einstellungen ja viel entgegenzusetzen gilt – bedarf es aber eines klaren Verständnisses davon, dass die Praxen interkulturellen Dialogs mit den Mitteln der Kunst und Kultur, der Bildungsarbeit vom Kindergarten zur Erwachsenenbildung, der Jugend- und Sozialarbeit sowie der Medien nur dann greifen können, wenn rechtliche und wirtschaftliche Barrieren für faire gesellschaftliche Teilhabe abgebaut werden. Keine künstlerische Organisation beispielsweise sollte sich – im Zuge wirtschaftlicher Rechtfertigungszwänge – anmaßen, unterprivilegierte Angehörige von Einwanderergruppen allein mit Mitteln künstlerischer Beteiligung und Selbstfindung zu konstruktiven, integrierten Bürger/innen machen zu können. Andererseits gibt es keinen Grund, den Beitrag kultureller Begegnungsarbeit zur Herstellung von Vertrauen, Soli-

darität und gegenseitiger Anerkennung zu belächeln. Sicher gibt es qualitative Unterschiede in den Praxen interkulturellen Dialogs, was Tiefgang und Nachhaltigkeit angeht, prinzipiell ist aber wichtig, dass sie als Begleitmaßnahmen zur wirtschaftlichen und politischen Ermächtigung von Einwanderern und Minderheiten durch geregelte Arbeit und Beteiligungsrechte dienen.

Eine europäische politische Strategie? Nun ein Blick auf die Ergebnisse des »Europäischen Jahres des Interkulturellen Dialogs 2008«: Offizielle Evaluierungen von EU-Aktionen müssen sich stets deren inhärente Zielsetzungen zum Maßstab nehmen, doch trotz dieser Einschränkung finden sich kritische Anmerkungen zur Effektivität und Nachhaltigkeit des Themenjahres: »Das Ziel, Aktivitäten auf junge Leute zu konzentrieren, wurde bequem erreicht, die Mobilisierung von Interessengruppen war beträchtlich (...), aber die Beteiligung von benachteiligten Gruppen und Auswirkungen auf sie waren vergleichsweise schwach.« (ECOTEC Eva-

luierung, August 2009, S. 5) Hinterfragt wurde auch die weitere Berücksichtigung des Bedarfs an interkulturellem Dialog bei der Politikgestaltung auf nationaler Ebene. Dieses sei, so die Evaluatoren, in den Ländern gegeben, »wo ein Handlungsrahmen oder Aktionsplan schon vor dem Jahr bestand oder wo es zaghafte Anzeichen gibt, dass die Entwicklung eines solchen Aktionsplans in Erwägung gezogen wird. (...) In einigen Ländern mag das Thema wohl von der Tagesordnung rutschen, es sei denn, es kommen neue Impulse von der EU-Ebene. (...) Unterstützung für interkulturellen Dialog durch die EU ist mittelfristig wahrscheinlich.« (ebd., S. 6–7)

Der Grund für letztere Prognose liegt darin, dass entsprechende Zielsetzungen in mehreren richtungweisenden, politischen Dokumenten verankert wurden – so zum Beispiel der »Agenda für Kultur im Zeitalter der Globalisierung« von 2007 und den Erklärungen des EU-Ministerrates zu den Interkulturellen Kompetenzen und denen zur Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen

Dialogs in den EU Außenbeziehungen – beide von 2008. Damit sind politische Ansprüche geschaffen, deren Verwirklichung eingefordert werden kann. Wichtige EU-Repräsentant/innen bekennen sich zudem weiterhin zu dem Thema.

Außerdem haben sich während des europäischen Themenjahres mehrere Netzwerke gebildet, die daran arbeiten, dass das Thema auf der politischen Tagesordnung bleibt, zum Beispiel die *Platform for Intercultural Europe*. Sie war in den so genannten »strukturierten Dialog mit der Zivilgesellschaft« seitens der Europäischen Kommission seit 2008 einbezogen. Auf der Ebene des EU-Kulturministerrates, auf der im Rahmen der »offenen Koordinierungsmethode« (OKM) – einer freiwilligen, unverbindlichen Zusammenarbeit der Regierungen der Mitgliedsstaaten – fünf thematische Arbeitsgruppen gebildet worden waren, war das Thema interkultureller Dialog nach 2008 zunächst nicht mehr präsent. In dem im November 2010 beschlossenen »Arbeitsplan für Kultur für 2011–

2014« ist nun aber die Einsetzung einer OKM-Arbeitsgruppe zum Thema »kulturelle Vielfalt, interkultureller Dialog und zugängliche und integrative Kultur« vorgesehen. Auf EU-Ratsebene bleibt das Thema also kulturpolitisch verortet, aber von dieser Basis aus mag sich der bereichsübergreifende Anspruch des Themas vielleicht doch längerfristig verwirklichen lassen.

Interkultureller Dialog kann in der Tat nur ein Anliegen sein, das sich über mehrere Politikfelder erstreckt und in mehrere Bereiche komplementär hineingreift. Damit stellt sich aber die Herausforderung, verstreute Maßnahmen der EU und der Mitgliedsstaaten kohärent zu gestalten. Dazu müssen zunächst in jedem Einzelbereich Anstrengungen unternommen werden, klarere Orientierung zu bieten, was mit »interkulturellem Dialog« gemeint ist und bezweckt wird. Dies ist momentan völlig unzureichend und eine Herausforderung für die Neuauflage der EU-Förderprogramme nach 2013, insbesondere der Programme »Kultur«,

»Media«, »Jugend in Aktion«, »Europa für Bürgerinnen und Bürger«, »Lebenslanges Lernen« sowie des Forschungsrahmenprogramms. Das Thema ist außerdem in den Politikfeldern Sport, Mehrsprachigkeit, Integration der sich legal in der EU aufhaltenden Angehörigen von Drittstaaten und Außenbeziehungen verankert.

Die Plattform für Intercultural Europe nahm in den Jahren 2009 und 2010 die Umsetzung des Ziels »interkultureller Dialog« im EU-Kulturprogramm unter die Lupe. Ein Ergebnis dieser Studie ist, dass es den Antragsteller/innen überlassen bleibt zu definieren, wie sie zum interkulturellen Dialog beitragen wollen beziehungsweise – nach Abschluss des Projekts – beigetragen haben. Interkultureller Dialog wird dabei häufig nicht als eigenständige Zielsetzung eines Projekts beschrieben, sondern als Nebenprodukt transnationaler Zusammenarbeit. Die Plattform unterbreitete der EU-Kommission daher einen Katalog von Empfehlungen, um sicherzustellen, dass künftig der

geförderte europäische Austausch im Bereich von Kunst und Kultur dazu dient, Menschen aller Hintergründe und Identitäten eine umfassende und gleichberechtigte gesellschaftliche Beteiligung zu ermöglichen (siehe www.intercultural-europe.org).

Den Politiker/innen sowie den Projektträgern auf nationaler wie europäischer Ebene kommt die Verantwortung zu, das Thema in seiner vorrangigen Bedeutung für die gerechte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und von Minderheiten zu begreifen. Es gilt, die breite Palette an interkulturellen Dialoginitiativen im soziokulturellen und Bildungsbereich als unabdingbare Ergänzungen zu sozial gerechter Wirtschaftspolitik und einer fairen Verteilung von Bürgerrechten zu würdigen.



Sabine B. Frank
Generalsekretärin der
*Plattform für Intercultural
Europe*, Brüssel

DIE EU FÖRDERT TRANSNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Von Monika Lühn

Das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« der Europäischen Union fördert im Rahmen der Aktion 2, Maßnahme 3, Projekte von zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie Forschungseinrichtungen, Netzwerken, Vereinen und Verbänden, Think-Tanks, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, kirchlichen, karitativen und sozialen Organisationen sowie solchen aus dem Bereich des freiwilligen Engagements und des Amateursports. Voraussetzung ist, dass diese einen eigenen Rechtsstatus haben und nicht gewinnorientiert tätig sind. Sie müssen ihren Sitz in einem der teilnahmeberechtigten Länder haben, zu denen die 27 Mitgliedstaaten gehören sowie nach gesonderten Assoziierungsverhandlungen Albanien, Kroatien und Mazedonien. Weitere Westbalkanländer, die EWR-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Türkei können sich assoziieren, haben bisher jedoch kein Interesse daran gezeigt.

Zwei Projektformen werden gefördert, einerseits Veranstaltungen, wie

Konferenzen, Seminare, Workshops (auch soziokulturelle), und andererseits Produktions- und Realisierungsvorhaben, wie Publikationen, Internetseiten, Studien, Radio- oder Filmproduktionen.

Veranstaltungsprojekte können aus mehreren Treffen, Workshops oder Konferenzen bestehen und müssen von mindestens zwei Organisationen aus unterschiedlichen teilnahmeberechtigten Ländern zusammen durchgeführt werden. Der Zuschuss errechnet sich auf der Grundlage von Pauschalsätzen pro Teilnehmer/in und Tag (»Teilnehmertage«), je nach Land, in dem die Veranstaltung stattfindet. Die Pauschale kann nur für Teilnehmer/innen aus den teilnahmeberechtigten Ländern angerechnet werden. Mindestens 30 Prozent der Teilnehmer/innen müssen »international« sein, das heißt aus einem anderen als dem Land kommen, in dem die Veranstaltung stattfindet. Mindestens 50, maximal 400 Teilnehmertage pro Veranstaltung können angerechnet werden. Für Öffentlichkeitsarbeit (»Kommunikationswerkzeu-



Das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« fördert Veranstaltungen.

© Deutsche Vertretung der Europäischen Kommission



Das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« fördert Publikationen aller Art. © Jörg Hausmann

ge») gibt es zusätzlich eine Pauschale von 1.500 Euro pro Medium (Publikation, DVD oder Internetseite), maximal 4.500 Euro für ein Projekt.

Der Zuschuss für Produktions- und Realisierungsprojekte errechnet sich auf der Grundlage eines ausgeglichenen Kosten- und Finanzierungsplans. Die beantragte Fördersumme muss mindestens 10.000 Euro und darf maximal 150.000 Euro betragen, wobei der EU-Zuschuss höchstens 70 Prozent der förderfähigen Kosten betragen darf.

Einmal jährlich (nämlich jeweils bis zum 1. Februar) können Anträge bei der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) in Brüssel eingereicht werden. Die maximale Projektdauer beträgt 18 Monate, das Projekt muss zwischen dem 1. August des Antragsjahres und dem 31. Januar des Folgejahres starten.

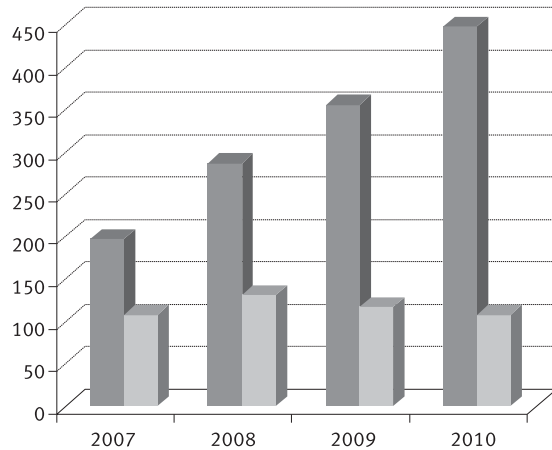
Das wichtigste Förderkriterium für die EU ist, dass das Projekt den Zielen des Programms dient und sich mit europäischen Themen befasst. Der Pro-

grammleitfaden und die Internetseite der KS EfBB informieren über die Teilnahmebedingungen und Kriterien.

Vergleicht man die Ergebnisse der Projektauswahl der Jahre 2007 bis 2010 zeigt sich, dass das Interesse an der Projektförderung (Aktion 2, Maßnahme 3) stark zugenommen hat. Die Zahl der EU-weit eingereichten Anträge hat sich mehr als verdoppelt. Aufgrund des gleichbleibenden Budgets verändert sich die Anzahl der bewilligten Projekte jedoch nur unwesentlich.

Die Tabelle und die Diagramme zeigen die Zahl der insgesamt eingereichten Anträge, die Zahl der eingereichten Anträge aus Deutschland sowie die Zahl der bewilligten Anträge insgesamt und die Zahl der bewilligten Anträge aus Deutschland pro Jahr.

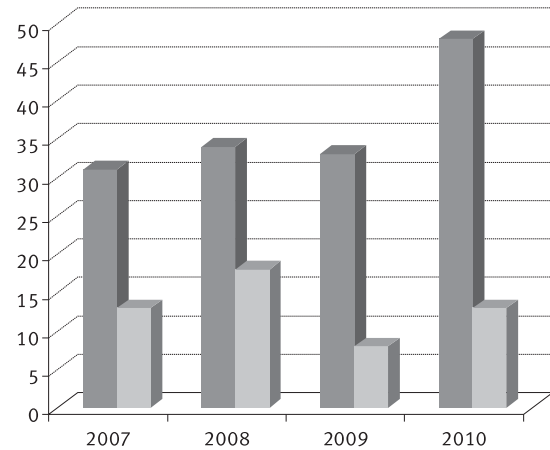
Verhältnis zwischen den EU-weit eingereichten Anträgen und den Bewilligungen



■ Eingereichte Anträge insgesamt
 ■ Bewilligte Anträge insgesamt

Quelle: KS EfBB 2010

Verhältnis zwischen den von deutschen Organisationen eingereichten Anträgen und den Bewilligungen



■ Eingereichte Anträge aus Deutschland
 ■ Bewilligte Anträge aus Deutschland

Quelle: KS EfBB 2010

Gesamtübersicht über Einreichungen und Bewilligungen von 2007 bis 2010

	Eingereichte Anträge	Eingereichte Anträge	Bewilligte Anträge	Bewilligte Anträge
	insgesamt	Deutschland	insgesamt	Deutschland
2007	197	31	108	13
2008	287	34	131	18
2009	356	33	117	8
2010	448	48	108	19

Die steigende Anzahl der eingereichten Anträge zeigt, dass die Bedeutung der Aktion 2, Maßnahme 3 steigt. Aufgrund des gleichbleibenden Budgets verändert sich die Anzahl der bewilligten Projekte jedoch nur unwesentlich.



Monika Lühn, Mitarbeiterin
der Kontaktstelle Deutschland
»Europa für Bürgerinnen und
Bürger« bei der Kulturpolitischen
Gesellschaft e.V., Bonn

Europäische Projekte im Kaleidoskop

Internationale Begegnungen für Menschen mit Behinderungen 2007/2008

Der Name des Ortes Kreisau in Schlesien ist heute aufgrund der Widerstandsgruppe »Kreisauer Kreis« eng mit dem Widerstand gegen Ausgrenzung und Nationalismus verbunden. Die *Kreisau-Initiative Berlin e. V.* folgt dem Ideal des Kreisauer Kreises und führt internationale Begegnungen zur Völkerverständigung durch.

Eine besondere Zielgruppe der *Kreisau-Initiative Berlin e. V.* sind geistig und körperlich beeinträchtigte Jugendliche. Diese sind häufig von der Teilnahme an internationalen Jugendbegegnungen ausgeschlossen, da es an integrativen Konzepten und Methoden mangelt. Gemeinsam mit der *Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung* (PL), der *Niederschlesischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendhilfe* (PL), dem *Kinderzentrum Sonnenstrahl* (CZ) und der *Steirischen Behindertenhilfe* (AT) wurde daher das



Die ideale Jugendbegegnung: Von allen gemeinsam gestaltet
© *Kreisau-Initiative Berlin e. V.*

Projekt »Kreisauer Modell« ins Leben gerufen. Es setzte sich zum Ziel, Modelle und Methoden für die internationale Jugendarbeit zu entwickeln, um Menschen mit Behinderung zu integrieren und ihnen damit die Teilnahme am interkulturellen Austausch zu ermöglichen.

Im Dezember 2007 fand eine Konferenz zur Entwicklung des »Kreisauer Modells« in Krzyżowa (Kreisau, PL) statt. 70 Fachkräfte und Multiplikator/innen der internationalen Jugendarbeit sowie Heil- und Förderpädagog/innen aus Deutschland, Italien, Österreich, Polen, Portugal, der Ukraine, der Tschechischen Republik und der Türkei entwickelten Konzepte und inhaltliche Bausteine und erarbeiteten Praxismethoden in Form von »Kernforderungen für eine ideale Begegnung«, die in integrativen, internationalen Begegnungsprogrammen anwendbar sind.

Die Konferenzergebnisse wurden danach in einer Jugendbegegnung modellhaft umgesetzt. Im März 2008 kamen 60 Jugendliche aus Behindertenheimen und Förderschulen aus Deutschland, Öster-

»Besonders das internationale gemeinsame Suchen nach Lösungen, die es den behinderten Jugendlichen ermöglichen, selbstbestimmt und mit Freude an der Begegnung teilzunehmen, hat mir imponiert. Ich bin schon ein wenig stolz darauf, geholfen zu haben, dass heilpädagogisches Gedankengut bei allen Mitstreitern zur Grundlage des gemeinsamen Handelns wurde.«

Peter Ludwig, Berufs- und Fachverband der Heilpädagogen, Konferenzteilnehmer

reich, Polen, Tschechien und der Ukraine zum »Frühling in Kreisau« zusammen. Sie nahmen an Musik-, Kunst- oder Theaterworkshops teil, bei denen nicht das Ergebnis, sondern die Freude an der Zusammenarbeit im Vordergrund stand.

Auf der Basis der Konferenzergebnisse und der Erfahrungen der Jugendbegegnung entwickelten die Projektpartner Fortbildungsmaßnahmen für Haupt- und Ehrenamtliche in Behinderteneinrichtungen sowie in der internationalen Jugendarbeit. Im April 2008 fand für 16 Teilnehmende aus vier Ländern eine erste Multiplikatorenschulung statt. Inhalte der Heilpädagogik sowie Methoden der internationalen Jugendarbeit wurden in theoretischen Seminareinheiten und praktischen Workshops vermittelt. Die Ergebnisse sind im Newsletter und auf der Internetseite der *Kreisau-Initiative* dokumentiert.



Seminarteilnehmer/innen vor Schloss
Kreisau © Kreisau-Initiative Berlin e. V.

Das Projekt »Kreisauer Modell« wurde von der Europäischen Union mit gut 25.000 Euro gefördert. Weitere Förderer und Unterstützer konnten mit der *Aktion Mensch* (DE) und dem *Deutsch-Polnischen Jugendwerk* (DE/PL) gewonnen werden. Aufgrund des großen Bedarfs an Fortbildungsangeboten und des Erfolgs des Pilotprogramms wurden 2009 die Multiplikatorenschulungen fortgesetzt und eine weitere Jugendbegegnung organisiert.

Im Jahr 2008 konnte die *Kreisau-Initiative e. V.* zudem das Projekt »MICC – Model International Criminal Court« mit einem EU-Zuschuss von 25.000 Euro durchführen. Gemeinsam mit dem *Polnischen Roten Kreuz* (PL) und der *Krzyżowa-Stiftung* (PL) wurden zwei Gerichtsverhandlungen der Nürnberger Prozesse und des Internationalen Tribunals zu Jugoslawien simuliert, in denen die Jugendlichen als Richter, Verteidiger und Ankläger agierten. Ergänzt wurde das Programm durch juristische, rhetorische und journalistische Trainingsworkshops, Vorträge

und Zeitzeugengespräche, die Erstellung von Medienbeiträgen sowie eine Pressekonferenz.

Das nächste EU-geförderte Projekt startet die *Kreisau-Initiative* mit der *Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung* (PL) im Winter 2010: Zur Vorbereitung des »Europäischen Jahres für aktives Altern und intergenerationale Solidarität 2012« finden im Jahr 2011 unter dem Titel »Intergenerationes – Intergenerativ trifft International« eine internationale Konferenz zum Thema »Internationaler Jugendaustausch und intergeneratives Lernen« sowie eine deutsch-französisch-polnische Mehrgenerationenbegegnung zum Thema »Geschichtsbilder« statt. Die EU-Förderung beträgt 26.000 Euro.



Projekträger:

Kreisau-Initiative Berlin e. V.

www.kreisau.de

Frauenpilgerweg für ein gemeinsames Europa 2008

Die deutsche Abteilung des *Ökumenischen Forums Christlicher Frauen in Europa e. V. (DE)* ist seit 2005 Trägerin des Projekts »Egeria-Weg. Ein ökumenischer Frauen-Pilgerweg für ein gemeinsames Europa«. Die frühchristliche Pilgerin Egeria schrieb im vierten Jahrhundert n. Chr. den ältesten und ausführlichsten Bericht einer Pilgerreise, ausgehend von Spanien quer durch den europäischen Kontinent über Konstantinopel bis nach Jerusalem.

Seit 2005 legt eine internationale Gruppe von Frauen eine Etappe dieses Weges zurück, an die im folgenden Jahr wieder angeknüpft wird. Die erste Etappe führte durch Spanien, 2006 pilgerten die Frauen durch Frankreich, 2007 durch



» Startseite	<p>Willkommen auf der Homepage des Egeria-Weges.</p> <p>Der Egeria-Weg ist ein <i>ökumenisches Frauen-Pilger-Projekt</i> für ein gemeinsames <i>Europa</i>. Der <i>Weg</i> folgt dem Reisebericht der frühchristlichen Pilgerin <i>Egeria</i>. Heute, nach ca. 1500 Jahren, pilgern Frauen auf den Spuren Egerias und legen jedes Jahr eine Etappe zurück. Begonnen hat der Weg 2005 in Spanien und führt innerhalb von 10 Jahren nach Jerusalem. Mit dem Egeria-Projekt wollen wir den Reisebericht der Egeria neu schreiben. Mit jeder Etappe entsteht ein neues Kapitel eines gemeinsamen <i>Reisetagebuches</i>, das auf dieser Homepage eingesehen werden kann.</p> <p>2009 führte der Egeria-Weg durch <i>Serbien</i>. Das <i>Tagebuch</i> (Menüpunkt in der Karte: <i>Serbien/Reisetagebuch</i>) gibt darüber Auskunft. Vom 21. 9. - 3. 10. 2010 wird die 6. Etappe durch <i>Rumänien</i> führen.</p> <p>Der Egeria-Weg ist ein Projekt des <i>Ökumenischen Forums Christlicher Frauen in Europa</i> (ÖFCFE e.V.)</p> <p>Gefördert wurde der Egeria-Weg 2008 durch das EU-Programm "Bürger und Bürgerinnen für Europa" und die Evangelische Kirche in Deutschland.</p>
» Egeria	
» Der Weg	
» Pilgern	
» Ökumene	
» Europa	
» Aktuelles	
	
» Kontakt	
» Links	
» Downloads	
» Archiv	

Internetseite zum »Egeria-Weg«

Italien. Der vierte Wegabschnitt im Jahr 2008, der die Frauen durch das EU-Land Slowenien und durch das Nachbarland Kroatien führte, wurde von der EU mit 22.500 Euro unterstützt. Die italienische *Evangelisch-Lutherische Kirche*, die kroatische Abteilung des *Ökumenischen Forums Christlicher Frauen in Europa e. V.* sowie das *Institut I.S.E. »Zentrum für Frauen- und Familienberatung – ökumenische und internationale Begegnung«* (SI) waren als Partnerorganisationen an der Durchführung der vierten Etappe beteiligt.

Während des zweiwöchigen Weges durch Slowenien und Kroatien im Herbst 2008 liefen 18 Frauen täglich 15 bis 20 Kilometer. Sie übernachteten in Pensionen oder bei Gastgeberinnen vor Ort. Auf der Strecke kamen sie mit einheimischen

Frauengruppen, Vertreterinnen von NGOs und Kirchen zusammen und lernten die vielfältigen Traditionen und Lebensentwürfe von slowenischen und kroatischen Frauen kennen.

Die Pilgerinnen trafen auch Politikerinnen und Vertreterinnen des Europaparlaments in Ljubljana und sprachen mit diesen über die Europäische Integration, dem Schwerpunktthema der vierten Etappe. Das Interesse richtete sich vor allem darauf, wie die slowenische Bevölkerung den Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union empfindet. In einem Gespräch mit Frauen, die der Bevölkerungsgruppe der Roma angehören, wurden deren Sichtweisen auf Europa deutlich.

Gemeinsam mit der bosnisch-kroatischen Menschenrechtsaktivistin Jadranka Cigelj diskutierten die Teilnehmerinnen bei einer Lesung die Situation von Frauen in der Zeit während und nach den Jugoslawienkriegen in den neunziger

Jahren, Fragen zur sozialen Gerechtigkeit und zur gesellschaftlichen Teilhabe von Frauen sowie aktuelle politische Fragestellungen.

Während der Pilgerreise setzten die Wanderinnen erstmals den von ihnen konzipierten »Europa-Rucksack« ein. Es handelt sich hierbei um eine umfangreiche Materialsammlung für die Informations- und Bildungsarbeit zum Thema Europa. Der Rucksack enthält ausgewählte Bücher und Broschüren zu Themen wie Geschichte Europas, Europäische Grundrechtecharta, Vertrag von Lissabon oder Frauen als Mitgestalterinnen Europas und die Rolle der Kirchen in Europa. Er wird ständig aktualisiert und von den Projektträgerinnen an Interessierte verliehen.



Die Pilgerinnen an der slowenisch-kroatischen Grenze © Doris Riffelmann

Um die Öffentlichkeit über die Reise, die Fortsetzung des Projektes und dessen Teilergebnisse zu informieren, legten die Pilgerinnen nach ihrer Rückkehr eine umfangreiche Internetseite an, auf der alle wichtigen Hintergrundinformationen zu finden sind sowie Fotos und Tagebucheinträge der Pilgerinnen, die die Reise Tag für Tag dokumentierten.

Im Herbst 2009 setzten die Frauen ihre Reise fort. Diesmal führte sie der Weg durch Serbien. Im September 2010 pilgernte die Frauengruppe durch Rumänien. Der »Egeria-Weg« soll innerhalb von zehn Jahren durch 13 Länder Europas und des Nahen Ostens bis nach Jerusalem führen. Die Organisatorinnen möchten mit dem Egeria-Projekt zur Verständigung und Einigung in einem zusammenwachsenden Europa beitragen und deutlich machen, dass sich die Geschicke Europas sowohl historisch als auch aktuell nicht von denen in der Region des Vorderen Ostens trennen lassen. Die Pilger-

rinnen verstehen sich als Grenzgängerinnen zwischen West und Ost sowie zwischen den Kulturen und Konfessionen des europäischen Kontinents.

Es ist geplant, den »Egeria-Weg« als Pilgerweg dort einzurichten, wo sich lokale Verbände und Tourismusvereine finden, die ihn für künftige Pilgergenerationen erhalten wollen. Bei der Einrichtung des Weges und der einzelnen Stationen werden die Menschen des jeweiligen Landes in die Planung einbezogen, um mit ihnen zusammen die Begegnungen vor Ort zu gestalten.



Projekträger:

**Ökumenisches Forum Christlicher
Frauen in Europa, Braunschweig
www.egeria-project.eu**

Veranstaltungsreihe zu Globalem Lernen 2008

Ein Zusammenschluss von im Bildungsbereich tätigen Organisationen aus den zwölf Ländern Deutschland, Estland, Frankreich, Lettland, Litauen, Malta, Österreich, Polen, Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn, das *Global Network of Young Europeans* (GLEN), führte die »European Global Education Days 2008« (EGED) durch. Ziel des Projektes war es, das Bewusstsein der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für das Thema Europa sowie für das gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis zwischen Europa und anderen Teilen der Welt zu schärfen. Darüber hinaus sollte die Grundlage für die Bildung von Netzwerken zwischen europäischen Vereinen und Verbänden geschaffen werden. Dafür wurden zwei Seminare, zahlreiche Tagungen und eine Konferenz durchgeführt. Den Antrag auf eine Förderung



Danute Dōra präsentiert die Ziele der EGED © Māris Resnis

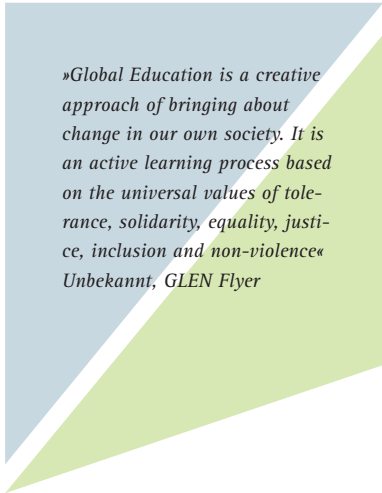
durch die EU stellte die deutsche Institution *InWEnt* für das Netzwerk. Die EU unterstützte die Veranstaltungsreihe mit rund 38.700 Euro.

Zu den Teilnehmenden des Projekts, das im Herbst 2008 begann, gehörten sowohl Jugendliche als auch Fachkräfte aus dem Bereich der Jugendbildungsarbeit. Die »European Global Education Days 2008« boten ihnen die Möglichkeit, sich für ihre europaweite Arbeit im Bereich des Globalen Lernens zu qualifizieren. Im Mittelpunkt des Bildungskonzepts des Globalen Lernens stehen insbesondere Fragen nach der Verwirklichung der Menschenrechte, globaler Gerechtigkeit und nach Bedingungen für eine friedliche Welt sowie Umweltschutz.

Die »European Global Education Days 2008« umfassten eine Reihe von Veranstaltungen in verschiedenen Län-

dern: Im September und Oktober wurden in Warschau (PL) für insgesamt 45 Jugendliche aus neun EU-Staaten zwei Workshops durchgeführt, bei denen sie Methoden der Bürgerbeteiligung kennenlernten. Hierbei entwarfen sie Ideen für zukünftige grenzübergreifende Projekte, die sich mit der Thematik der europäischen Bürgerschaft befassten. Dies beinhaltete die globale Verantwortung für Europa, die Nachhaltigkeit des Umweltschutzes und die Zukunft der Bildung in Europa. Daneben fanden in der Zeit von September bis Dezember in elf Mitgliedstaaten der EU öffentliche Bildungsveranstaltungen statt. Rund 1.600 Menschen nahmen an den verschiedenen Aktivitäten wie Präsentationen, Filmvorführungen, Diskussionsrunden, Spiele, Theatervorstellungen und Konzerte teil.

Die fünftägige Abschlusskonferenz im November in Marpingen (DE) stellte den Höhepunkt des Projektes dar. 72 Jugendliche aus 15 Ländern kamen hier



*»Global Education is a creative approach of bringing about change in our own society. It is an active learning process based on the universal values of tolerance, solidarity, equality, justice, inclusion and non-violence«
Unbekannt, GLEN Flyer*



Anna Wrochna und Lukaš Policar in einem Theater-Workshop während der EGED
© Māris Resnis

zusammen, um über Globales Lernen zu diskutieren. Sie präsentierten auf einem Markt der Möglichkeiten weltweite Bildungsprojekte, an denen sie bereits mitgearbeitet hatten. Sie diskutierten während einer öffentlichen Veranstaltung mit Gästen über die globale Verantwortung Europas und das Thema Umweltschutz. In Workshops erörterten sie gemeinsam mit eingeladenen Fachleuten unterschiedliche Aspekte des Globalen Lernens und deren Rolle für die Herausbildung einer engagierten und verantwortungsbewussten europäischen Bürgerschaft.

Ebenfalls auf dem Programm stand ein Besuch der von der EU organisierten »European Development Days 2008« Ende November in Straßburg (FR). Die Jugendlichen bereiteten hierfür eine Fotoaus-

stellung mit dem Titel »Voices of Europe« vor, die Bilder und Aussagen von 20 EUBürgerinnen und Bürgern zu Europa und zur Rolle der Bürger in der EU zeigte.

Um in der Öffentlichkeit auf die Veranstaltungssreihe aufmerksam zu machen, erstellten die Veranstalter einen Flyer, der auf zwei Seiten das Konzept des Globalen Lernens und die Aktivitäten des Netzwerks GLEN erläutert. Er wurde in einer Auflage von 2.000 Stück in englischer Sprache produziert. Die »European Global Education Days 2008« wurden abschließend in dem »Global Education Guide« dokumentiert, einem vierzigseitigen Bericht über die Inhalte, Methoden und Ergebnisse der Workshops.



Projektträger:

ASA Programm InWEnt
Berlin

www.glen-europe.org

Gesundheit – höchstes Gut?

Multilaterale Tagung 2008

Die Gesundheitspolitik auf europäischer Ebene gewinnt zunehmend an Bedeutung. Im Vertrag von Maastricht 1992 wird das Gesundheitswesen erstmals erwähnt, mit dem Ziel der Erforschung, Verhütung und Bekämpfung von weitverbreiteten und schwerwiegenden Krankheiten. Der Gesundheitsschutz muss seither in allen Politikfeldern berücksichtigt werden.

Gesundheitsprobleme, die mit der alternden Bevölkerung, ungesunder Lebensführung und wenig Bewegung zusammenhängen, sowie die zunehmende Patientenmigration sind aktuelle Herausforderungen für das europäische Gesundheitswesen. Um diesen zu begegnen, bedarf es einer europaweiten Zusammen-

arbeit und Austausch der in diesem Bereich tätigen Organisationen, Fachleute und Vertreter/innen der Politik. Die *Diözesan-Caritasverbände NRW* (DE) und die *Caritas Oberösterreich* (AT) wollten mit dem Europaforum 2008, das sie im November 2008 gemeinsam in Brüssel durchführten, diesen europäischen Dialog unterstützen.

Die zweitägige Konferenz, an der rund 70 Fachleute aus dem Gesundheitswesen, aber auch Politiker/innen aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, Litauen, Polen und Rumänien teilnahmen, stand unter dem Motto »Gesundheit – höchstes Gut? Europas Gesundheitspolitik vor neuen Herausforderungen« und wurde von der Europäischen Union mit rund 21.000 Euro gefördert.

Ein wichtiges Thema der Tagung war die Armut in Europa. Die Diskussion darüber, ob sie den Zugang zur Gesundheitsversorgung erschwert, stand im Mittelpunkt der Veranstaltung. Die Teil-



Vertreter/innen von Gesundheitsdiensten aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, Österreich und Rumänien diskutieren über Ansprüche und Wirklichkeit in der europäischen Gesundheitspolitik.

© Alfred Hovestädt



Teilnehmer/innen der Konferenz mit der ehemaligen EU-Kommissarin für Gesundheit Androulla Vassiliou im Vordergrund © Alfred Hovestädt

nehmenden lernten zunächst in einem Vortrag die unterschiedlichen Gesundheitssysteme in Europa kennen, um sich darauf aufbauend mit der europäischen Gesundheitspolitik auseinanderzusetzen.

Fachleute aus dem Gesundheitsbereich referierten nicht nur über die zukünftigen Herausforderungen der europäischen Gesundheitspolitik und mögliche Strategien, diese anzugehen, sondern diskutieren auch über Zusammenhänge zwischen Gesundheitsversorgung und demographischem Wandel in Europa. Auch Vertreter/innen der Europäischen Kommission waren auf dem Europaforum 2008 vertreten. Androulla Vassiliou, die ehemalige EU-Kommissarin für Gesundheit, stellte in einem Grußwort die Hauptherausforderungen vor, denen sich die EU gegenüber sieht und die Maßnahmen, die ergriffen werden, um auf diese zu antworten. Die Konferenzteil-

nehmer/innen nutzten die Möglichkeit, sich mit den Kommissionsangehörigen über die Qualität, Versorgungssicherheit und Finanzierung einzelner Sozial- und Gesundheitsdienste in Europa auszutauschen.

Als ein Beispiel für innovative Entwicklungen im Gesundheitswesen stellte Dr. Axel Bürger, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, das Projekt »Gesundheitscampus Nordrhein-Westfalen« vor: Auf einem campusartigen Areal in Bochum führt der »Gesundheitscampus NRW« seit Juli 2009 Kompetenzen aus Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sowie Wirtschaft zusammen. Durch Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sollen interdisziplinär neue Erkenntnisse über Krankheiten gewonnen und daraus resultierend, neue Therapien entwickelt werden. Ziel ist es, das Spektrum von Versorgung, Forschung und Entwicklung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Europa langfristig zu erweitern.

*»Mir bot die Versammlung dahingehend eine wertvolle Erfahrung, auf welche verschiedenen Arten und Weisen verschiedene Gesundheitssysteme gemeinsamen Problemen gegenüberreten. (...) Das Treffen hat mich gelehrt, wie wichtig internationale Austausche sind für die Diskussion von gemeinsamen Problemen und Arten und Weisen, um damit umzugehen — es wird mehr Arbeit benötigt und es müssen häufiger internationale Austausche stattfinden, um gemeinsame Politikansätze zur Kontrolle der Kosten bei der Gesundheitsfürsorge und zur Bekämpfung des Einflusses (...) der Big-Pharmakonzerne sicherzustellen.«
John Middleton, Public Health, Birmingham*

Über den Anspruch und die Wirk-

lichkeit von Gesundheit in Europa diskutierten Mitarbeiter/innen von Gesundheitsdiensten aus Belgien, Deutschland, Österreich und Rumänien am zweiten Tag der Konferenz im Rahmen einer Podiumsdiskussion. Die Arbeitssprachen bei allen Veranstaltungen waren Deutsch und Englisch.

Auszüge aus den Fachbeiträgen,

Präsentationen und Vorträgen, Hintergrundinformationen zu den behandelten Themen sowie Bilder der Konferenz wurden in einer zwölfseitigen Broschüre in deutscher Sprache dokumentiert.



Projektträger:

Caritas in NRW

Düsseldorf

www.caritas-nrw.de

Multilaterale Konferenz 2008/2009

Nationalistische Strömungen gehen oft mit Rassismus und Europafeindlichkeit einher und bedrohen den europäischen Integrationsprozess sowie die Anerkennung der gemeinsamen europäischen Werte. Solche Auffassungen stehen im Gegensatz zur Entwicklung einer europäischen Identität und scheinen – so die Beobachtung der Projektträger – in ländlichen Gebieten stärker ausgeprägt zu sein als in der Stadt. Diesem Phänomen entgegenzuwirken, war Ziel des Projektes »Rural Areas Defence Against Racism – RADAR« (Ländliche Regionen verteidigen sich gegen Rassismus), das die Bildungs- und Jugendeinrichtungen *Europazentrum Brandenburg-Berlin* (DE), der *Europaverein Choja – Gryfino* (PL), der Verein »*Krankenpflegeschule*« *Cheb* (CZ) und die *Bürgerwehr Ungarn* (HU) von September 2008 bis Juli 2009 gemeinsam durch-



*Eröffnungseminar in der Uckermark:
Deutsche Projektteilnehmer/innen stellen
sich der polnischen Delegation vor.
© EZBB d RFV e.V.*



*Die Projekt-Macher freuen sich über die
gute europäische Beteiligung.
© EZBB d RFV e.V.*

führten. Alle Organisationen sind in ländlichen Regionen angesiedelt, die ähnlich strukturiert sind.

Im Rahmen einer Konferenzreihe

trafen sich Bildungsvertreter/innen und Jugendarbeiter/innen aus den Partnerländern, um sich ein Bild über Erscheinungen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in den jeweiligen Ländern zu machen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam Konzepte zu entwickeln, wie sie in ihren Regionen wirksam und nachhaltig bekämpft werden können.

Neben einer gemeinsamen Auftakt-

konferenz im September 2008 in Pinnow (DE) gab es insgesamt drei nationale Konferenzen in den weiteren Partnerländern sowie im Anschluss eine Vertiefungskonferenz, die in Kolberg (DE) stattfand. Die ca. 50 Teilnehmer/innen untersuchten in erster Linie, ob und in welchem Umfang sich die Menschen, die in ländlichen Gebieten in Deutschland,

Polen, Ungarn und Tschechien leben, fremdenfeindlich und rassistisch verhalten und wie die Bevölkerung und Institutionen darauf reagieren. Schwerpunkte der einzelnen Veranstaltungen waren unter anderem die Problematik der Neonazis in Deutschland und die Gewalt gegen und die Diskriminierung von Sinti und Roma in Tschechien und Ungarn. Jede beteiligte Organisation hat die Konferenz in ihrem Land selbständig inhaltlich gestaltet und organisiert.

In den Workshops, Vorträgen und

Diskussionsrunden, die bei den Tagungen vorgesehen waren, wurde viel Wert auf eine enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis gelegt. Die Teilnehmenden erarbeiteten sich komplexe Kenntnisse zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antiziganismus, übersteigertem

Nationalismus und Europafeindlichkeit, und sie erfuhren anhand konkreter Beispiele, welche Initiativen es im zivilen aber auch im staatlichen Sektor zur Bekämpfung von menschenverachtenden Haltungen gibt: zum Beispiel die Initiative der Krankenpflegeschule in Cheb (CZ) zur Integration von Roma-Kindern oder auch eine Initiative der polnischen Polizei zur Einhaltung der Menschenrechte.

Exkursionen, die in einem inhaltlichen

Zusammenhang zu den jeweiligen Schwerpunkten der Konferenzen standen, vermittelten den Teilnehmer/innen neue Sichtweisen auf das Thema. In Berlin erlebten sie eine Führung unter dem Motto »Berlin – Hauptstadt der Bewegung? – Historische Lehren aus dem deutschen Faschismus«, in Cheb (CZ) besichtigten sie ein Wohnviertel der Roma und in Budapest (HU) das Museum des Terrors.

*»Nun ist es natürlich wichtig, dass die Sozialarbeiter und Jugendhelfer nicht nur ihre Erfahrungen austauschen, sondern wirklich zu einer Kooperation und vielleicht sogar einer gemeinsamen Strategie im Kampf gegen Rassismus finden. Den ersten Schritt, nämlich darüber ohne Scheu miteinander zu reden, haben sie bereits getan.«
Matthias Bruck,
Uckermark Kurier, 24.09.2008*

In einer Abschlusskonferenz im Juni

2009 in Dresden entwickelten die Teilnehmer/innen eine gemeinsame Erklärung, in der sie die erreichten Ergebnisse zusammenfassten und ihre Absicht bekräftigten, zukünftig verstärkt für die Verwirklichung der in der Charta der Menschenrechte verankerten Grundrechte in ihrer Region einzusetzen. Sie verpflichteten sich, mit geeigneten Maßnahmen wie Toleranz-Workshops und Besuchen von historischen Gedenkstätten, vor allem junge Menschen im jeweiligen nationalen Umfeld gegen rassistische und neonazistische Einflüsse zu stärken und zu eigenverantwortlichem Handeln zu ermutigen.

Geplant ist eine weitere Vernetzung der beteiligten Organisationen und die baldige Umsetzung eines gemeinsamen Forschungsprojekts zum Thema »Deutsch-polnische Grenzlandprobleme in der Uckermark durch Zuzug polnischer Bürger/innen«.

Um auch die Öffentlichkeit für die

Thematik der Veranstaltungsreihe zu sensibilisieren, wurden vor Ort die regionalen Medien über den Fortgang des Projektes informiert und eine Internetseite zum Projekt erstellt, auf der die erarbeiteten Ergebnisse präsentiert werden. Unterstützt wurde das Projekt RADAR von der Europäischen Union mit ca. 40.200 Euro.



Projektträger:

**Europazentrum Berlin-Brandenburg
des regionalen Fördervereins e.V.
Technologie- und Gemeindezentrum,
Pinnow
[www.europazentrumbb.de/
radar/index.php](http://www.europazentrumbb.de/radar/index.php)**

Seminarreihe 2008/2009

Migrantinnen und Migranten haben oft erschwerte Bedingungen, an der gesellschaftlichen Gestaltung Europas teilzuhaben. Während EU-Bürger/innen mit Wohnsitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat bei Kommunal- und Europawahlen wahlberechtigt sind, fehlt Zugewanderten aus Drittstaaten diese Möglichkeit der politischen Partizipation. Das politische System der EU wirkt für sie unzugänglich. Auf der anderen Seite werden zahlreiche Entscheidungen der für sie relevanten Integrations-, Einwanderungs- und Asylpolitik in Brüssel (vor-)entschieden – und damit über ihre Köpfe hinweg.

Die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e. V. (BBAG) verfolgt seit 2004 als gemeinnützige Bildungseinrichtung das Ziel, Begegnung und Zusammenarbeit zwischen den Menschen verschiedener Länder zu fördern, insbesondere die Begegnung von deutschen und ausländischen Mitbürger/innen.



*Teilnehmer/innen des dritten Seminartreffens vor dem Schloss Sanssouci in Potsdam
© Kilian Kindelberger*

Die BBAG unterstützt und organisiert in der Region Brandenburg eine große Vielfalt an auslandskulturellen Initiativen in Verbindung mit politischer Bildung, Aus- und Weiterbildung und Beratung. Die Frage von Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund bildet dabei einen Schwerpunkt.

Zwischen September 2008 und April

2009 hat die *Berlin-Brandenburgische Auslands-gesellschaft* gemeinsam mit der niederländischen Stiftung *Kontakt der Kontinente* (KdK), dem Bildungsträger *Sonnenberg-Kreis e. V.* aus St. Andreasberg (DE) und dem *WeltTrends e. V.*, Potsdam, das Projekt »Europakompetenz für Migranten« durchgeführt, um Migrantinnen und Migranten über die Europäische Union zu informieren und sie für die europäische Integration zu begeistern. Das Projekt, das von der EU mit 40.500 Euro

gefördert wurde, umfasste eine Seminarreihe für 33 Menschen aus Deutschland und den Niederlanden mit unterschiedlichen Migrationsbiografien. Die Teilnehmer/innen brachten aus ihren Herkunftsländern kaum Kenntnisse über die EU mit, und auch in ihrer neuen Heimat hatten sie wenig Zugang zu Bildungsangeboten.

Um ihnen Kenntnisse über die

Grundlagen der Europäischen Union zu vermitteln, kamen sie an insgesamt vier Seminarterminen an verschiedenen Orten in Deutschland und den Niederlanden sowie in Brüssel zusammen, um Europa kennenzulernen und sich zu europapolitischen Themen auszutauschen. Im Projekt reflektierten die Teilnehmer/innen, wo kulturelle Unterschiede oder Gemeinsamkeiten liegen und wie sich ihre Migrationsbiografie auf ihr »Europäisch-Sein« auswirkt. Gleichzeitig sollten sie Europa kennenlernen, das in ihrem Alltag in der Regel bisher keine sichtbare Rolle gespielt hatte. Die Teilnehmer/in-

nen lernten, welche Bedeutung die europäische Integration für das eigene Lebensumfeld hat.

Das erste der vier Seminartreffen

fand vom 17. bis 19. Oktober 2008 im *Internationalen Haus Sonnenberg* in St. Andreasberg im Harz statt. Es diente zum gegenseitigen Kennenlernen und zur Vermittlung von Grundlagen der Geschichte und Institutionen der EU. Ein Schwerpunkt der Diskussion lag dabei auf der europäischen Migrations- und Integrationspolitik. Neben Fachreferaten und thematischen Diskussionen boten ein interkultureller Abend und eine gemeinsame Wanderung durch den herbstlichen Harz Gelegenheit, sich in lockerer Atmosphäre auszutauschen.

Das zweite Projekttreffen im No-

vember 2008 in Amersfoort und Soesterberg thematisierte Migration und Inte-

*»Dass Migrant/innen durchaus etwas zu sagen haben und in Europa mehr Gehör finden wollen, wurde immer dann deutlich, wenn es um ihre Lebensbedingungen und Probleme ging. Immer wieder kam die Diskussion auf ungleiche Startbedingungen zu sprechen: Wie soll Integration gelingen, wenn Ausbildungen, Abschlüsse und Kompetenzen von Migranten als essentieller Teil ihrer Biografie in ihrer neuen Heimat nicht anerkannt werden?«
Kilian Kindelberger,
Geschäftsführer der BBAG*

gration in den Niederlanden; das dritte Treffen im Februar 2009 in Potsdam stellte die Situation in Deutschland in den Mittelpunkt. Beide Seminartermine wurden umrahmt von einem touristisch-kulturellen Begleitprogramm, um den Alltag der Projektpartner kennenzulernen und das Verständnis füreinander zu erhöhen. In Potsdam nahm die Gruppe auch an der feierlichen Eröffnung des *Europe Direct Informationszentrums* in Potsdam in den Räumen der BBAG teil.

Im März 2009 schließlich fand das vierte Seminar in Brüssel statt. Bei Besuchen bei Europaparlamentariern, der Europäischen Kommission, der EU-Vertretung des Landes Brandenburg und europaweit agierenden Netzwerken wie dem *European Network against Racism (ENAR)* stellten die Teilnehmer/innen das Projekt vor und hatten die Gelegenheit, die Ergebnisse der vorherigen Se-

minare zu präsentieren, aber auch ihre persönlichen Sichtweisen und Interessen zu vertreten. Sie betonten, wie wichtig es für Migrant/innen sei, sich als Teil der europäischen Gesellschaften mit der Europäischen Union und ihrer Politik zu befassen: Europa in seiner Beschaffenheit kennenzulernen, sei damit auch ein Schritt zur besseren Integration. Zum Abschluss des Brüsseler Treffens wurden »Empfehlungen für eine Europäische Integrationspolitik für Personen mit Migrationshintergrund« verabschiedet. Die Ergebnisse und ein ausführlicher Projektbericht wurden im Newsletter der BBAG im August 2009 veröffentlicht.



Projektträger:

**Berlin-Brandenburgische
Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V.
Potsdam
www.bbag-ev.de**

Internetplattform zur Europawahl 2009

Seit 1979 sind die Bürger/innen der Europäischen Union alle fünf Jahre dazu aufgerufen, die Mitglieder des Europäischen Parlaments, also ihre nationalen Vertreter/innen auf europäischer Ebene, zu wählen. Das Interesse an den Wahlen ist mäßig und die Wahlbeteiligung seither von 65 Prozent im Jahre 1975 auf 43 Prozent im Jahr 2004 stetig gesunken. Europa wird bei den Wähler/innen oftmals als abstraktes Gebilde wahrgenommen, und anders als bei den Bundestagswahlen in Deutschland, lässt die Europawahl scheinbar für viele Bürger/innen keine unmittelbaren Auswirkungen auf ihr Leben und ihren Alltag erkennen.

Um die europäische Bevölkerung für die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2009 zu sensibilisieren und zur Abgabe ihrer Stimme zu motivieren, initiierte die *Katholische Arbeitnehmerbewegung*



Start des Internetportals »Vote Europe« im März 2009 © KAB Deutschland

Deutschland (KAB) in Zusammenarbeit mit der Katholischen Arbeitnehmer/innen Bewegung Österreich, dem Katholischen Verband der Werktätigen Südtirols (AT), der KWB Belgie (BE), der KAV Belgie (BE) und der Europäischen Bewegung Christlicher Arbeitnehmer (BE) ein Instrument, das eine möglichst große Bandbreite der Bevölkerung ansprechen und von dieser aktiv genutzt werden konnte: das Internetportal »Vote Europe!«. Die Internetseite sollte dazu beitragen, die negative Meinung über die EU abzubauen, die Bürger/innen aktiv in die Prozesse der Europäischen Union einzubeziehen und bei ihnen das Bewusstsein für die demokratische Verantwortung jedes Einzelnen zu fördern.

Kontakt | Impressum

Vote europe

Gateway to a social Europe

de en fr es nl

Home
 EU Barometer
 Resultat
 Evaluation
EU Wählen
 Infos
 Themen
 Positionen
 Kampagnen
 Aktuelles/News
 Dialog
 Interviews
 Projektträger
 Kontakt

Such

unterstützt durch

 Education and Culture DG
 Europe for Citizens Programme

Das EU-Barometer "jetzt sozial wählen"

Zwischen dem 4. und 7. Juni 2009 fanden in den 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union die 7. Direktwahlen zum Europaparlament statt.

Die KAB Deutschlands hat in den Monaten vor der Wahl in Zusammenarbeit mit mehreren europäischen Arbeitnehmerorganisationen diese mehrsprachige Internetplattform betrieben. Schwerpunkt dieser website, die seit dem 1. März 2009 aktiv ist, war ein EU-Barometer, das Fragen sozialer Gerechtigkeit aufgegriffen hat.

Dabei ging es um die Themen:

Arbeit, soziale Sicherheit, Zusammenhalt in Europa, Bildung und Migration.

Zu diesen Themenbereichen konnten die Besucher der website zu 12 Fragen ihr Votum abgeben. Die Abstimmungsergebnisse wurden den Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl in regelmäßigen Abständen zugesandt, um die zentrale Stellung sozialer Fragen im Wahlkampf deutlich zu machen. Zudem konnten auf der Internetplattform wichtige Grundinformationen zur Europawahl, vertiefende Informationen zu den genannten Themen und zu den Positionen der beteiligten Arbeitnehmerorganisationen aufgeschaut werden. Es waren Foren eingerichtet, um mit Europapolitikerinnen und -politikern über Fragen zur Zukunft Europas zu diskutieren. Zahlreiche Websites von Nichtregierungsorganisationen und Europa-Websites und waren mit Vote Europe verlinkt. So konnte auch eine Vernetzung von europaweiten Aktionen, wie etwa mit den Allianzen für den freien Sonntag, in der Zeit des Europawahlkampfes erreicht werden.

Das Motto von Vote Europe lautete: Reinschauen, abstimmen, mitmachen und der Politik „die Meinung“ sagen!
 Die Abstimmungsergebnisse sind [hier](#) zu sehen.

European Commission
 European Parliament
 EBCA
 ECNWA
 MTCE
 COORDINATION EUROPÉENNE DU TRAVAIL

Screenshot des EU-Barometers

Im März 2009, drei Monate vor den Wahlen, ging das Portal online. Es war unterteilt in drei große Rubriken: EU-Wahl, Dialog und EU-Barometer. In der ersten Rubrik fanden die Nutzer/innen Hintergrundinformationen rund um die Europawahlen in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Niederländisch und Spanisch. Diese Rubrik bot Informationen zu laufenden Kampagnen sowie aktuelle Nachrichten im Vorfeld der Wahlen. Fünf Themenbereiche, die im Wahlkampf für die Wähler/innen besonders wichtig waren, wurden auf Unterseiten vertieft: Arbeit, Bildung, soziale Sicherung, Migration und Zusammenhalt in Europa. Jedes der Themen wurde einleitend erläutert, die Nutzer/innen hatten Zugriff auf die wichtigsten Daten, Zahlen, Fakten hierzu sowie auf weiter-

führende Internetadressen. Die Projektpartner hatten ihre Positionen und Strategiepapiere hinsichtlich dieser Schwerpunktthemen eingestellt.

Unter dem Titel »Dialog« waren in der zweiten Rubrik Interviews mit Europa-Abgeordneten eingestellt, die die Nutzer/innen kommentieren oder sich mit anderen darüber austauschen konnten.

Den Mittelpunkt der Internetplattform bildete die dritte Rubrik, das EU-Barometer: Hier waren die Besucher/innen aufgerufen, sich aktiv zu beteiligen und ihr Votum zu verschiedenen Fragestellungen hinsichtlich der fünf genannten Themenbereiche abzugeben. Das Motto lautete: »Reinschauen, abstimmen, mitmachen und der Politik die Meinung sagen!« Die Abstimmungsergebnisse wurden den Kandidat/innen der Europawahl 2009 zugesandt, um die Bedeutung sozialer Fragen im Wahlkampf deutlich zu machen.

Insgesamt 1.786 Menschen beteiligten sich am EU-Barometer. Das Portal »Vote Europe!« ist auch nach der Wahl in Betrieb, sowohl die Abstimmungsergebnisse als auch die Auswertung des Barometers sind weiterhin verfügbar.



Projekträger:

KAB Deutschland

Köln

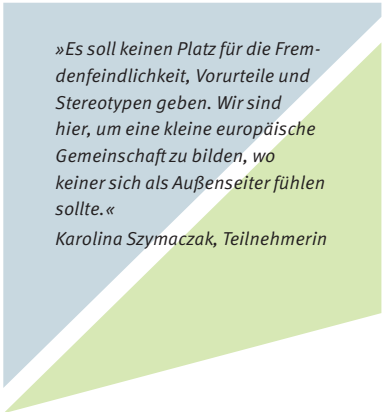
www.vote-europe.net

Kreativworkshops für Jugendliche 2009

»Kreativ in Europa« lautete der Titel eines einwöchigen Jugendseminars im September 2009 im *Internationalen Begegnungszentrum St. Marienthal* (IBZ), bei dem die Teilnehmer/innen erprobten, sich aktiv und kreativ für das Zusammenwachsen Europas zu engagieren und so die Zukunft Europas sowie der EU mitzugestalten. An diesem 13. Interkulturellen Seminar nahmen 80 Jugendliche aus Deutschland, Italien, Lettland, Litauen, Polen, Schweden und Tschechien teil. Kooperationspartner des *IBZ St. Marienthal* waren das *Gymnazium Vrchlabi* (CZ), die *St. Ursula Schule Hannover* (DE), das *Instituto Santa Giuliana Falconieri* (IT), die *Jesuit High School Vilnius* (LT), das *Johannes-Paul Gymnasium Sieradz* (PL) und das *Wenströmska Gymnasium* (SE).



Gemeinsame Auswertungsrunde des Seminars © Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal (IBZ)



»Es soll keinen Platz für die Fremdenfeindlichkeit, Vorurteile und Stereotypen geben. Wir sind hier, um eine kleine europäische Gemeinschaft zu bilden, wo keiner sich als Außenseiter fühlen sollte.«

Karolina Szymaczak, Teilnehmerin

Das Projekt wurde von der Europäischen Union mit 52.500 Euro unterstützt. Die Seminarsprachen waren Deutsch und Englisch.

Die Jugendlichen erarbeiteten in Kleingruppen Ideen zur Zukunft der EU und zu ihrem eigenen Engagement innerhalb dieser. Dabei lag der Fokus auf dem aktiven und schöpferischen Weg der Teilnehmer/innen und dem kreativen Zugang zu den Themen. So beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe mittels eines Kurzfilms und Interviews mit dem Thema der EU-Politik und ihren Auswirkungen. Eine weitere Gruppe näherte sich dem Thema »20 Jahre nach dem Fall der Mauer – Die Zukunft der EU und ihre Grundwerte« durch Diskussionen, ausgiebige Internetrecherchen und die Erstellung von Nachrichtensendungen an.

Der Interkulturelle Dialog innerhalb der EU wurde ebenfalls zum praktischen Gegenstand des Seminars. Im Rahmen von »Nationalabenden« stellten die Teil-

nehmer/innen pro Abend jeweils zwei Länder vor und gaben einen Einblick in deren Kultur und Geschichte. Sie bereiteten landestypische Gerichte vor und boten einen kleinen Sprachkurs mit den wichtigsten Begriffen an. Durch kleine Filme und Präsentationen machten sie die Nationen auch visuell zugänglich.

Einen weiteren Zugang zum Dialog zwischen den Kulturen in der EU fanden die Jugendlichen durch die Gründung einer internationalen Band. Diese entwickelte die Musik für den gemeinsamen Film »Living in Transit«, der aus der Arbeit aller Gruppen entstand. Weitere Ergebnisse der internationalen Zusammenkunft waren eine Seminarzeitung und eine Ausstellung zur EU.

Zur Dokumentation der gemeinsamen Arbeit erstellten die Teilnehmer/innen eine Internetseite, auf der sie Fotos, Filme und Berichte über die einzelnen Workshops einstellten. Darüber hinaus wurden die Ergebnisse des Seminars am Tagungsort sowie in den Heimatländern der Teilnehmer/innen veröffentlicht.

Auch frühere Seminare, die das IBZ St. Marienthal mit wechselnden Kooperationspartnern durchführte, waren schon von der EU gefördert worden. Das 11. Interkulturelle Seminar im Jahr 2007 mit dem Titel »Zusammen für Europa – 50 Jahre Römische Verträge« führte Jugendliche aus Deutschland, Bosnien-Herzegowina, Lettland, Litauen, Polen und Schweden anlässlich des Jahrestages der Gründung der Europäischen



*Interview für das Online-Seminarradio
© Internationales Begegnungszentrum
St. Marienthal (IBZ)*

Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammen. Es wurde mit rund 52.260 Euro seitens der EU unterstützt.

Unter dem Titel »Geeint in Vielfalt« diskutierten 72 Jugendliche aus Deutschland, Bosnien-Herzegowina, Italien, Lettland, Litauen, Polen und Tschechien im September 2008 über Themen wie Chancengleichheit in der EU, Interkultureller Dialog, Minderheiten in der EU, der Vertrag von Lissabon und die Zukunft der EU. Das einwöchige Seminar fand in deutscher und englischer Sprache statt und wurde mit ca. 52.650 Euro von der EU gefördert.



Projekträger:

**Internationales Begegnungszentrum St. Marienthal
Ostritz-St.Marienthal
www.kreativ-in-europa.eu**

Weimarer Sommerkurse 2009

Die *Weimar-Jena-Akademie* (DE) führt seit dem Jahr 2000 jährlich die »Weimarer Sommerkurse« durch, bei denen junge Menschen unterschiedlicher Nationalitäten zwei Wochen lang an kulturellen und europäischen Fragestellungen arbeiten.

Im August 2009 fanden die »Weimarer Sommerkurse« in Kooperation mit dem Sender *Radio Lotte* (DE), dem Verein *Stowarzyszenie Jeden Swiat* aus Poznan (PL), dem *Kleinpolnischen Kulturinstitut* aus Krakau (PL) und der *Université Sorbonne Nouvelle – Paris 3* (FR) in Weimar statt. Arbeitssprachen waren Deutsch und Englisch. Die EU förderte die Veranstaltung mit ca. 44.000 Euro.

Anlass für die Wahl des Themas

»Meilensteine der Demokratie – Europäische Erinnerungen im Jahr 2009« boten die vielen in dem Jahr anstehenden Jubi-



Kleingruppenarbeit im Garten der Bildungsstätte © Pascal Mauf

läen von Ereignissen, die die europäische Demokratie entscheidend geprägt haben: zum Beispiel das 220-jährige Jubiläum der Französischen Revolution und die Verabschiedung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949. Von besonderer Bedeutung war der Fall der Berliner Mauer 1989, der die politische Landkarte Europas und der Welt grundlegend veränderte. Ziel der Sommerkurse im Jahr 2009 war es, sich mit jenen Ereignissen, Denkmbrüchen und den damit einhergehenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen seit 1789 auseinanderzusetzen und darauf aufbauend gemeinsam Wege zu erarbeiten, die zum weiteren Demokratisierungsprozess in Europa beitragen können.

Von den 70 Studierenden, die an den Kursen teilnahmen, kamen 30 aus förderfähigen Ländern. Die anderen Teilnehmer/innen aus Mexiko, der Türkei, Georgien, Armenien, den USA und Südkorea konnten bei der Zuschussberechnung nicht berücksichtigt werden. In sechs parallel stattfindenden Kursen zu Themen aus den Bereichen Literatur, Kunst, Kulturgeschichte, Gender Studies und Philosophie befassten sie sich mit einzelnen Stationen des europäischen Demokratisierungsprozesses, unter anderem mit der Zeit der Weimarer Republik als »demokratischem Experiment« oder den »Wegen der Frauen- und Männerpartizipation«.

Neben diesen Kursen fanden Vorträge, Diskussionsrunden, Lesungen und thematische Filmabende statt. Die Beteiligten besuchten kulturell und historisch bedeutsame Stätten in Weimar sowie die Gedenkstätte Buchenwald und machten Tagesausflüge nach Berlin, Dresden, Dessau, Erfurt und Jena. Am letzten Tag wurden die Ergebnisse der Kurse im Ple-



In der Gedenkstätte Buchenwald
© Claus Bach

num präsentiert und von den Studierenden in Workshops diskutiert.

Neben dieser inhaltlichen Arbeit

fand ein breites kulturelles Rahmenprogramm statt, um das gegenseitige Kennenlernen und den Austausch untereinander anzuregen. Hierzu gehörten Konzerte, Theatervorstellungen und ein Volkstanzabend.

Die Öffentlichkeitsarbeit der

Weimar-Jena-Akademie für die »Weimarer Sommerkurse 2009« wurde durch den Sender *Radio Lotte* (DE) unterstützt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen Berichte, Fotodokumentationen und Erfahrungen mit in ihre Heimatländer und gaben sie dort an lokale und regionale Medien weiter. Auch im Internet

*»Sehr gelungen war die Verbindung eines theoretischen Kurses mit praktischem Workshop.«
Teilnehmer/in, anonym*

*»Ich war auch glücklich, so viele Leute aus verschiedenen Ländern kennen zu lernen, von diesen Treffen habe ich wirklich sehr viel profitiert.«
Teilnehmer/in, anonym*

*»Ich habe etwas ganz Wesentliches erfahren, was mir im Umgang mit mir selbst mit meiner Nationalität unter anderen Nationalitäten und mit meiner persönlichen Zukunft sehr viel geholfen hat.«
Teilnehmer/in, anonym*

können sich Interessierte und zukünftige Teilnehmer/innen über die Sommerkurse informieren. Hierfür richteten die Projektträger nicht nur eine eigene Internetseite, sondern auch ein Konto bei dem sozialen Netzwerk *Facebook* ein. So können auch ehemalige Teilnehmer/innen in direktem Kontakt bleiben und sich über die neuesten Entwicklungen der Weimarer Sommerkurse informieren.

Im Jahr 2010 wurden die »Weimarer

Sommerkurse« zum Thema »Moral in unmoralischen Zeiten. Die Suche nach ethischen Orientierungen in Philosophie, Literatur und Kunst« durchgeführt. Diesmal wurden sie von der Europäischen Kommission mit 24.400 Euro unterstützt.



Projektträger:

Weimar-Jena-Akademie e.V.

Weimar

www.sommerkurse-weimar.de

Kreatives Europa – Dynamisches Europa

European Youth Parliament, Helsinki 2009

1987 fand im französischen Fontainebleau die erste Sitzung des Europäischen Jugendparlaments statt. Jugendliche konnten sich zum ersten Mal in Form einer simulierten Parlamentssitzung europaweit mit aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen auseinandersetzen. Seither hat die Idee Früchte getragen und ist zu einer Erfolgsgeschichte geworden: In mehr als 30 europäischen Ländern haben sich nationale Vereine unter dem Dach des *European Youth Parliaments* (EYP) gegründet, die Veranstaltungen, Seminare und Sitzungen auf nationaler Ebene organisieren und dreimal jährlich zu den Internationalen Sitzungen des EYP zusammen kommen.

Im Jahr 2004 hat die Berliner Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, die sich seit 1971 für die Förderung der europapolitischen Bildung Jugendlicher einsetzt, die Organisation und das Ma-



Präsidium der 62. Internationalen Sitzung des EYP in Helsinki © Schwarzkopf-Stiftung

nagement des EYP übernommen. Es ist seither zum größten Programm der Stiftung geworden. Die nationalen Vereine des EYP sind das Herzstück des Programms. Sie werden ausschließlich von ehrenamtlich aktiven Jugendlichen getragen. Neben europäischen Foren und Veranstaltungen organisieren sie nationale Auswahl Sitzungen für ihre Delegationen, die an den Internationalen Sitzungen teilnehmen werden. Im Rahmen des EYP-Netzwerks kommen so auf über 90 Veranstaltungen pro Jahr europaweit über 20.000 Jugendliche zum europäischen Dialog, zur Diskussion und zur parlamentarischen Debatte zusammen.

Die Internationalen Sitzungen sind die zentralen und wichtigsten Veranstaltungen, die jeweils mindestens 250 junge Menschen aus ganz Europa für zehn Tage zu europapolitischen Debatten versammeln. Die Jugendlichen erarbeiten

»Die Sitzung in Helsinki war eine extrem interessante Erfahrung für mich. Alleine in meinem Committee arbeitete ich mit Delegierten aus 15 verschiedenen Ländern zusammen. Es war überaus spannend und herausfordernd, mit Menschen von so unterschiedlichen Hintergründen einen Konsens zu erarbeiten.«
Justin Krahe, EYP-Delegierter

in internationaler Teamarbeit politische Vorschläge und Visionen für ein zukünftiges Europa und debattieren diese nach parlamentarischem Vorbild in einer Vollversammlung. Politische Debatten und Entscheidungsfindung werden so für europäische Jugendliche erlebbar gemacht, sie erfahren konkret aktive Partizipation und interkulturellen Dialog. Das EYP fördert die Entwicklung einer aktiven europäischen Bürgerschaft, indem sie den Jugendlichen Kompetenzen vermittelt, wie sie sich in die Gestaltung Europas einbringen können.

Drei der 65 Internationalen Sitzungen wurden von der Europäischen Union aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« unterstützt. Die größte der geförderten Veranstaltungen war die 62. Sitzung im Herbst 2009 in Helsinki, die die *Schwarzkopf-Stiftung* – wie bei den anderen Simulationen auch – mit dem nationalen Partner aus dem EYP-Netzwerk zusammen organisiert hat. Sie

stand im »Europäischen Jahr für Kreativität und Innovation 2009« unter dem Motto »Kreatives Europa – Dynamisches Europa«. 273 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren aus 29 europäischen Ländern gingen der Frage nach, wie sich ein Europa der Zukunft schaffen lässt, das die Herausforderungen etwa in der Wirtschaftspolitik oder bei Bürgerrechtsfragen dynamisch und reformorientiert anpacken kann.

Die Internationale Sitzung in Helsinki folgte dabei methodisch einer bewährten Balance zwischen Teambuilding-Aktivitäten und inhaltlicher Arbeit in Kleingruppen, thematischen Ausschüssen sowie der Vollversammlung. Zu Beginn der Tagung wurden die Teilnehmerinnen in 15 kleinere Gruppen aufgeteilt, in so genannte *International Commit-*



Internationale Sitzung des EYP: Blick ins Plenum © Schwarzkopf-Stiftung

tees, um sich kennenzulernen und sich in der ungewohnten Konferenzatmosphäre leichter einbringen können. In diesen *Committees* wurden an den Folgetagen erste politische Debatten angeregt und eine Abschlussresolution vorbereitet, die von der Vollversammlung diskutiert und angenommen wurde.

Die politische Auseinandersetzung wurde begleitet von einem abwechslungsreichen Kulturprogramm und Abendaktivitäten in Helsinki. Eines der Highlights war aus Sicht der Teilnehmer/innen das »Eurovillage«, bei dem die nationalen Delegationen in traditioneller Kleidung kulinarische Spezialitäten und kulturelle Potpourris aus ihren Ländern präsentierten.

Neben der Helsinki-Sitzung, die von der Europäischen Union mit 51.000 Euro gefördert wurde, hat auch die 61. Internationale Sitzung des EYP im Juli 2009 in Leuven im Förderjahr 2008 dieselbe Unterstützung erhalten. Die 66. Sitzung des Jugendparlaments in Grenoble 2011 wird von der EU mit 48.000 Euro gefördert.

Alle Internationalen Sitzungen der vergangenen Jahre sind auf der Internetseite des *European Youth Parliaments* ausführlich dokumentiert. Mittlerweile sind dort während der Sitzungszeiten auch Livestreams verfügbar, zudem sind alle Informationen zeitnah über die sozialen Netzwerke im Internet abrufbar. Damit erreicht das EYP eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit. Die von den Delegierten erarbeiteten Vorschläge zu aktuellen Fragen europäischer Politik werden regelmäßig an politische Entscheidungsträger weitergereicht und von ihnen kommentiert. Die Internationalen Sitzungen des EYP stehen unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Europäischen Parlaments und des Generalsekretärs des Europarates.



Projekträger:

Schwarzkopf-Stiftung

Junges Europa

Berlin

www.eypej.org

Demokratie in Bewegung – democracy in motion

Dokumentation einer Reise 2009

Joseph Beuys verstand Kunst als Gestaltungsprinzip für die Gesellschaft. Sein »erweiterter Kunstbegriff« umfasste das Potential des Einzelnen, durch kreatives Handeln zum Wohl der Gemeinschaft beizutragen und so gestaltend auf die Gesellschaft einzuwirken, statt die Politik den Parteien und Funktionären zu überlassen. Beuys bezog Formen der direkten Demokratie in seine Überlegungen ein.

Auf diesen Ansatz aufbauend rief sein Schüler Johannes Stüttem 1987 die Bürgerinitiative »OMNIBUS für direkte Demokratie in Deutschland« ins Leben. Interessierte Bürger/innen, Künstler/innen und Studierende reisen alljähr-

OMNIBUS für Direkte Demokratie
12 Länder, 8.000 km, 1 Ziel- eine Reise durch Südost-Europa

DEMOCRACY IN MOTION

HOME IDEE TOUR + PROGRAMM PARTNER SPENDEN PRESSE KONTAKT DE/EN

Democracy in Motion: "München - Grande Finale"

TOUR-PLAN

Unterstützen Sie unsere Arbeit.
Spenden Sie jetzt!

OMNIBLOG
Aktuelle Berichte aus dem Omnibus

FILME

Democracy in Motion:
"Gerald Häfner in Wien"

Democracy in Motion:
"München - Grande Finale"

DIE IDEE

Griechenland ist der Ort der Geburt der Demokratie aus der Kunst. Unsere Fahrt dient der Erneuerung dieser Idee.
...mehr

Für jedes einzelne Land hat der OMNIBUS eine Broschüre in der jeweiligen Sprache im Gepäck, die unsere Arbeit und unseren Ideenhintergrund beschreibt. ...mehr

4. SEPT. - 14. NOV. 2009

Der weiße OMNIBUS ist von seiner 10-wöchigen Tour reich an Erfahrungen und wohlbehalten zurück gekommen.

Hier können Sie die Tour und die Veranstaltungen nochmal in Filmen, Büchern und Texten Revue passieren lassen
...mehr

UNSERE PARTNER

Ohne unsere Partner wäre diese Reise nicht möglich gewesen. Wir stellen Sie vor.
...mehr

Mit dem EU-Zuschuss wurde die Dokumentation einer Reise gefördert, unter anderem die Internetseite www.democracy-in-motion.eu, nicht die Reise selbst.

lich mit einem doppelstöckigen Omnibus als fahrende Schule und Gesprächszentrum für direkte Demokratie durch Deutschland.

Im Jahr 2009 initiierte der inzwischen als gemeinnützige GmbH etablierte *OMNIBUS für direkte Demokratie* (DE) gemeinsam mit dem Verein *Mehr Demokratie!* (DE) und der *Athens School of Fine Arts* (GR) eine Reise durch Südost-Europa, um das in Deutschland erprobte Konzept auf Europa auszuweiten. Insbesondere die Bevölkerung in den neuen EU-Mitgliedstaaten sollte über Möglichkeiten informiert werden, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen, und zur aktiven Teilnahme an demokratischen Prozessen ermutigt werden.

Unter dem Motto »Demokratie in Bewegung – democracy in motion« durchquerte der Bus innerhalb von drei Monaten zwölf Länder, legte ca. 8.000



Omnibus vor dem Reichstagsgebäude © OMNIBUS für direkte Demokratie gemeinnützige GmbH

Kilometer zurück und machte in über 20 Städten Station. In Zusammenarbeit mit Goethe-Instituten vor Ort und anderen regionalen Partnern wurden hier Vorträge, Diskussionsrunden, Lesungen, Workshops, Ausstellungen und Filmvorführungen zum Thema »Kunst und Demokratie« organisiert. In Parlamenten, Universitäten, Schulen, Museen und auf öffentlichen Plätzen sprachen die Mitarbeiter/innen des OMNIBUS mit der Bevölkerung, Künstler/innen, Wissenschaftler/innen und Initiativen über Demokratie und versuchten, gemeinsam mit ihnen Ideen für die Mitgestaltung der Zukunft Europas zu entwickeln.

Für jedes Land erstellten die Organisatoren eine Broschüre zum Hintergrund des Projekts in der jeweiligen Sprache. Höhepunkte der Reise waren die mehrtägigen »Kunst und Demokratie«-Veran-

staltungen in Athen, der Wiege der Demokratie, die ein Kolloquium zum Thema sowie eine Diskussionsveranstaltung über Ursprung und Entwicklungsmöglichkeiten der Demokratie mit Teilnehmer/innen aus Griechenland, Deutschland und der Schweiz, eine Ausstellung mit Videoinstallationen von Athener Kunststudent/innen sowie Projekttag an der Deutschen Schule in Athen umfassten.

Aber nicht diese Reise selbst wurde von der Europäischen Union gefördert. Den EU-Zuschuss in Höhe von 55.000 Euro erhielten die Projektträger für ihre umfangreiche Filmdokumentation der Reise sowie die Erstellung einer zweisprachigen Internetseite. Alle ca. 80 Veranstaltungen in den Städten wurden in Filmen, Fotos und Texten festgehalten. Zahlreiche Interviews mit Besucher/innen des OMNIBUS wurden aufgezeichnet. Das Team stellte diese Dokumentationen – zusätzlich zu den Hintergrund-

informationen und dem Programm der Tour – zeitnah auf der Internetseite ein. Die Interviews wurden im Originalton wiedergegeben und in deutscher Sprache untertitelt. Anhand einer interaktiven Landkarte ließen sich die Route des Busses verfolgen und detaillierte Informationen zu den Aktivitäten an den Stationen abfragen. Persönliche Eindrücke aus dem täglichen Geschehen beschrieb der Busfahrer im so genannten »Omniblog« auf der Website.



Projektträger:

**OMNIBUS für direkte Demokratie
gemeinnützige GmbH**

Hattingen

www.democracy-in-motion.eu

The Voice of Europe

Trainingsseminare für Jugendliche 2009

Meinungsaustausch findet immer häufiger und intensiver über digitale Medien statt. Das gilt insbesondere für Jugendliche. *European Youth4Media e. V.* (DE) ist ein europäisches Netzwerk von 36 Kultur- und Medieneinrichtungen, Agenturen und Jugendorganisationen aus 26 Ländern, das Jugendliche bei der Produktion und Nutzung von audiovisuellen Medien und ihrer Verbreitung durch das Internet unterstützt. Übergreifendes Ziel der Arbeit von *Youth4Media* ist es, den politischen und interkulturellen Dialog zu fördern und die Jugendlichen zum internationalen Austausch anzuregen. Die gemeinsame Gestaltung der Zukunft Europas steht dabei im Mittelpunkt. Das Netzwerk organisiert regelmäßig Trai-

ningsseminare und Konferenzen, bei denen politische Themen diskutiert und gemeinsam medial umgesetzt werden.

Ziel des Projektes »The Voice of Europe« war es, Jugendliche zur Nutzung neuer Medien und sozialer Netzwerke zu ermutigen und zu qualifizieren. Sie sollten damit in die Lage versetzt werden, ihre politischen und gesellschaftlichen Anliegen und Themen an eine breitere europäische Öffentlichkeit zu richten, sich untereinander auszutauschen und gegenüber politischen Entscheidungsträgern zu artikulieren. Projektpartner von *Youth4Media e. V.* waren die *Nowy Staw Stiftung* (PL) und der britische Verband für Bürgermedien *Community Media Association* (UK).

In zwei Seminaren kamen 30 Jugendliche aus den Mitgliedsorganisationen des *Youth4Media*-Netzwerks aus Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Malta, Rumänien und Polen zusammen. Die Europäische Union unterstützte das Projekt 2009 mit gut 40.000 Euro.




Eine »The Voice of Europe«-Teilnehmerin im Interview während des »Economic Forum of Young Leaders« in Nowy Sącz
© Youth4Media

Das erste sechstägige Trainings-seminar fand im September 2009 im polnischen Nowy Sącz statt. Im Mittelpunkt stand die Beziehung zwischen neuen Medien und politischer Bildung. Nach einer Einführung in neue Kommunikationstechnologien teilte sich die Gruppe in drei vertiefende Workshops zu Video-Journalismus, Neue Medien/Online-Journalismus und in ein »Debate and Web-Team« auf. Anschließend nahmen alle am »Economic Forum of Young Leaders« teil, das zeitgleich in Nowy Sącz stattfand. Dort bestand die Gelegenheit, mit prominenten europäischen Politikern, wie den ehemaligen spanischen und polnischen Ministerpräsidenten José María Aznar und Aleksander Kwaśniewski, in Kontakt zu kommen und die Inhalte des Workshops in der Praxis umzusetzen. Die Teilnehmer/innen interviewten zahlrei-

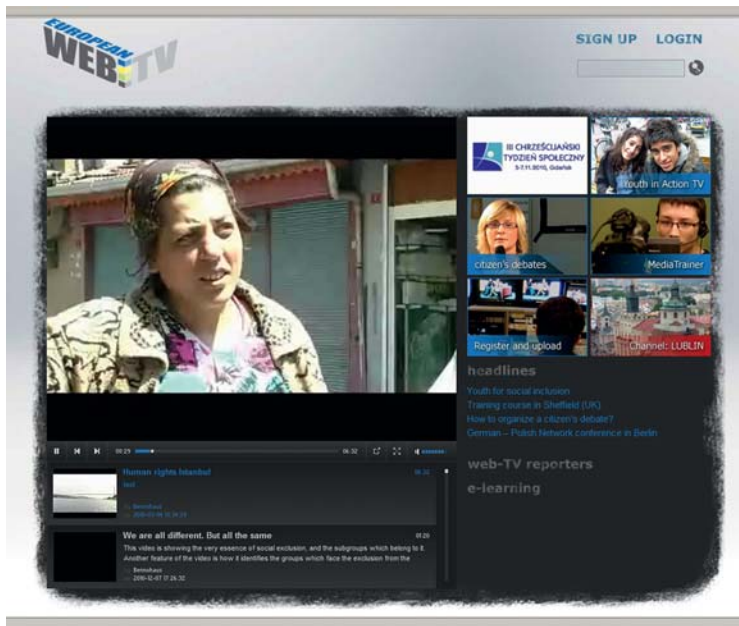
che Entscheidungsträger, erstellten Videodokumentationen und Kommentare und brachten sich in die Debatte ein.

Während des zweiten einwöchigen

Seminars im Dezember 2009 in Berlin fanden vertiefende Workshops zu Mediengestaltung sowie zu Techniken im Debattieren und Argumentieren statt. Den thematischen Rahmen bildete die kurz zuvor bekannt gewordene Ernennung von Herman Van Rompuy zum Präsidenten des Europäischen Rates. Behandelt wurde die Frage, ob die EU als obersten Repräsentanten einen vom Volk gewählten Präsidenten oder einen eher koordinierenden, benannten Diplomaten brauche. Die Teilnehmer/innen tauschten dazu eigene Argumente aus und besuchten verschiedene Institutionen wie die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* und das *Institute for Cultural Diplomacy*. Diese Vorbereitungen mündeten in einer moderierten Debatte aller Teilnehmer/innen am letzten Seminartag, die live im Internet übertragen wurde.



*»Ich verbrachte die letzte Woche in Berlin und konnte meine journalistischen Fähigkeiten verbessern. Dies war eines der schönsten Projekte, in die ich bisher mit einbezogen worden bin. Während der Woche haben wir die faszinierende Geschichte Berlins kennengelernt und unsere ersten Schritte in der journalistischen Arbeit gewagt.«
Mathew Davies, Teilnehmer des Trainingsseminars in Berlin*



Startseite von European Web-TV

Die Berichterstattung kann auf der Internetseite www.europeanweb.tv eingesehen werden, die von den Teilnehmer/innen erarbeitet wurde.

Doch nicht nur diese Debatte, sondern fast alle Produktionen der Teilnehmer/innen während des »Economic Forum of Young Leaders« in Nowy Sącz und des Workshops in Berlin standen während der Projektlaufzeit im Internet zur Verfügung und konnten abgerufen und kommentiert werden. Die Internetseiten von *Youth4Media* und www.europeanweb.tv sowie das Handbuch »Community Media« machen die Inhalte und Ergebnisse der Seminare und Produktionen zugänglich.



Projekträger:

European Youth4Media Network e.V.
Münster
www.youth4media.eu

Veranstaltungsreihe zur Friedensarbeit in Europa 2009/2010

Europa war und ist ein Friedensprojekt: Die Sicherung des Friedens zwischen den europäischen Staaten nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs war ein zentrales Motiv für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1951, an der sich Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande beteiligten. Sie ist der erste Schritt im europäischen Integrationsprozess und führte zur Europäischen Union (Vertrag von Maastricht 1992). Im Vertrag von Lissabon, der im Dezember 2009 in Kraft trat, wurde fast 50 Jahre später noch einmal bekräftigt, dass es auch heute noch das Ziel der Europäischen Union ist, den Frieden in Europa zu erhalten. Eine wichtige Rolle



Teilnehmer/innen in Lyon diskutierten ein gemeinsames »mission statement« als Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit © Tilman Evers

spielen dabei die europäischen Bürger/innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für Friedensförderung einsetzen.

Das deutsche Forum Ziviler Friedensdienst initiierte 2009/2010 gemeinsam mit elf weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen wie *Sandankomitea* (FI), *Mouvement pour une Alternative Non-violente* (FR), dem *Centro Studi Difesa Civile* (IT) und weiteren aus den Ländern Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Rumänien, Schweden, Slowakei und Spanien zwei Veranstaltungsreihen. Sie boten Raum für Reflexionen und Diskussionen über Europa als Friedensprojekt, das heißt auch über die Vision von Europa als Instrument zur Sicherung des Friedens. Zugleich sollten sie für die Möglichkeiten und Beiträge

sensibilisieren, die die Zivilgesellschaft zur Förderung des Friedens in Europa leisten kann. Nicht zuletzt ging es auch darum, das Netzwerk europäischer Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft, die in diesem Bereich tätig sind, auszubauen und zu stärken. Die Europäische Union unterstützte die Veranstaltungen mit rund 44.500 Euro.

Den Auftakt zu den ersten Veranstaltungen bildete ein eintägiges Netzwerktreffen in Brüssel, an dem sich 30 Mitarbeiter/innen, Mitglieder und Freiwillige von Vereinen, Verbänden und Netzwerken aus ganz Europa im Plenum und in Gruppenarbeit über ihre Erfahrungen im Bereich Überzeugungsarbeit und Bewusstseinsbildung für Friedenspolitik in ihren jeweiligen Ländern austauschten. Am folgenden Tag wurden Vertreter/innen weiterer Nichtregierungsorgani-

sationen (NROs) und Friedensinitiativen hinzugezogen, um die Netzwerkarbeit auszuweiten und Synergieeffekte zwischen den Organisationen zu schaffen. In Workshops, die externe Moderatoren leiteten, konnten sie sich gegenseitig kennenlernen und Kooperationsmöglichkeiten herausarbeiten.

Den Höhepunkt stellten die Debatten und Diskussionen im Europäischen Parlament am dritten Veranstaltungstag dar, an denen neben den Teilnehmer/innen des Netzwerktreffens auch Vertreter/innen der Europäischen Institutionen beteiligt waren. In einem Seminar mit dem Titel »Civil Society working on conflicts – potentials for advancing the EU’s role as a global actor for peace« und einer Podiumsdiskussion debattierten sie darüber, wie eine größere Anerkennung für die Arbeit der NROs erreicht werden kann und inwiefern diese dazu beiträgt, die Vision von Europa als Friedensprojekt stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.



Im Rahmen der Konferenz »Peace Project Europe« im Europäischen Parlament in Brüssel wurden den Abgeordneten die Unterschriften der Kampagne »Europe, Vote for Peace!« überreicht © Serge Marteaux

Die Podiumsdiskussion wurde von den Veranstaltern genutzt, um den Mitgliedern des Europäischen Parlaments mehr als 7.000 Unterschriften zu überreichen. Diese wurden im Rahmen einer europaweiten Kampagne von europäischen NROs anlässlich der Europawahlen 2009 unter dem Motto »Europe, Vote for Peace!« gesammelt.

Anfang Mai 2010 trafen sich noch einmal ca. 100 Vertreter/innen der beteiligten Organisationen in Lyon (FR) zu einem mehrtägigen Netzwerktreffen. An den ersten beiden Tagen fanden Diskussionen und Planungssitzungen des *Europäischen Netzwerks für Zivilen Frie-*

densdienst (EN.CPS, BE), der europäischen Mitgliederschaft der *Nonviolent Peaceforce* (BE) und der Mitglieder des französischen Friedensdienstes statt.

Den Europatag am 9. Mai nutzten die Teilnehmenden für eine Friedensdemonstration: Mit einer Musikgruppe aus 15 Trommlern und mit Europa- und Friedensflaggen machte der drei Kilometer lange Zug auf die europäische Friedensarbeit aufmerksam. Bei dieser Gelegenheit verteilten sie Flyer mit Informationen zum Projekt und mit der Einladung zu einer öffentlichen Diskussionsrunde am nächsten Tag.

Die beteiligten Organisationen erarbeiteten im Rahmen des Projekts ein gemeinsames Strategiepapier zur Einrichtung eines Europäischen Zivilen Friedensdienstes. Bereits während der ersten Veranstaltungsreihe im Oktober 2009 war der Entwurf des Papiers in der

Diskussion mit den EU-Vertretern verwendet worden. Während der Tagung in Lyon im Frühjahr 2010 wurden die Rückmeldungen diskutiert. Im Anschluss daran sendeten die Partnerorganisationen das Papier an die EU-Abgeordneten ihrer Länder, die in den zuständigen Ausschüssen im Europäischen Parlament sitzen. In einigen dieser Länder wurden Aspekte des Konzepts inzwischen bereits umgesetzt. Auf der Internetseite zum Projekt finden Interessierte ausführliche Informationen.



Projekträger:

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Bonn

www.civilpeace.eu

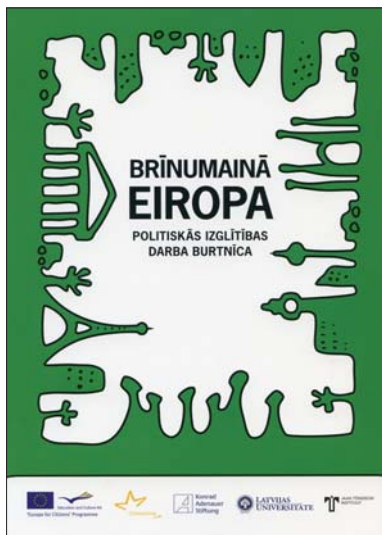
Lehrbuch zur europapolitischen Bildung 2009/2010

Um die europäischen Bürger/innen an der politischen Entwicklung und Integration der Europäischen Union teilhaben zu lassen, brauchen sie ein Verständnis der gemeinsamen Werte und Grundsätze der Europäischen Union. Dazu zählen auch Verständnis und Akzeptanz der kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Unterschiede zwischen den Völkern Europas.

*»Die Tatsache, dass das Buch im Rahmen eines EU-Projekts entstanden ist, woran Experten im Bereich der Politik, Bildung und Methodik aus drei Staaten mitgewirkt haben, ist schon alleine ein Beispiel eines demokratischen Erfahrungsaustausches, Offenheit und einer gemeinsamen Verantwortung für ein besseres Leben in Europa. Vielen Dank für die erfolgreiche Zusammenarbeit!«
Aus dem Vorwort des Buches,
Dr. Tatjana Koke, Bildungs- und Wissenschaftsministerin der Republik Lettland.*

Schulische Bildung kann dabei ein wichtiger Vermittlungsraum für die europäische Idee sein. In vielen europäischen Ländern bestehen jedoch noch Defizite. »Europa« kommt kaum in den Lehrplänen vor, und es mangelt an europäischen Inhalten in den Schulbüchern. Insbesondere in den neuen baltischen EU-Mitgliedstaaten, die eine schwierige Geschichte mit ihren Nachbarn haben, bestehen noch zahlreiche Missverständnisse und Spannungen, die sich auch in Unterrichtsmaterialien und Schulbüchern widerspiegeln.

Vor diesem Hintergrund haben die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS, DE), die Fakultät für Pädagogik und Psychologie der Universität von Lettland (LV) und das Jaan Tõnisson Institut (EE) das Projekt



Cover des Handbuchs in lettischer Sprache
 © KAS, Auslandsbüro Baltische Länder,
 Riga

»Adventure Sphere Europe« ins Leben gerufen, das von der Europäischen Union mit 50.000 Euro unterstützt wurde. Ziel war es, ein Handbuch für die europapolitische Bildung zu entwickeln und gemeinsam mit beteiligten Lehrkräften in den schulischen Unterricht in Lettland und Estland einzubringen.

Darin sollten didaktische Möglichkeiten der europabezogenen Bildung dargestellt und Lehrerinnen und Lehrern zugänglich gemacht werden. Inhaltlich sollten innovative und kreative Wege aufgezeigt werden, wie die gemeinsame europäische Geschichte, Werte und Ideen sowie das politische Zusammenspiel der EU-Institutionen verständlich und interaktiv vermittelt werden können. Zielgruppen des Projektes waren in erster Linie die Lehrer/innen in Estland und Lettland, aber natürlich auch die Schüler/innen, die von einer verbesserten Vermittlung Europas im Unterricht profitieren sollten.

22 Lehrer/innen, Pädagog/innen und Europa-Expert/innen aus Deutschland, Lettland und Estland beteiligten sich an dem Entstehungsprozess des Handbuchs. Gemeinsam arbeiteten sie auf einer Kick-off-Konferenz im Oktober 2009 die wichtigsten Themen und Schwerpunkte heraus und entwickelten im Rahmen von vier Workshops Konzepte für eine interaktive Methodik im europapolitischen Unterricht. Dabei wurden sie vom *Institut für Internationale Bildung (CIVIC)* in Düsseldorf unterstützt.

Um möglichst viele Menschen in Estland und Lettland zu erreichen, wurde das Lehrbuch in lettischer, estnischer und russischer Sprache jeweils in einer Auflage von 700 Exemplaren gedruckt,

*»Das Ergebnis des Projekts – ein sehr wertvolles Material für Lehrer und Schüler über unseren Alltag in der EU. Für Schüler ist das Handbuch eine gute Hilfe mit Interesse die EU kennen zu lernen, für Lehrer bietet es aktuelle Hilfen für eine interaktive Gestaltung des Unterrichts.«
Rolands Ozols, stellvertretender Direktor der Mittelschule Jugla in Lettland*

denn in beiden Ländern gibt es eine große russischsprachige Minderheit. Zur Einführung in die Anwendung des Handbuchs fanden durch das Jahr 2010 hindurch zahlreiche Workshops in Lettland und Estland statt, an denen bis zum Projektende ca. 200 Lehrer/innen teilgenommen haben. Weitere Workshops folgen auch über das Projektende hinaus im Jahr 2011. Vor dem Druck des Lehrbuchs wurden die Konzepte in den Schulklassen der am Projekt beteiligten Lehrer/innen erprobt.

Besonderen Wert legte man darauf, ein besseres Verständnis zwischen den baltischen Volksgruppen zu fördern und zugleich eine große Öffentlichkeit zu erreichen. Dabei war die gute Vernetzung des *Jaan Tõnisson Instituts* in Estland und der Universität in Lettland sehr hilfreich. Die Vertretungen der Europäischen

Kommission in beiden Ländern haben durch Pressekonferenzen in Riga und in Tallinn ebenfalls zur Verbreitung des Lehrwerkes beigetragen. Ergänzend wurde ein Newsletter eingerichtet.



Projektträger:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Auslandsbüro Lettland
Riga
[www.kas.de/lettland/de/
events/37862](http://www.kas.de/lettland/de/events/37862)**

Europäische Straßenpartnerschaft

Deutsch-italienisches Begegnungsprojekt 2010

In Anlehnung an die Idee der Städtepartnerschaften initiierte der soziokulturelle Verein *Wirkstatt e. V.* (DE) gemeinsam mit der *Associazione Proloco* (IT) im Jahr 2010 die erste europäische Straßenpartnerschaft zwischen der Klauprechtstraße in Karlsruhe und der Via Gazzei im toskanischen Radicondoli.

In der Klauprechtstraße, die nur 540 Meter lang ist, leben Menschen aus 34 Nationen. Die Bewohner/innen bezeichnen sie als »Bindestrich Europas«, da sie, würde sie auf der Landkarte verlängert werden, im Westen auf die Insel Guernsey vor England und im Osten nach Astrachan am Kaspischen Meer treffen und somit eine Verbindungslinie durch Europa bilden würde. Die Via Gazzei ist




»Die Italiener kommen!« © Johannes Bögle

die Hauptstraße des italienischen Ortes Radicondoli und hat die gleiche Länge wie die Klauprechtstraße in Deutschland.

Die Projektpartner gehen von der Idee

aus, dass bereits im Mikrokosmos der Straße, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben und auf vielfältige Weise im gemeinsamen Straßenraum durch Wohnung, Arbeit, Versorgung, Bildung oder Kultur miteinander vernetzt sind, europäische Integration passiert. Die Straße als sozialer Raum bietet besondere Möglichkeiten zur Interaktion. Das Motto lautet: »Europa wächst auf der Straße zusammen«. Dieses Zusammenwachsen auf europäischer Ebene mit der Gründung eines Straßennetzwerks zu pflegen, haben sich die Initiatoren zum Ziel gesetzt. Das Netzwerk soll als Modellversuch für weitere europäische Kooperationen auf Straßenebene dienen; die Projektträger hoffen auf Nachahmer. Die Europäische Union förderte die Straßenpartnerschaft mit 42.200 Euro.



»Europa erscheint oft weit entfernt und abstrakt. (...) Deshalb ist es so wichtig, sich seines ›Europäer-Seins‹ ständig neu bewusst zu werden. In der Klauprechtstraße wird dies auf vielfältige Weise immer wieder getan: ganz aktuell mit einem wunderbaren Projekt: der ersten europäischen Straßen-Partnerschaft.«
Silvana Koch-Mehrin,
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

Im September 2010 kamen die Bewohner/innen der Via Gazzei sowie weitere Bürger/innen aus Radicondoli, die in einer persönlichen Beziehung zur Via Gazzei stehen, für vier Tage nach Karlsruhe in die Klauprechtstraße, um die neue Partnerschaft mit Leben zu füllen. Unter dem Motto »Ist Karlsruhe eine italienische Stadt?« erkundeten die 30 Gastgeber und rund 50 Gäste bei einer Führung die Karlsruher Innenstadt und besuchten die Koordinierungsstelle für europäische und regionale Angelegenheiten der Stadt. Neben einem großen Europafest standen zwei gemeinsame Aktivitäten im Vordergrund: die so genannte europäische Spurensuche im Rahmen einer europäischen Geschichts- und Ideen-Werk-

statt sowie ein deutsch-italienisches Straßenmusikprojekt.

Die europäische Geschichts- und Ideenwerkstatt richtete sich an alle Bürger/innen und Besucher/innen, die am deutsch-italienischen Leben in Gegenwart und Vergangenheit interessiert waren und sich über den europäischen Integrationsprozess informieren wollten. In Workshops und durch Referate machten sich die Teilnehmer/innen auf die Suche nach den gemeinsamen Wurzeln beider Völker. Arbeitssprachen waren Deutsch und Italienisch. Ergänzend dazu besuchten sie Museen und Ausstellungen, die sich der deutsch-italienischen Geschichte widmeten.

Die Straßenmusikgruppen »Banda« (Radicondoli) und »Rieberger Alp-Goischda« (Karlsruhe) erarbeiteten während der Begegnung in Karlsruhe eine deutsch-italienische »Straßensymphonie«. Beim Gegenbesuch der deutschen Teilneh-

mer/innen in Radicondoli im Juni 2011 soll sie uraufgeführt werden. Neben der Ausarbeitung der Straßensymphonie traten die Musikgruppen bei verschiedenen Gelegenheiten gemeinsam auf.

Den Höhepunkt stellte das ganztägige Europafest in der Klauprechtstraße mit einer großen Bühne für ein buntes italienisch-deutsches bzw. europäisches Musikprogramm dar. In der ganzen Straße gab es Konzerte, Theateraufführungen, Vorträge und Unterhaltungsprogramm. Geschäfte, Einrichtungen und Vereine, die in oder nahe der Klauprechtstraße ansässig sind, versorgten die Besucher/innen des Europafestes mit kulinarischen Spezialitäten: Die Seniorengruppe »Runter vom Sofa« bot Kaffee und selbstgebackenen Kuchen an, die Trattoria de Giovanni »italienische Wegzehrung«. Die Jugendabteilung des Handballvereins grillte.

Als Symbol für die neue Partnerschaft wurde eine Säulen-Ulme in der Klauprechtstraße gepflanzt.

Die Begegnung wurde mit einer zwanzigseitigen Broschüre mit einem Vorwort der Europaabgeordneten und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Silvana Koch-Mehrin dokumentiert.

Eine dreisprachige Internetseite, die im Winter 2010 erstellt wird, soll über die Hintergründe der ersten europäischen Straßenpartnerschaft und den damit verbundenen Netzwerk-Gedanken informieren. Die DVD »Wir sind die Kinder Europas« wird die gemeinsamen Auftritte der beiden Straßenmusikgruppen in Karlsruhe und Radicondoli und weitere Bild- und Tonbeiträge der beiden Europafeste dokumentieren.



Projektträger:
Wirkstatt e.V.
Karlsruhe
www.wirkstatt.com

Ausbildung zu ehrenamtlichen Reisebegleitern 2010

Der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e. V. (BSK, DE), der sich seit vielen Jahren für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderung einsetzt, organisierte im November 2010 in Kooperation mit dem Verband der Querschnittsgelähmten Österreichs (AT), dem Eduard-Knoll-Wohnzentrum (DE), dem ungarischen Spitzenverband der Behindertenverbände *Mozgáskorlátozottak Egyesületeinek Országos Szövetsége* und dem *Serviciul de Ajutor Maltez în România* (RO) einen internationalen Workshop. Mit rund 18.000 Euro unterstützte die Europäische Union das Vorhaben.

Die Teilnahme an dem einwöchigen Kurs, der den Titel »Europas Bürger/innen als Reiseassistenz für Bürger/innen mit Behinderung« trug, sollte die 25 Teilnehmer/innen aus Deutschland, Rumänien,



Abend der Nationen © BSK e. V.



Barrierefreie Stadtführung durch Bad Mergentheim © BSK e.V.

Ungarn und Österreich dazu befähigen, Menschen mit Behinderungen auf ihren Reisen zu begleiten, zu unterstützen und eventuell bestehende Berührungspunkte ihnen gegenüber abzubauen. Ziel war es auch, den europäischen Austausch darüber, wie in den europäischen Ländern mit Behinderung umgegangen wird, zu fördern und zukünftige multilaterale Kooperationsmöglichkeiten herauszuarbeiten. Die Themenbereiche »Behinderung und Reisen« sowie »Barrierefreies Reisen durch Europa« standen im Mittelpunkt.

Die Teilnehmer/innen lernten, welche Arten der Behinderung es gibt und erkundeten anschließend die Stadt Bad Mergentheim unter »barrierefreien Gesichtspunkten«. Sie nutzten den öffentlichen Nahverkehr und erlebten eine Stadt- und Schlossführung für Menschen mit Behinderung; auch ein Restaurant-

besuch gehörte dazu. Diese Exkursion sensibilisierte die Teilnehmenden nicht nur dafür, vor welchen Problemen beispielsweise Rollstuhlfahrer in ihrem Alltag stehen, sondern motivierte sie zugleich, sich künftig häufiger in die Situation von behinderten Menschen hineinzusetzen. Ein anschließender Vergleich der jeweiligen Situationen von Behinderten in den Heimatländern der Kursteilnehmer/innen bildete die Grundlage für eine Diskussionsrunde.

Sie erfuhren in einem Vortrag, welche Arten der Behinderung und welche speziellen Hilfsmittel es gibt und auch,

wie diese angewendet werden. Zum Programm der Ausbildung zählte die Auseinandersetzung damit, was im Umgang mit Rollstuhlfahrer/innen, gehörlosen und schwerhörigen Menschen wichtig ist. Ergänzend dazu erlernten die Teilnehmenden in praktischen Übungen die Handhabung eines Rollstuhls. Im Rahmen zweier Vorträge und in Kleingruppenarbeit wurden sie in unterschiedliche Pflorgetechniken und in die praktische Assistenz eingewiesen und im Gespräch mit erfahrenen Reiseassistent/innen, -leiter/innen und auch Teilnehmer/innen erhielten sie einen Einblick in die Praxis.

Die Nähe des Veranstaltungsortes zu einem Behinderten-Wohnzentrum und den Krautheimer Werkstätten für Menschen mit Behinderung ermöglichte es, in viele der Aktivitäten behinderte Menschen einzubeziehen. Die Kursteil-

nehmer/innen waren jeden Tag für ein bis zwei Stunden im Wohnzentrum und in den Werkstätten, erlebten den Alltag und halfen etwas mit.

Kursinhalt war auch die Politik der Europäischen Union: In einer offenen Gesprächsrunde erläuterte die Europa-abgeordnete Dr. Inge Gräßle, was die EU unternimmt, um die Integration, Chancengleichheit und Mobilität der mehr als sieben Millionen behinderten Menschen, die in Europa leben, zu verbessern und beantwortete Fragen.

Ein Abend der Nationen bot allen die Möglichkeit, Neues über andere Länder und Kulturen zu lernen. Die Teilnehmer/innen waren bereits im Vorfeld der Veranstaltung dazu aufgerufen worden, etwas länderspezifisches ihrer Heimat vorzubereiten, um ihr Land zu präsentieren. Zu dem gemeinsamen Abend waren auch die Bewohner/innen des Wohnzentrums eingeladen.

Die Ausbildung fand in deutscher Sprache statt. Für Teilnehmer/innen, die über geringe Deutschkenntnisse verfü-

ten, wurde ein Sprachkurs zur Vorbereitung auf die Veranstaltung angeboten.

Alle Bürger/innen, die sich im Rahmen des Workshops zu Reiseassistenten ausbilden ließen, wurden in einen Pool freiwilliger Reisebegleiter/innen des BSK aufgenommen, um zukünftig Gruppen- und auch Individualreisen von behinderten Menschen zu begleiten.

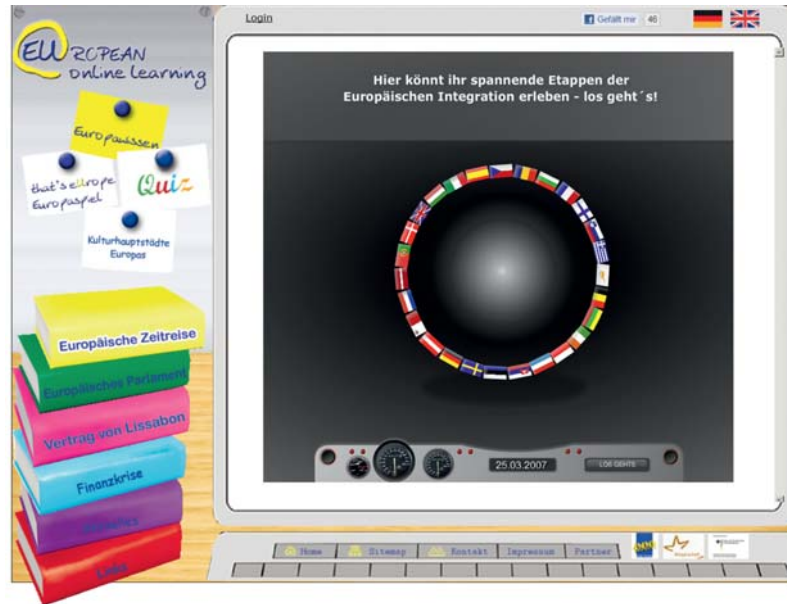


Projekträger:

**Bundesverband Selbsthilfe
Körperbehinderter e.V.
Krautheim
www.bsk-ev.org**

Interaktive Internetplattform zu Europa 2010

Mit der Internetplattform zum Thema Europa möchte der Verein *Bürger Europas e. V.* (DE) mit seinen Projektpartnern Jugendliche in der Europäischen Union für Europa interessieren und zu einer aktiven Auseinandersetzung mit europäischen Themen motivieren. Zehn Organisationen waren insgesamt an der Konzeption und Erstellung der deutsch- und englischsprachigen Internetseite beteiligt: der *Bulgarische Deutschlehrerverband* (BG), *Propager. Agence européenne de communication citoyenne* (FR), *PP Connection Kft* (HU), *Consorzio Solidarietà Sociale* (IT), *Draugija ›Eurojaunimas‹* (LT), *Biedrība ›Partnerība Daugavkrasts‹* (LV), *Polskie Stowarzyszenie Nauczycieli Języka Niemieckiego* (PL), *Fundatia Familia si Ocrotirea*

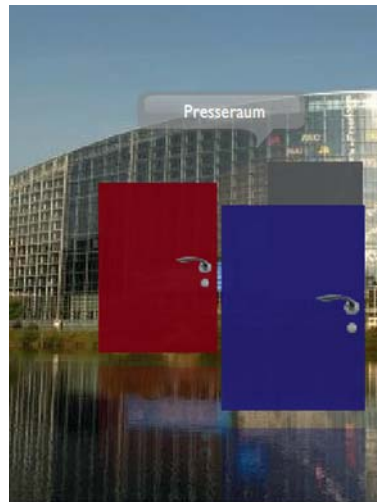


Startseite der Internetplattform © Bürger Europas e. V.

Copilului (RO), Zavod PIP – Pravni in informacijski center Maribor (SI) und das Metodicko-pedagogické centrum (SK). Die Europäische Kommission förderte das Vorhaben mit rund 38.300 Euro.

Die Internetseite ist in mehrere Bereiche unterteilt, die den jugendlichen Besucher/innen zahlreiche Möglichkeiten zur interaktiven Beschäftigung mit europäischen Fragestellungen und Themen bieten. Hinter der »Europäischen Zeitreise« verbirgt sich beispielsweise eine virtuelle Zeitmaschine. Nach einem Klick auf die Taste »Los geht's« des Bordcomputers beginnt die Reise durch die wichtigsten Etappen des europäischen Integrationsprozesses. Mit Schlagwörtern, Filmen und Spielen werden Hintergrundinformationen vermittelt.

Um das »Europäische Parlament« geht es im zweiten Bereich der Seite: Während eines virtuellen Rundgangs durch das Parlament können die Besu-



Virtueller Rundgang durch das Europäische Parlament (Ausschnitt) © Bürger Europas e.V.

cher/innen hinter vier Türen schauen, hinter denen sich weitere interaktive Rubriken finden. Neben einem Blick in die Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Straßburg, gibt es auch einen virtuellen »Presseraum«: Die Jugendlichen können hier Artikel zur Europäischen Union lesen und Videos dazu anschauen. Hinter der Tür »Diskussion« verbirgt sich die Möglichkeit, Europa-abgeordneten Fragen zu stellen, und im »Plenarsaal« kann man sich über die Sitzverteilung im Parlament informieren.

Ausführliche Informationen zum »Vertrag von Lissabon« finden die Jugendlichen im dritten Bereich der Seite. Als aktuelles Schwerpunktthema, das alle Bürger/innen in Europa in ihrem Alltag betrifft, widmet sich der vierte Bereich der »Finanzkrise« in Europa, deren Ent-

stehung und Folgen. Auch die Maßnahmen, die seitens der Europäischen Union und in einzelnen Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Krise unternommen werden, sind hier dargestellt.

Weiterführende Informationen zu aktuellen europäischen Themen wie die Europawahl, die EU-Ratspräsidentschaft oder die Beitrittskandidaten der EU hält die Rubrik »Aktuelles« bereit.

Ein Instrument zur aktiven Beteiligung der jugendlichen Besucher/innen der Seite stellt das Onlinespiel »that's eUrope« dar. Schulklassen und Jugendgruppen aus ganz Europa treten online gegeneinander an und testen ihr Europawissen. Die beiden Teams müssen jeweils zwölf Fragen rund um Europa beantworten. Zu jeder Frage gibt es drei

Antwortmöglichkeiten, zwischen denen sich die Teilnehmer/innen entscheiden müssen. Die Fragen drehen sich rund um die Themen EU, Europäisches Parlament, Jugend und Europa, Europa und Kultur sowie die EU und ihre Bürger/innen und können in insgesamt dreizehn Sprachen, darunter neben Deutsch, Französisch und Englisch auch Bulgarisch, Lettisch, Litauisch, Slowakisch und Ungarisch, beantwortet werden. Wer die Texte auf der Internetseite gelesen hat, kann die Fragen beantworten.

Als Beitrag zum »Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010« entwickelten die Kooperationspartner ein weiteres Ratespiel, das sich an Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren richtet. Sie sind aufgerufen, Fragen zu beantworten, den ersten Buchstaben der richtigen Antwort zu notieren und am Ende das Lösungswort einzuschicken, um an einer Verlo-

sung teilzunehmen. Jugendliche, die sich intensiver und tiefergehend mit Europa beschäftigen möchten, finden im Bereich »Links« eine Sammlung von Internetseiten mit weiterführenden Informationen zu unterschiedlichen Themen in diesem Zusammenhang.

Die Partner schrieben europaweit rund 300 Schulen an, um auf das Internetportal aufmerksam zu machen, verschickten Pressemitteilung an Zeitungen in den Partnerländern und stellten Verlinkungsanfragen bei allen Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie zahlreichen Behörden, Vereinen und Organisationen in der EU.



Projektträger:

Bürger Europas e.V.

Berlin

www.european-online-learning.eu

Publikation zu Bürgerbeteiligung im Klimaschutz 2010

Zur Erreichung der europäischen Klimaziele hat der Klimaschutz auf kommunaler Ebene eine entscheidende Bedeutung. Es gibt in vielen Städten und Gemeinden Europas wichtige Ansätze für Klimaschutzaktivitäten, und immer mehr Städte schließen sich internationalen Klimabündnissen an. Die Erfahrungen der letzten Jahre aus mehreren Ländern Europas zeigen, dass kommunale Energiepläne mit einem ganzheitlichen Ansatz eine Schlüsselrolle im Klimaschutz spielen. Besonderes Augenmerk verdient dabei die Beteiligung der Bürger/innen

an der Erstellung kommunaler Energiepläne und der Umsetzung der Maßnahmen. Nur wenn sich ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen und ein Verständnis für den individuellen Beitrag entwickelt, kann kommunaler Klimaschutz erfolgreich sein.

Im Rahmen des Projektes »PUC – Participation in Urban Climate-Protection« erarbeitet die *Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e. V.* (DE) gemeinsam mit der Initiative *Energie in Bürgerhand* (DE), dem *Centre Marc Bloch* (DE), der Organisation *Frankly Speaking – Training and Development Bratislava* (SK), der *Tartu Regional Energy Agency* (ES), dem Städtenetzwerk *Healthy Cities of the Czech Republic* (CZ), der *Photovoltaic Energy Association* (BG) und dem *Institute for Renewable Energy* (PL) eine Publikation, die die Erfahrungen europäischer

»Partizipation ist ein Schlüsselfaktor für den Erfolg von kommunalem Klimaschutz, denn dieser gelingt nur zusammen mit den Bürger/innen und der lokalen Wirtschaft nicht gegen sie.«

Inka Thunecke, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg



Partizipation ist mehr als Zuschauen ... Teilnehmer/innen einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg © Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Städte und Kommunen auf dem Gebiet kommunaler Energiepläne und der Organisation von Bürgerbeteiligung darstellt.

Die Publikation soll als Handreichung neue Denkanstöße zu beteiligungsorientiertem kommunalen Klimaschutz geben und Beispiele guter Praxis vermitteln. Das Projekt »PUC – Participation in Urban Climate-Protection« will mit der Publikation einen Beitrag dazu leisten, die zivilgesellschaftliche Beteiligung am demokratischen Leben in der EU zu fördern und Bürger/innen zu ermuntern, sich aktiv an der Entwicklung von lokal angepassten Lösungen zu beteiligen. Die Publikation wird sowohl theoretische Beiträge zum Thema der Partizipation als auch konkrete Beispiele aus den beteiligten sowie weiteren europäischen Ländern enthalten. Sie richtet sich

an europäische Städte und Gemeinden, Mitarbeiter/innen von Verwaltungen, ehrenamtliche Gemeinderatsvertreter/innen, engagierte Bürger/innen und weitere kommunale Akteure, wie kommunale Wohnungsbaugenossenschaften.

In einem ersten Projekttreffen im

Herbst 2010 wurde die Publikation von den Projektpartnern gemeinsam inhaltlich und methodisch vorbereitet. Im Dezember 2010 fand ein öffentlicher Workshop in Warschau statt, der Schlüsselemente erfolgreicher Beteiligung lokaler Akteure in der Klimapolitik zusammentrug. Dazu wurden sowohl externe Expert/innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft für Impulsreferate ein-

geladen als auch Beispiele guter Praxis aus unterschiedlichen lokalen Kontexten diskutiert. Die Ergebnisse des Workshops werden für die Broschüre aufgearbeitet; gleichzeitig konnte die interessierte Öffentlichkeit bereits über die Handreichung informiert werden.

Die weitere Kommunikation und

Feinkonzeption wird über ein internes Internetforum organisiert. Alle Projektpartner wirken an der Erarbeitung eines gemeinsamen Schlusskapitels mit, das Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten für einen partizipativen Klimaschutz auf kommunaler Ebene beleuchtet. Die Publikation im geplanten Umfang von etwa 100 Seiten wird in englischer Sprache erstellt und in die Sprachen der beteiligten Länder übersetzt.

Nach Fertigstellung – voraussichtlich im Frühjahr 2011 – werden die Ergebnisse einem größeren Publikum vorgestellt. Sie wird nach Projektabschluss elektronisch zur Verfügung stehen und in

einer Auflage von 5.000 Stück gedruckt werden. Ein Flyer in den jeweiligen Landessprachen soll auf die Publikation aufmerksam machen. Sie wird auf der Webseite der Partner publiziert. Die Europäische Union unterstützt die Produktion der Broschüre mit rund 44.000 Euro.



Projektträger:

Heinrich-Böll-Stiftung

Brandenburg e.V.

Potsdam

www.boell-brandenburg.de

Seminarreihe zum EuropäischenThemenjahr 2011

Der Berliner Verein *Citizens of Europe e. V.* setzt sich für einen europaweiten Austausch aktiver Bürger/innen ein, der die akademische und politische Debatte zur Zukunft Europas mit den Lebensbedingungen, Erfahrungen und Bedürfnissen der Europäer/innen verbindet. Der Verein organisiert dafür zahlreiche Seminare und Workshops, die Interessierte aus Politik und Bürgerschaft aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und Hintergründen zusammenbringen.



OpenForum in Vilnius (2008)
© *Citizens of Europe e. V.*

»OpenFora« sind ein zentrales Instrument der Arbeit von *Citizens of Europe e. V.* Jeweils ein Wochenende lang debattieren in diesen Workshops zwischen 25 und 30 Akteure aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft Themen des sozialen und politischen Lebens in Europa. Damit werden Räume der Begegnung geschaffen, die europäische Bürgerschaft erleb- und erfahrbar machen. Die Teilnehmer/innen der »OpenFora« können ihre Überzeugungen überdenken und durch den europäischen Austausch neue Perspektiven gewinnen. Methodisch werden dabei unterschiedliche Elemente aus Einführungsreferaten, Expertenpanels, Kleingruppenarbeit und Plenardebatten mit einem kulturellen Rahmenprogramm und Raum für informelle Austauschmöglichkeiten

kombiniert. Erfahrene externe Moderator/innen begleiten die Debatte. Teilnehmenden können an den »OpenFora« alle, die zu dem jeweiligen Thema ihre Meinung und ihre Erfahrungen beitragen möchten. Thematisiert werden Herausforderungen einer aktiven europäischen Bürgerschaft, wie die Frage von gesellschaftlicher Einbindung von Migrant/innen, lebenslanges Lernen für eine aktive Bürgerschaft, interkultureller Dialog, Demokratie in Europa und grenzüberschreitende Mobilität europäischer Bürger/innen.

In den Jahren 2010 und 2011 unterstützt die Europäische Union eine Seminarreihe mit rund 50.000 Euro, mit der ein inhaltlicher Beitrag zum »Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011« geleistet wird. Partner von *Citizens of Europe e. V.* sind in diesem Projekt die belgische Mitgliedsorganisation des *Europäischen Lehrerverbands AEDE*

(BE) und das europäische Netzwerk *Association of Voluntary Service Organisations AVSO* (BE).

Den Auftakt von »Volunteering 2011« bildete das zehnte »OpenForum«, das im November 2010 im belgischen Brügge stattfand. Es beschäftigte sich im Hinblick auf das Europäische Jahr 2011 mit Fragen des freiwilligen Engagements in Europa und diente zunächst dazu, zu einem gemeinsamen Begriffsverständnis zu kommen. Dafür wurden die unterschiedlichen Konzepte und Begriffe von bürgerschaftlichem Engagement im europäischen Vergleich diskutiert. Neben der Abgrenzung von Freiwilligentätigkeit zu anderen Formen unbezahlter und bezahlter Arbeit standen die unterschiedlichen Motive für freiwilliges Engagement in den jeweiligen nationalen Kontexten im Fokus. Methodisch gliederte sich das »OpenForum« in Brügge an drei Tagen in eine Eröffnungsdiskussion im Plenum mit Fachreferaten, thematischen Austausch in Workshops und eine gemeinsame Abschlussdiskussion.

Die Ergebnisse des Forums werden dokumentiert und fließen in eine vertiefende Veranstaltung im Mai 2011 aus Anlass des Freiwilligentags 2011 in Landau/Pfalz ein. Alle Projektpartner werden die Ergebnisse auch darüber hinaus in die Debatte auf EU-Ebene einbringen.

Alle bisher ausgerichteten »OpenFora« sind ausführlich auf der Internetseite von *Citizens of Europe e. V.* dokumentiert. 2008 erhielt *Citizens of Europe* für eines der »OpenFora« bereits eine Zuwendung der Europäischen Union von gut 36.000 Euro.



Projekträger:

Citizens of Europe e. V.

Berlin

www.citizens-of-europe.eu

Seminar für Jugendliche 2011

Rund 55 junge Erwachsene aus Bulgarien, Deutschland, Österreich und Tschechien, die sich ehren- und hauptamtlich in den Bereichen Schule, Jugendarbeit, politische Bildung und Kultur engagieren, werden im März 2011 nach Weimar (DE) kommen, um sich im Rahmen des Seminars »Dein Engagement – Gesellschaft aktiv mitgestalten« über Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements in Europa, über Methoden und auch ihre eigenen Erfahrungen in diesem Bereich auszutauschen.

Der deutsche Verein MitOst e. V. organisiert diese Veranstaltung gemeinsam mit dem *Verein Südwind Entwicklungspolitik Niederösterreich Süd* (AT), der *Internationalen Elias Canetti Gesellschaft* (BG), der Bürgervereinigung *Anti-komplex – hnutí proti xenofobii* (CZ) und der *Stiftung Europäische Jugendbil-*



*Diskussionen im Plenum während des 8. MitOst-Festivals 2010 in Perm, einer weiteren Veranstaltung des Projektträgers
© Kiên Hoàng Lê*

dungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (DE) mit dem Ziel, die Kompetenzen der Jugendlichen zur Aktivierung grenzüberschreitender ehrenamtlicher Tätigkeiten zu erweitern sowie gemeinsame Handlungsfelder und Kooperationspotentiale herauszuarbeiten. Das verbindende Element ist hierbei das Anliegen der Organisatoren und Teilnehmer/innen, das ehrenamtliche Engagement in Europa zu stärken. Das Seminar findet in deutscher Sprache statt und wird von der Europäischen Kommission mit rund 42.000 Euro gefördert.

Die Jugendlichen beschäftigen sich während der ersten Veranstaltungstage in Workshops mit drei Schwerpunkten:

Unter dem Motto »Lust auf Engagement« arbeitet eine Gruppe von Teilnehmer/innen zunächst die Formen und Ziele von Engagement sowie mögliche Motivationsmethoden heraus. Sie lernen die Grundzüge des Projektmanagements und der Öffentlichkeitsarbeit kennen und üben das Erlernte anhand von Fallbeispielen. »Demokratie gestalten – Europäische Zivilgesellschaft stärken« lautet das Thema, mit dem sich die zweite Gruppe auseinandersetzt. Zu ihren Aufgaben gehört es, die Bedeutung gesellschaftlichen Engagements und dessen institutionellen Rahmen zu reflektieren. Die Jugendlichen diskutieren anhand von länder- und themenbezogenen Fallanalysen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten von ehrenamtlicher Betätigung in ihren Ländern und auf europäischer Ebene. Sie entwerfen eigene Projektideen, die sie im Rahmen einer Projektbörse präsentieren und mit den Mitgliedern ihrer Gruppe besprechen.

Die letzte Gruppe widmet sich dem Thema »Interkultureller Dialog und Toleranz«. Hier sollen Erfahrungen und Methoden der interkulturellen Kommunikation vermittelt und durch konkrete Beispiele mit Fokus auf die Region Südosteuropa ergänzt werden.

Die in den Workshops erarbeiteten Ergebnisse werden am vierten Veranstaltungstag im Plenum zusammengeführt, präsentiert und diskutiert, um sie allen Teilnehmenden zugänglich zu machen und den informellen Austausch unter ihnen anzuregen. Wie die Europäische Union ehrenamtliche Vorhaben unterstützt, erfahren sie im Anschluss an das Plenum, wenn ausgewählte EU-Aktionsprogramme vorgestellt werden.

Ein abschließender Workshop mit dem Titel »Zukunftsperspektiven für unser Engagement in der Gesellschaft« ermöglicht den Jugendlichen gemeinsame Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft unter anderem in den Bereichen Schule und Jugendarbeit sowie bürgerschaftliche Bildung und Partizipation zu erarbeiten.

Eine sechzehnteilige Broschüre, die auch online auf den Internetseiten der Kooperationspartner zur Verfügung stehen wird, sowie eine DVD sollen erstellt werden, um die Themenschwerpunkte des Seminars, die angewandten Methoden, Fall- und Projektbeispiele und auch die erarbeiteten Ergebnisse zu dokumentieren. Die Materialien werden über die Netzwerke der Partner und die Teilnehmer/innen verbreitet.



Projekträger:

MitOst e.V.

Berlin

www.mitost.org

Geförderte Projekte aus Deutschland

von 2007 bis 2010 – Überblick

Die Europäische Kommission veröffentlicht Listen der geförderten Projekte aller Länder, die am Programm teilnehmen, im Internet unter http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/results_compendia/results_en.php.

Im Folgenden sind die Projekte der Jahre 2007 bis 2010 aufgeführt, die unter der Federführung deutscher Organisationen durchgeführt wurden. Für das Jahr 2007 sind die Projekttitel leider nicht bekannt.

2007

Baltic Sea Forum e.V., Hamburg
Fördersumme der EU: 56.869,50 Euro
www.baltic-sea-forum.org

Berlin-Brandenburgische Auslands-
gesellschaft e.V., Potsdam
Fördersumme der EU: 18.928,85 Euro
www.bbag-ev.de

Bürger Europas e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 14.718,86 Euro
www.buerger-europas.de

Citizens of Europe e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 22.044,12 Euro
<http://panorama.citizens-of-europe.eu>

DGB Bildungswerk e.V., Düsseldorf
Fördersumme der EU: 24.968,10 Euro
www.dgb-bildungswerk.de

ESTA-Bildungswerk e.V., Bad Oeynhausen
Fördersumme der EU: 55.000,00 Euro
www.esta-bw.de

Friedrich-Naumann-Stiftung für
die Freiheit, Potsdam
Fördersumme der EU: 18.637,40 Euro
www.freiheit.org

Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München
Fördersumme der EU: 28.971,40 Euro
www.hss.de

Internationales Begegnungszentrum
St. Marienthal e.V., Ostritz-St. Marienthal
Fördersumme der EU: 52.264,00 Euro
www.ibz-marienthal.de

Internationales Kolpingwerk e.V., Köln
Fördersumme der EU: 37.497,72 Euro
www.kolping.net

Kreisau-Initiative Berlin e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 24.812,80 Euro
www.kreisau.de

Lokalradio Lotte in Weimar e.V., Weimar
Fördersumme der EU: 25.000,00 Euro
www.radio-lotte.de

Weimar Jena Akademie –
Verein für Bildung e.V., Weimar
Fördersumme der EU: 40.308,25 Euro
www.weimar-jena-akademie.de

2008

- EU-Kompetenz für Migranten und Benachteiligte
Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft
e.V., Potsdam
Fördersumme der EU: 40.471,58 Euro
www.bbag-ev.de
- Das Grundeinkommen auf dem Weg nach Europa
Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung
e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 47.376,00 Euro
www.bildungswerk-boell.de
- Let's Debate: Citizens Media for Europe
Bürgermedienzentrum Bennohaus, Münster
Fördersumme der EU: 39.857,67 Euro
www.bennohaus.info

- Challenges to Europe
(OpenFora 2008/2009)
Citizens of Europe e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 35.515,38 Euro
<http://panorama.citizens-of-europe.eu>
- Gesundheit – höchstes Gut?
Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum
Köln e.V.
Fördersumme der EU: 21.435,90 Euro
www.caritas.erzbistum-koeln.de
- Rural Areas Defence Against Racism
Europazentrum Brandenburg-Berlin
des Regionalen Fördervereins e.V., Pinnow
Fördersumme der EU: 40.206,30 Euro
www.ezbb-radar.de
- European Citizens' Seminar 2008–2009
European Citizens' Seminar e.V., Erfurt
Fördersumme der EU: 23.614,20 Euro
www.citizenseminars.eu
- Aktive Bürger gestalten Europa
Forum Europa e.V., Leipzig
Fördersumme der EU: 23.973,60 Euro
www.forum-europa-ev.de
- Geeint in Vielfalt – 8 Nationen im Dialog
Internationales Begegnungszentrum
St. Marienthal e.V., Ostritz-St. Marienthal
Fördersumme der EU: 52.656,00 Euro
www.ibz-marienthal.de
- Europa mitgestalten und Demokratie
(er-)leben: Die Bürger und der Lissabon-Vertrag
Internationales Kolpingwerk e.V., Köln
Fördersumme der EU: 26.966,45 Euro
www.kolping.net

- European Global Education Days 2008
Internationale Weiterbildung und Entwicklung
GmbH (InWEnt), Berlin
Fördersumme der EU: 38.686,50 Euro
<http://glen-europe.org>
- EURvote – EURvoice
Katholische Arbeitnehmerbewegung
Deutschlands e.V., Köln
Fördersumme der EU: 55.000,00 Euro
www.vote-europe.net
- Model International Criminal Court
Kreisau-Initiative Berlin e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 24.897,78 Euro
www.kreisau.de
- Egeria Weg – Ökumenischer Frauenpilgerweg
für ein gemeinsames Europa
Ökumenisches Forum Christlicher Frauen in
Europa, Bereich Deutschland e.V., Braunschweig
Fördersumme der EU: 22.462,30 Euro
www.egeria-project.eu
- International Session of the European Youth
Parliament in Leuven
Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, Berlin
Fördersumme der EU: 51.263,52 Euro
www.eypej.org
- Creating Forum Pécs
Stiftung Zukunft Berlin
Fördersumme der EU: 24.763,81 Euro
www.stiftungzukunftberlin.eu
- Weimarer Sommerkurse 2008:
»Das europäische Kulturerbe – Ergebnis und
Ausgangspunkt interkultureller Dialoge«

Weimar Jena Akademie – Verein für Bildung
e.V., Weimar
Fördersumme der EU: 48.692,88 Euro
www.sommerkurse-weimar.de
- Europa für die Jugend – Deutsch-polnische
Lehrerkonferenz in Berlin
Zeitbild Stiftung, München
Fördersumme der EU: 37.091,61 Euro
www.zeitbild-stiftung.de
- 2009**
- The Voice of Europe
Bürgermedienzentrum Bennohaus, Münster
Fördersumme der EU: 39.857,67 Euro
www.bennohaus.info
- Peace Project Europe – civil society dimensions
Forum Ziviler Friedensdienst e.V., Bonn
Fördersumme der EU: 44.544,64 Euro
www.civilpeace.eu
- Kreativ zur bürgerschaftlichen Beteiligung
Internationales Begegnungszentrum
St. Marienthal e.V., Ostritz-St. Marienthal
Fördersumme der EU: 52.656,00 Euro
www.kreativ-in-europa.eu
- Freiheit verpflichtet –
Zukunft verantwortlich gestalten
Internationales Kolpingwerk e.V., Köln
Fördersumme der EU: 27.824,01 Euro
www.kolping.net
- Adventure Sphere Europe
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 54.928,46 Euro
www.kas.de
- Demokratie in Bewegung
Omnibus für direkte Demokratie gGmbH, Hattingen
Fördersumme der EU: 55.000,00 Euro
www.democracyinmotion.eu
- International Session of the European Youth
Parliament in Helsinki
Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, Berlin
Fördersumme der EU: 50.924,00 Euro
www.eypej.org
- Weimarer Sommerkurse 2009:
»Meilensteine der Demokratie –
Europäische Erinnerungen im Jahr 2009«
Weimar Jena Akademie –
Verein für Bildung e.V., Weimar
Fördersumme der EU: 44.072,88 Euro
www.sommerkurse-weimar.de
- 2010**
- Ausgrenzung? – nicht mit uns!
Bildungs- und Freizeitzstätte der Sportjugend,
Landessportbund Sachsen-Anhalt e.V., Schierke
Fördersumme der EU: 33.958,56 Euro
www.lsb-sachsen-anhalt.de
- Europa auf www.european-online-learning.eu
erkunden und dein Wissen beim Europaspiegel
»that's eUrope« online testen
Bürger Europas e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 38.310,00 Euro
www.european-online-learning.eu

- Europas Bürger/innen als Reiseassistenz für Bürger/innen mit Behinderung
Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V., Krauthelm
Fördersumme der EU: 18.022,83 Euro
www.bsk-ev.org
- Angebote und Wohnformen für pflegebedürftige Menschen im Alter
Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V., Osnabrück
Fördersumme der EU: 21.178,04 Euro
www.caritas-os.de
- Volunteering 2011
Citizens of Europe e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 50.372,88 Euro
<http://panorama.citizens-of-europe.eu>
- EU=You: Citizens engagement in the EU after the Treaty of Lisbon
Culture goes Europe – Soziokulturelle Initiative Erfurt
Fördersumme der EU: 43.405,92 Euro
www.cge-erfurt.org
- Bürger integrieren Bürger
Europäisches Forum für angewandte Kriminalpolitik e.V., Düsseldorf
Fördersumme der EU: 24.796,89 Euro
www.europaforum-kriminalpolitik.net
- Mobility and European Citizenship – Interrelations and implications
European Intercultural Forum e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 24.803,00 Euro
www.european-intercultural-forum.org
- Identity in European Societies
Evangelisch-reformierte Kirche, Leer
Fördersumme der EU: 47.970,23 Euro
www.leer.reformiert.de
- Interaktion, Vielfalt, Toleranz:
Die Schule als Bühne des inter-kulturellen Dialogs
Goethe-Institut e.V., München
Fördersumme der EU: 28.178,98 Euro
www.goethe.de
- Participation in Urban Climate-Protection
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V., Potsdam
Fördersumme der EU: 44.162,02 Euro
www.boell-brandenburg.de
- Experimentcity European Event: collaborative housing | diversity | sustainable cities
id22: Institute for Creative Sustainability e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 23.724,17 Euro
<http://experimentcity.net/excity-europe>
- Agenda EU 2020 – Europas Bürger/innen beteiligen
Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands e.V., Köln
Fördersumme der EU: 54.678,00 Euro
www.kab.de
- Intergenerationes – Intergenerativ trifft International
Kreisau-Initiative Berlin e.V., Berlin
Fördersumme der EU: 26.127,94 Euro
www.kreisau.de
- Dein Engagement – Gesellschaft aktiv mitgestalten
MitOst e.V. – Verein für Sprach- und Kulturaustausch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Berlin
Fördersumme der EU: 42.420,15 Euro
www.mitost.org
- Euregio-Networking ohne Grenzen 2010/2011
Nell-Breuning-Haus, Bildungs- und Begegnungsstätte der KAB und CAJ im Bistum Aachen e.V., Herzogenrath
Fördersumme der EU: 26.603,30 Euro
www.nell-breuning-haus.de
- International Session of the European Youth Parliament in Grenoble
Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, Berlin
Fördersumme der EU: 48.274,77 Euro
www.eypej.org
- Weimarer Sommerkurse 2010:
»Moral in unmoralischen Zeiten. Die Suche nach ethischen Orientierungen in Philosophie, Literatur und Kunst«
Weimar Jena Akademie – Verein für Bildung e.V., Weimar
Fördersumme der EU: 24.437,40 Euro
www.sommerkurse-weimar.de
- Europäische Straßen-Partnerschaft
»Klauprechtstraße/Via Gazzei«
Wirkstatt e.V., Karlsruhe
Fördersumme der EU: 42.204,03 Euro
www.wirkstatt.com



Kontaktstelle Deutschland
»Europa für Bürgerinnen und Bürger«
bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.
Weberstraße 59a, D-53113 Bonn
Internet: www.kontaktstelle-efbb.de
E-Mail: info@kontaktstelle-efbb.de



Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches Engagement
Michaelkirchstr. 17–18, D-10179 Berlin
Internet: www.b-b-e.de
E-Mail: mirko.schwaerzel@b-b-e.den

Die Kontaktstelle »Europa für Bürgerinnen und Bürger«

Die Kontaktstelle EfBB ist die offizielle nationale Kontaktstelle für das Förderprogramm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« der Europäischen Union in Deutschland. Wir informieren Kommunen, Vereine und Verbände, Forschungsinstitute, Bildungseinrichtungen, kirchliche, soziale und karitative Einrichtungen, Organisationen des Amateursports und andere zivilgesellschaftliche Organisationen und natürlich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger über das Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (2007–2013). Potenziellen Antragstellern helfen wir bei Fragen zur Konzeption eines transnationalen Kooperationsprojekts, bei Detailfragen zum Antrag, den Dokumenten und Formularen.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) bietet den Träger- und Förderstrukturen der 23 Millionen freiwillig Engagierten in Deutschland eine Plattform des Austauschs. Gemeinsames Anliegen aller Akteure ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement und die Bürgerbeteiligung. Mit dem Projekt »BBE für Europa« stärkt das BBE auch den europäischen Austausch: Es informiert über europäische Beteiligungsmöglichkeiten und setzt sich für die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit ein.

»Aktive europäische Zivilgesellschaft« und »aktive europäische Bürgerschaft« – zwei wohlklingende Formeln. Aber was verbirgt sich dahinter, insbesondere wenn sie im Kontext von europäischen Förderprogrammen stehen?

Diese Publikation nähert sich dem Thema von zwei Seiten: Sieben Autoren befassen sich mit Fragen nach dem Verhältnis zivilgesellschaftlicher Akteure zum Staat und ihrer Rolle in Europa, den Erwartungen der EU-Institutionen an die organisierte Zivilgesellschaft und den Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement.

Auf der anderen Seite bietet diese Broschüre Einblicke in eine Auswahl von Projekten, die in den Jahren 2007 bis 2010 eine Förderung aus dem Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« erhalten haben. Wie ein Kaleidoskop erzeugt sie ein facettenreiches Bild von den Fördermöglichkeiten dieses EU-Pro-

gramms. Zudem zeigt sie ein ausschnitthaftes, aber vielfarbiges Bild der internationalen Aktivitäten von Vereinen, Verbänden, Stiftungen und anderen Organisationen in Deutschland mit ihren europäischen Partnern.

